

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	7. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	13. Januar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

3.

Einzigster Punkt der Tagesordnung: Haushaltsreden des Gemeinderates zum Doppelhaushalt 2015/2016

Der Vorsitzende ruft den einzigen Punkt der Tagesordnung zur Behandlung auf:

Das Wort bekommt der Vorsitzende der CDU-Gemeinderatsfraktion, Herr Stadtrat Tilman Pfannkuch. Bitte schön!

Stadtrat Pfannkuch (CDU) - vom Rednerpult sprechend -: Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, Ihnen und Ihren Familien wünsche ich im Namen der Stadträtinnen und Stadträte der CDU-Fraktion ein glückliches, gesundes, gutes neues Jahr 2015, in dem wir unseren 300-jährigen Stadtgeburtstag feiern.

Uns alle eint die Liebe zu unserer Stadt und unserer Region, deren pulsierender Mittelpunkt Karlsruhe ist.

Heute bietet sich für den Gemeinderat die seltene Gelegenheit, die Grundlinien für die Entwicklung unserer Stadt aus den unterschiedlichen politischen Blickwinkeln zu beleuchten.

Wir streiten nicht darüber, dass wir den weiteren Weg gestalten müssen. Das, was bisher für Karlsruhe erreicht wurde, darf als segensreiche Erfolgsgeschichte bezeichnet werden.

Allerdings zeichnet sich ein deutlicher Paradigmenwechsel mit entsprechenden haushalterischen Konsequenzen ab. Der Umgang mit dem uns anvertrauten Geld unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist unbekümmerter und vom Prinzip "Hoffnung" geprägt. Das Prinzip "Vorsicht" hat ausgedient.

Die CDU-Fraktion stellt dagegen ihre Leitlinien für den Umgang mit dem Haushalt 2015/2016 unter den Tenor: "Die Stadtfinanzen fit machen für die kommenden Herausforderungen!"

Wenn nicht jetzt, wann dann? Karlsruhe hat noch einen guten Lauf und wächst. Wir werden in Rankings hochgelobt. Einige Indikatoren sprechen für sich. Hierauf wurde in

den Haushaltsreden des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Mentrup und der Frau Wirtschaftsbürgermeisterin Luczak-Schwarz hingewiesen. Doch nicht nur Konjunktüreintrübungen und andere Risiken, sondern bereits eine mittelfristige Haushaltsbetrachtung sprechen für eine Konsolidierung unseres Haushaltes, und zwar jetzt und sofort.

Zur Einnahmenseite des Haushaltsentwurfes:

Herr Oberbürgermeister, Sie haben die Wirtschaft und deren Bedeutung für das Wohlergehen dieser Stadt nur am Rande gestreift. Dort allein finden sie aber die Generatoren für die wichtigste Ertragsquelle des Haushaltes - die Gewerbesteuer.

Die harten Standortfaktoren, wie ausreichend geeignete Gewerbeflächen und das Thema Verkehrsinfrastruktur, übergehen Sie. Sie kennen aber sicherlich die Meinung der "big-payers". Gerade deshalb befürwortet die CDU-Fraktion die rasche Befragung - vor allem der gewerbesteuerpflichtigen Karlsruher Unternehmen - über ihre Erwartungen an den Wirtschaftsstandort.

Eine jetzige Gewerbesteuererhöhung um fast 5 % auf 430 Punkte hätte indessen abschreckende Wirkung, bei einem Haushalt, der im Moment keine wirklich besonderen Herausforderungen bewältigt. Sagen Sie den Unternehmern, warum Sie ein neues Personalkonzept empfehlen. Wo drückt denn der Schuh bei der von der CDU-Fraktion seit Jahren bemängelten überlangen Dauer von Genehmigungsverfahren? Kein verantwortlicher Unternehmer hat Verständnis für eine Gewerbesteuererhöhung zur weiteren Beheizung der Personalkostenspirale. Brauchen wir zusätzliches Personal, um beispielsweise das Wirtschaftsförderprojekt Technologiepark Karlsruhe up-zu-daten, wie es zu Recht demnächst in Erinnerung gebracht werden wird?

Und die Cluster- und Netzwerkförderung mit den Brücken in die Wissenschaft und Forschung sowie die Förderung der Kreativwirtschaft? Das sind alles zukunftsfähige Felder einer erfolgreichen Wirtschaftsförderung, die von Ihren Amtsvorgängern und der CDU-Fraktion seit vielen Jahren unterstützt und angetrieben werden, aber alles keine Rechtfertigung für eine Gewerbesteuererhöhung.

Wir werden das Thema Gewerbesteueranpassung erst dann wieder diskutieren, wenn es um die Finanzierung großer Projekte im investiven Bereich geht, die sich als harte und/oder weiche Standortfaktoren niederschlagen. Wenn die Wirtschaft zusätzlich die Kraftanstrengung zu einer kommunalen Haushaltsdisziplin und nachhaltigen Finanzpolitik erkennt, ist diese auch bereit, sich verstärkt an den Kosten für einen attraktiven Wirtschaftsstandort und Lebensraum für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beteiligen. Und mit wem vergleichen wir uns denn bei den Gewerbesteuerhebesätzen? Stuttgart und Mannheim liegen in europäischen Metropolregionen und spielen deshalb in einer anderen Liga.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Schöner als bei uns kann es nicht sein!)

Die Verwaltung hatte in zwei Reden Gelegenheit, ihren Haushaltsvorschlag zu begründen! Es war dabei für die CDU-Fraktion nicht einfach zu erkennen, ob Sie, Herr Oberbürgermeister, von der gleichen Stadt gesprochen haben, deren Haushalt dann die Frau

Wirtschaftsbürgermeisterin in ernüchternden Zahlen dargestellt hat. Als wir aber dieser Tage die amtsinternen Argumentationshilfen zur geplanten Gewerbesteuererhöhung erhalten haben, mussten wir uns schon die Augen reiben. War das etwa als Textvorlage für die gewählten Vertreter dieses Hauses zu verstehen? Wie weit geht Ihre Fürsorge noch, Herr Oberbürgermeister? Wir werden auf die umfangreichen verwaltungsinternen Ausführungen nicht näher eingehen. Sie zeigen nur eines: Die Höhe der Gewerbesteuer ist ein klassischer Standortfaktor, auch wenn sie es kleinzureden versuchen.

Der Haushaltsentwurf hat vor allem aber ein Ausgabenproblem!

Wir wollen gewiss nicht dramatisieren. Auch wenn es vielen anderen Kommunen schlechter gehen mag: Die untrüglichen und unstrittigen Signale, die das Finanzdezernat verbreitet, erfordern ein radikales Gegensteuern. Und das gilt erst recht, wenn wir große Herausforderungen und neue Projekte in den folgenden Doppelhaushalten noch vor uns haben. Deshalb plädieren wir dafür, bestehende Stellschrauben jetzt richtig zu bedienen - die Gewerbesteuer ist allerdings ohne Zweifel die falsche Schraube. Wenn wir die Botschaften ihrer Haushaltsrede richtig verstehen, billigen Sie, Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup, der Stadt durchaus noch einen letzten Schluck aus der Flasche zu, schließen eine spätere, schmerzliche Entziehungskur aber nicht aus. Das wäre nicht nur für einen Mediziner ethisch bedenklich. Auch wenn manche meinen, es werde - wie immer - gutgehen, die CDU-Fraktion warnt vor Fatalismus und mahnt dringend zur Rückkehr zu einer verantwortlichen, vorsichtigen Haushaltspolitik. Wir hören abwiegende Stimmen, wonach man jetzt nicht mehr umsteuern könne, weil die Stadt in einem langfristigen Pflichtenkorsett eingezwängt sei. Das stimmt so nicht! Natürlich kann man jetzt schon anfangen, vor allem Signale zu setzen, um in der Verwaltung, aber auch in der Bevölkerung klarzumachen, in welche Richtung der Zug künftig abfahren muss. Nur: Das aber würde Ihre euphorisierte Haushaltsrede konterkarieren.

„Geld macht nicht immer glücklich, Schulden aber immer unglücklich“, so Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen vom Institut für Finanzwirtschaft der Universität Freiburg. Wir betrachten mit Sorge die Entwicklung der Pro-Kopf-Verschuldung - nahezu eine Verdreifachung innerhalb eines Doppelhaushaltes. Man sollte sich daher nicht wundern, wenn solche Entwicklungen als "Schuldentreiberei" bezeichnet werden. Das ist kein gutes Fundament für die großen Aufgaben, die wir, soweit möglich, eigentlich noch vor uns haben.

Die CDU-Fraktion erwartet in dieser Lage von der Verwaltung Hilfestellungen und klare Kursvorgaben, welche die Haushaltsstruktur durchschaubarer machen. Wir brauchen jetzt den Mut zu Änderungen ungunstiger Haushaltsentwicklungen. Hier einige Beispiele:

Es müssen große Projekte in ihrer Gesamtheit und in ihren Gesamtkosten so dargestellt werden, inwieweit sie abschnittsweise nach logischen Kriterien abgearbeitet werden können. Wir denken z. B. an die Sanierung des Rathauses einschließlich des Technischen Rathauses oder die Hallen am Festplatz. Andererseits wäre es nicht nur ein Schildbürgerstreich, sondern teuer, nach den brandschutztechnischen Maßnahmen in der Stadthalle erst mit einem Jahr Unterbrechung die überfälligen Modernisierungsmaßnahmen einzuleiten.

Wir erwarten Klarstellung darüber, wo, warum und mit welchem Betrag die Bundes- oder Landesförderungen von der Stadt noch getoppt werden. Ab 2015 trägt der Bund beispielsweise die Kosten der Grundsicherung im Alter zu 100 %. Dürfen wir uns dies jetzt als durchlaufenden Posten vorstellen? Wenn nein, was wird im Haushalt konkret draufgesattelt?

Wie und in welcher Höhe wird die Neu- und Umgestaltung der Innenstadt nach Fertigstellung der Kombilösung querfinanziert? Bitte haben Sie Verständnis, dass wir hier auch nach der Funktion der "AG Innenstadt" fragen. Zahlreiche CDU-Anträge und Initiativen zum Thema "Licht am Ende des Tunnels" blieben ohne Reaktion. Wir wurden auf 2017 vertröstet, bis Planungen beginnen sollen. Was tut denn diese AG derzeit? Hier liegt vielleicht die Ursache dafür, dass wir für alles etwas länger brauchen. Aber jetzt auf Drängen bestimmter Kreise bei der Endgestaltung der Kombilösung alles wieder in Frage zu stellen, geht gar nicht, Herr Oberbürgermeister! Gestaltungsprozesse hatten ihren gründlichen Vorlauf in einem Wettbewerbsverfahren. Dabei sieht es die CDU-Fraktion als völlig normal an, dass man bei der Auswahl des Belages für die Kaiserstraße und die Plätze so lange sucht, bis ein geeignetes, nicht zuletzt auch bezahlbares Material gefunden worden ist.

Völlig anders liegt es bei dem Baumkonzept, das zentraler Bestandteil des Wettbewerbes war. Wer dieses Verfahren wieder eröffnen will, verschiebt den Abschluss der Baustelle. Dies würde zu einer weiteren unverzeihlichen Enttäuschung unserer Kaufleute in der Innenstadt führen.

Die Verwaltung möge bei der Aufstellung des Kreditvolumens unterscheiden zwischen Investitionen, die über Gebühren durch die Bürgerinnen und Bürger oder durch die Nutzer refinanziert werden, und solchen Infrastrukturmaßnahmen, die eine gewisse Umwegrentabilität erwarten lassen. Wiederholt wurde auch von der CDU-Fraktion eingefordert, die vorliegende Investitionsliste stärker danach zu gliedern.

Ein weiterer Vorschlag - wir fragen abermals: Können wir uns das hohe Niveau bei den Energieanforderungen oder das Ökolabel noch leisten? Sagen Sie uns doch einmal, in welcher Höhe der Haushalt hierdurch belastet wird? Brauchen wir immer das Beste vom Besten? Ich verweise hier beispielsweise auf die hohen Maßstäbe bei der neuen Feuerwache. Was davon ist wirklich unumgänglich?

Die Analyse der Haushaltstrukturen wirft die Frage auf: Können wir die Standards mit intelligenten Lösungen halten, oder müssen wir alsbald zu einer ergebnisoffenen Aufgabenkritik übergehen? Und warum können wir damit nicht gleich anfangen? Die CDU-Fraktion drängt darauf - mit Mutlosigkeit hat das nichts zu tun. Bereits vor wenigen Jahren wurde mit der Einsetzung der Strukturkommission ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung gegangen - auf diesen Weg müssen wir wieder zurückfinden. Dank erfreulicher Wirtschaftsdaten und sprudelnder Steuereinnahmen konnten die Pläne für strukturelle Einschnitte in den Haushalt damals wieder in die Schubladen gelegt werden - jetzt sind sie dringender denn je.

Deshalb müssen wir auch Doppelstrukturen in den freiwilligen Leistungen aufspüren, hinterfragen, im Zweifel abstellen.

Nun zu den Personalkosten:

Seit zwei Haushaltsjahren sind die Personalausgaben dramatisch gestiegen - die Kostenspirale dreht sich schneller und schneller. Der Vorbericht zum Haushaltsentwurf zeigt auf erschreckende Weise die Entwicklung des Personal- und Versorgungsaufwandes auf - die tatsächlichen Pensionsverpflichtungen sind dabei noch nicht mal abschließend berücksichtigt. Von 249 Millionen Euro im Jahr 2009 werden sich diese auf über 311 Millionen Euro in 2016 erhöhen. Ja, die Schleusen wurden nach dem "Wünsch-dir-was-Prinzip" geöffnet. Gerade die letzten "Masseneinstellungen", die zuletzt im Personalausschuss durchgewunken wurden, zeigen, dass eine restriktive Handhabung anders aussehen muss. Hier müssen wir früher unter Haushaltsgesichtspunkten ansetzen. Welche neuen Stellen müssen wirklich dauerhaft besetzt werden? Welchen Stellen werden fortgeführt, weil sie Gutes tun, aber nicht zwingend benötigt werden? Solches schmerzt, wir kommen bei der schwindelerregenden Steigerung der Personalausgaben aber nicht darum herum. Die CDU-Fraktion wird bei der erforderlichen Kursumkehr mitwirken, erwartet aber von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, ein sofortiges aktives Eingreifen. Hier erinnere ich an die von meiner Fraktion beantragte Personalstrategie, um die massiven Folgen der demografischen Entwicklung für die Stadtverwaltung abzufangen. Wenn in den kommenden 10 bis 15 Jahren jeder zweite Mitarbeiter in Ruhestand gehen wird, können wir nicht länger warten und müssen das Gesamttabelleau an möglichen Personalsteuerungsmaßnahmen ausnutzen. Unverzichtbare Instrumente werden dabei auch kw-Vermerke sein müssen.

Ziel der Personalentwicklung muss sein, dass wir bestehende und neue Aufgaben mit der demografisch sinkenden Zahl von Mitarbeitenden bewältigen. Der Haushalt lässt keine Einstellungen zu. Das bedeutet, dass innerhalb des Konzerns Stadt auch umgebaut und umgeschichtet werden muss. Um es offen zu sagen, das heißt ebenso: Wir werden uns manchen Service der Stadt für die Bürgerschaft in Zukunft nicht mehr leisten können. Wir brauchen ein Personal-Effizienz-Controlling zur Optimierung der Geschäftsprozesse. Nur mit einem solchen Instrument können wir dauerhaft identifizieren, in welchen Bereichen Verwaltungsabläufe nicht optimal abgestimmt sind, und können entsprechend gegensteuern. Gerade wenn mehrere Ämter Querschnittsaufgaben zu bewältigen haben, stellt sich die Frage einer richtigen Austarierung der dezentralen und zentralen Aufgabenerledigung. Personalumschichtungen werden selten autogen ausgelöst. Der "Blick von Außen" fördert effiziente und integrative Sichtweisen. In schwierigen Fallkonstellationen wird man externe Prüfer benötigen. Auf ein konsequentes inneres Controlling darf aber nicht verzichtet werden. Die CDU-Fraktion wird dazu einen entsprechenden Antrag einbringen. Ein dann vorliegendes Konzept möge alsbald im Personalausschuss beraten werden. Als Alternative für externe Organisationsuntersuchungen, die wir ja erlebt haben, sollten die Ämter eigenverantwortlich Personal- und Aufgabenoptimierungen vorschlagen.

Was die Liste von Großinvestitionen angeht, muss von der Verwaltung ein verantwortungsvoller Umgang erwartet werden. Hierzu gehört vor allem ein Handlungskonzept.

Jetzt geht es erst einmal um bereits eingeleitete Großvorhaben. Von aktueller Haushaltsrelevanz ist dabei die erforderliche Umstrukturierung unseres Städtischen Klinikums. Es soll kein Missverständnis aufkommen.

(Zwischenruf von der linken Seite: Aber?)

- Nur Geduld!

Die CDU-Fraktion steht uneingeschränkt zu unserem Krankenhaus der Maximalversorgung. Kein Zweifel besteht auch darüber, dass wir die strukturelle Unterdeckung dieser städtischen Gesellschaft nur durch das Neubauprogramm abstellen können. Das alleine stellt effektivere Pflege- und Behandlungsabläufe sicher. Auch das wird keine "einfache Baustelle". Das hat schon der holprige Planungsprozess mit einigen Irrungen und Wirrungen gezeigt. Für die CDU-Fraktion wird immer deutlicher, dass für sämtliche Gebäude des Klinikums - also auch für die Altbauten - ein Nutzungsfahrplan vorliegen muss, bevor der Gemeinderat weitere Mittel für den „Altbausanierungsfonds“ freigibt. Einen Streichungsantrag der insoweit in den Haushaltsplan eingestellten Mittel kündigen wir hiermit an. Es leuchtet ein, dass die Klinikabläufe künftig, soweit möglich, in zeitgemäß und nachhaltig ausgestatteten Häusern stattfinden müssen. Nicht alle denkmalgeschützten Altbauten werden dann noch benötigt. Eine Sanierung jetzt erübrigt sich. Sie mag nachgeholt werden, wenn die spätere, wahrscheinlich medizinaffine Nutzung feststeht. Dann dürfen aber auch Mieterlöse erwartet werden. Nicht zuletzt muss das Städtische Klinikum auch durch ein verbessertes Marketing noch größere Anstrengungen unternehmen, das strukturelle Defizit, das letztlich den städtischen Haushalt im Millio-nenbereich belastet, zu beseitigen.

Es ist kein Übereifer, sondern Verantwortung, wenn die CDU-Fraktion schon heute die Entwicklung um die Karlsruher Versorgungs-, Verkehrs- und Hafen GmbH, abgekürzt KVVH, anspricht. Sie wurde von Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz in unbestechlichen Zahlen dargestellt. Hier spiegeln sich die enormen Dividendenrückgänge unserer Beteiligung bei der EnBW, insbesondere aber die Finanzierungsbelastung für unseren öffentlichen Nahverkehr wider. Es ist dies aber noch keine Folge der Kostenentwicklung für die Kombilösung, wie uns gewisse Kreise aus diesem Hause wieder gebetsmühlenartig vortragen werden. Die Entwicklung ist auch absehbar, seitdem das Land seine Bezu-schussung des Schienenfuhrparks von 80 % auf 0 gestrichen hat. Wo bleibt hier die angekündigte politische Initiative von Rot-Grün in Stuttgart? Hier lassen gerade die Richtigen den ÖPNV im Regen stehen. Auch wenn es diesen Doppelhaushalt 2015/2016 noch nicht betrifft: Die Verwaltung muss bereits jetzt Lösungsalternativen vorschlagen, wie man mit dem jährlichen Defizit der KVVH umzugehen gedenkt.

Beim Thema Verkehrsinfrastruktur - ebenfalls eine Großaufgabe - vermerken wir Fehl-anzeige in Ihren Ausführungen. Herr Oberbürgermeister, Sie stehen mit Finanzierungs-vorschlägen für eine Südumfahrung von Hagsfeld im Wort. Angesichts der prekären Haushaltssituation müssen Sie mit diesem Gemeinderat, aber auch mit der Bevölkerung dieser Stadt noch einmal in die Diskussion eintreten, ob es verantwortbar ist, eine Pla-nung der Nordtangente zu unterlassen, wenn damit eine 100-%-Bundesfinanzierung des unstrittigen und genehmigten Teilabschnitts erreicht werden kann. Landesmittel - wie sie immer wieder in Aussicht gestellt wurden, bis zuletzt auch vom Landtagsabge-ordneten Stober - wären uns natürlich auch recht, aber finanzierbare und realistische Lösungen müssen jetzt endlich her. Ich kann aber nur davor warnen, das bestehende Baurecht aus angeblicher Sorge vor möglichen juristischen Auseinandersetzungen auf-zugeben.

Und wenn wir gerade dabei sind: Mit Ihren Hinweisen auf die Verkehrsmanagementzentrale oder die KA-App machen Sie aus der Not eine Tugend. Was gäbe es denn zu managen, hätten wir die überlastete Südtangente nicht? Wir wollen gewiss nicht kritisieren, mit welcher Professionalität das Tiefbauamt hier um Schadensbegrenzung bemüht ist. Mit Netzverbesserung hat das aber herzlich wenig zu tun und ist erst recht kein Grund für eine Gewerbesteuererhöhung.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Sie, Herr Oberbürgermeister, haben weitere Punkte einer Haushaltsprogrammik vortragen, zu denen Sie die Meinung des Hauses abrufen: Sie schwärmen für das Projekt „Grüne Stadt“, das Sie im Umweltdezernat verortet sehen wollen. Die CDU-Fraktion lehnt diese Idee ab. Wirklich alle Themen, die Ihnen da zugetragen wurden, werden von der Verwaltung seit Jahren mit großem Engagement betrieben. Wir haben in keinem Bereich Nachholbedarf. Es handelt sich um einen klassischen Fall einer neu erfundenen Doppelstruktur, die meine Fraktion in jedem anderen Fall auch ablehnt. Die Idee einer Konzentrationsverlagerung von Themen, welche genuin bei der Stadtplanung angesiedelt sind, steht auch im Widerspruch zu Ihren Vorstellungen über projektbezogene Ämterzusammenarbeit. Es ist jedoch nicht vorstellbar, die von Ihnen aufgelisteten Themen wie Wohn- und Aufenthaltsqualität, Freiraumgestaltung, Entwicklung des räumlichen Klimas, Stadtraumgestaltung, Stadtentwicklung, Auswirkungen von Versiegelung, Auswirkungen von Baumaßnahmen fachlich an anderer Stelle zu behandeln als beim Stadtplanungsamt. Der Planungsprozess Räumliches Leitbild ist fachlich Stadtplanung - nichts anderes.

Behutsame Innenentwicklung vor Flächenverbrauch. Sagen sie uns doch einmal wie viel Potential hinter dieser politischen Worthülse steckt. Ich komme darauf noch einmal beim Thema Wohnbauförderung zurück. Unsere Flächenpotentiale werden doch nicht größer, wenn diese Fragen unter dem Thema Grüne Stadt diskutiert werden. Die CDU-Fraktion wendet sich gegen jede Ideologisierung bei der Erarbeitung des Räumlichen Leitbildes. Gleiches gilt auch bei der Fortentwicklung des Lärmaktionsplanes. All das soll als Querschnittsaufgabe "grün angestrichen" ins Dezernat 5. Diese Idee belastet nicht nur künftige politische Diskussionen mit Ideologiewolken, sie belastet auch den Haushalt, weshalb die CDU-Fraktion beantragt, alle damit zusammenhängenden Ansätze zu streichen.

(**Stadtrat Cramer/KULT**: Das geht aber nicht durch!)

- Das müssen Sie aber dann verantworten.

Vieles, was Sie zum Komplex Soziale Stadt vortragen, können wir mittragen, weil es als gemeinsame Politik dieses Hauses mit starker sozialpolitischer Handschrift der CDU-Fraktion aufgebaut wurde. Karlsruhe ist und bleibt eine soziale Stadt – notwendige Leistungen sollen nicht in Frage gestellt werden.

Wir werden aber genau verfolgen, ob Sie beispielsweise bei den Ganztagschulen den Grundsatz der Wahlfreiheit auch konsequent durchhalten.

Karlsruhe verfügt über eine sehr vielfältige Bäderlandschaft. Während andernorts flächendeckend Bäder geschlossen werden, können und wollen wir, solange es finanzierbar ist, unseren Bürgerinnen und Bürgern wohnortnahe Bäder anbieten. Durch die Fortschreibung des Bäderkonzepts stehen nun umfassende Daten und Informationen gebündelt zur Verfügung, um eine Weiterentwicklung der Karlsruher Bäderlandschaft zu ermöglichen. Unumstritten sind für uns die vier Schwerpunktbäder: das Europabad, das Fächerbad, die Therme Vierordtbad und als Freibad das Rheinstrandbad Rappenwört. In den letzten Jahren erfolgten dort auch schon immer wieder kontinuierliche Investitionen für die Zukunft dieser Bäder. Mit großer Sorge erfüllt uns aber die Stagnation im Hinblick auf die Weiterentwicklung der anderen Karlsruher Bäder. Trotz zahlreicher Initiativen der CDU-Fraktion hat das Bäderdezernat kein langfristiges Entwicklungskonzept vorgelegt.

Die CDU-Fraktion freut sich über den im Kostenrahmen verlaufenden Umbau des Fächerbads zum Kombibad, doch klar ist für uns auch, dass es, bevor wir Bäder aufgrund der wirtschaftlichen Lage schließen müssen, nun höchste Zeit ist, die Grundsatzdebatte über die Zukunft aller Karlsruher Bäder - und in erster Linie auch der weiteren Stadtteilbäder - zu führen.

Das große Thema Wohnbauförderung, also die Schaffung von Wohneinheiten zu Bedingungen, die auch Normalverdiener noch erfüllen können, droht indessen zu scheitern. Mit der Einstellung weiterer Zuschussmittel, welche dann wieder nur von unserem eigenen Wohnungsunternehmen abgerufen werden, ist es nicht getan. Hier sind wir wieder bei den fehlenden Innenentwicklungspotentialen. Auch der VOLKSWOHNUNG gehen langsam die Grundstücke aus. Da ändert weder das Karlsruher Innenentwicklungskonzept noch die Karlsruher Wohnraumförderung etwas. Auch die sozialgebundenen Wohnungsbauakteure, wie die Wohnbaugenossenschaften, steigen erst ein, wenn man sie mitnimmt, ihnen aber vor allem Betätigungsfelder in Form von Flächen anbietet. Wir sehen leider nicht ansatzweise Bewegung. Stattdessen zeichnet die Verwaltungsspitze grüne Illusionen.

(Zuruf von der linken Seite: Man kann auch etwas kaputtreden! - **Stadtrat Cramer/KULT:** Ihr seid eh die Fachleute!)

- Ich sehe, Sie brauchen ab und zu eine Denkpause!

Karlsruhe ist eine Kulturstadt. Kultur ist ein Standort- und ein Imagefaktor. Kultur rechnet sich: Geld, das wir in die Kultur stecken, kommt in die Stadt zurück. Unser Staatstheater muss saniert und erweitert werden. Dazu steht die CDU-Fraktion. Wir werden darauf achten, dass ein verlässlicher Kostenrahmen eingehalten wird und der Bau in Modulen über einen Zeitraum von mehreren Jahren erfolgen kann. Ausdrücklich begrüßen wir die geplante Öffnung des Hauses: Es soll zu einem kulturellen Treffpunkt für alle werden. Beim ZKM, das als „digitales Bauhaus“ weit über die Stadt hinaus bekannt ist, besteht, gemessen an seinen Aufgaben und Leistungen, eine strukturelle Unterfinanzierung. Das Stadtmuseum im Prinz-Max-Palais muss neu ausgerichtet werden. Es braucht eine stärkere Konzentration auf Karlsruher Themen. Auch über den Standort muss nachgedacht werden.

Wir haben angeregt, dass Karl Drais und Carl Benz in ihrer Geburtsstadt mehr Aufmerksamkeit erhalten und mit ihnen das Schlüsselthema Mobilität. Dies ist im Stadtmuseum prominent zu positionieren. Dann kann auch der Nachbau des Patent-Motorwagens, den die Daimler AG uns geschenkt hat, präsentiert werden.

Das Badische KONServatorium braucht bessere Räume. Leider haben die bisherigen Untersuchungen noch keine Lösung ergeben. In die Betrachtung muss auch eine teilweise Refinanzierung durch die Immobilien in der Kaiserallee und in der Jahnstraße einfließen.

Das alles wird Geld kosten. Es ist allerdings keine Frage des jetzigen Doppelhaushaltes. Wir brauchen auch hier ein tragfähiges Finanzierungskonzept und tun gut daran, wenn wir jetzt erst einmal tief Luft holen. In gleicher Weise wie unsere Aushängeschilder fördern wir die breite kulturelle Basis: die vielen Institutionen und das ehrenamtliche Engagement. Angesichts der Haushaltslage werden wir uns, was die Erhöhung der laufenden freiwilligen Leistungen angeht, allerdings zurückhalten müssen.

Eine Ausnahme sehen wir bei einem leichteren Zugang zum zweiten Bildungsweg und bei der beruflichen Bildung. Lebenslanges Lernen ist notwendig und darf nicht am Geldbeutel scheitern! Wer seinen Schulabschluss nachholt, verbessert ganz wesentlich seine Berufsaussichten. Das ist eine Investition in die Zukunft. Für Qualifizierungen an beruflichen Fachschulen gilt das entsprechend. Es darf jedenfalls nicht sein, dass unsere Schuleinrichtungen gar wegen zu hoher Schulgelder ausbluten. Das alles muss näher untersucht werden, weshalb wir einen entsprechenden Antrag ankündigen.

Beim Schwerpunktthema „Mobile Stadt“ sprechen Sie, Herr Oberbürgermeister, von einer Optimierung des Mobilitätsmixes, meinen aber unausgesprochen die Zurückdrängung des Kraftfahrzeugverkehrs. Wer nämlich den Radverkehrsanteil von 25 % im Beschlussweg auf 30 % erhöhen will, fördert die Mobilität der jungen Aktiven, er reduziert damit den ÖPNV-Anteil, er verdrängt den motorisierten Individualverkehr und übersieht die Bedeutung des Gewerbeverkehrs. Die CDU-Fraktion wird bei ihrem zukünftigen Abstimmungsverhalten noch deutlicher machen, dass der ideologisch geführte Kampf um den Straßenraum fatale Folgen hat. Wir müssen jetzt die Frage klären, wie sich unsere Mobilität entwickelt. Trotz Bevölkerungswachstum steigt der Altersdurchschnitt. Welche Auswirkungen auf die Mobilitätsnachfrage hat das? Dieser Aufgabe - darauf hat die CDU-Fraktion im Verfahren zum Räumlichen Leitbild wiederholt hingewiesen - werden Sie sich stellen müssen. Mit dem Klientel-Applaus, den Sie wohl erwartet haben, ist es nicht getan.

Wir versuchen beim Sammelthema "Internationale Wirtschafts- und Wissenschaftsstadt" einen roten Faden zu erkennen. Zu unserem anderen Verständnis von erfolgreicher Wirtschaftsförderung habe ich bereits Ausführungen gemacht. Einig sind wir, wenn es um die Bedeutung des Sports für die Außenwirkung unserer Stadt geht. Der Sport nimmt in seiner gesamten Bandbreite in unserer Gesellschaft eine wichtige Stellung ein. Die Förderung des Sports in Vereinen ist ein Schwerpunkt in der Sportpolitik der CDU-Fraktion. Wir erwarten daher mit Spannung die Aussagen aus der seit 2010 laufenden Sportentwicklungsplanung. In vielen Stadtteilen gibt es nach Auskunft der Vereine knappe Hallenkapazitäten. Die Bildung der Sportzentren in Daxlanden und Durlach ist in vollem Gange und sollte dort im Bereich des Stadtteilentwicklungs- und Quar-

tiersmanagements integriert werden. Ein zukunftsfähiges Stadion ist aus unserer Sicht, vor allem auch aufgrund des untragbaren Bestandes, unumgänglich und auf alle Fälle identifikationsstiftend für das Oberzentrum Karlsruhe. Solange die haushalterischen Folgen eines neuen Wildparkstadions realistisch bleiben, geht die CDU-Fraktion mit. Alle Finanzierungsmöglichkeiten sind dabei im Vorfeld zu klären. Der Verein und die Stadt müssen schnellstens konkrete Lösungsvorschläge erarbeiten und uns hier vorstellen.

Erfreulich, Herr Oberbürgermeister, ist die Tatsache, dass Sie beim Thema „Wirtschaft“ die Chancen angeführt haben, die in unserer Region noch zu heben sind. Alles was Sie zur Bedeutung des ÖPNV für die Regionalentwicklung gesagt haben, findet bei der CDU-Fraktion uneingeschränkte Unterstützung. Wer die Qualität zurückführen will, reduziert die Fahrgastzahlen und erhöht letztlich die Kosten. Eine gesunde Siedlungsentwicklung - darauf haben Sie hingewiesen - über die Stadtgrenzen hinweg setzt eine entsprechende Entwicklung im ÖPNV voraus. Unsere städtischen Tochtergesellschaften haben das dazu notwendige Potential, das noch umfassender ausgeschöpft werden muss.

Die Region muss aber in diesen Prozess ernsthaft und konstruktiv einbezogen werden. Erst vor kurzem hat sich die CDU-Fraktion im Verfahren Räumliches Leitbild hierzu geäußert. Ich zitiere verkürzt: "Es zeichnet sich ab, dass Leitbildfragen nicht ohne unser lebenswertes Umfeld - unsere Region - diskutiert werden können..... Die Diskussion beginnt mit der Frage, wie rechtzeitig und wie ernsthaft man die Nachbarschaft einbezieht. Die bloße Adressierung von Schnittstellen erschlägt die Emotionalität dieses "Master"-Themas. Mit "plug and play" ist es nicht getan. Die CDU-Fraktion kann sich gut vorstellen, dass wir aus dem Prozess am Ende mit der Erkenntnis herauskommen, dass ein Leitbild Karlsruhe ohne seine Region nicht darstellbar ist." - Will sagen, dass nicht nur der Ton, sondern auch ein guter Diskussionsprozess die Musik macht. Konkret gilt dies auch im Hinblick auf mögliche interkommunale Gewerbegebiete - diese bieten Karlsruhe Zukunftsperspektiven in enger Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden.

Bei Ihren Plänen und Vorstellungen für die Zukunft unserer Stadt haben Sie nur vergessen, lieber Herr Oberbürgermeister, den Preis unter Ihren Wunschzettel zu schreiben. Oder schwebt Ihnen eine Aufgabenteilung nach dem Motto vor, "ich bestelle und der Gemeinderat schaut, wie er es bezahlt"? Diesen Gefallen werden wir Ihnen nicht tun! Wir tragen Verantwortung als CDU-Fraktion gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, die in 20 oder 30 Jahren noch in unserer Stadt leben. Deshalb machen wir Ihnen, bevor ich zum letzten, aber wichtigsten Punkt meiner Haushaltsrede komme, der mittelfristigen Finanzplanung, erste Vorschläge für einen soliden Haushalt, die wir auch mit entsprechenden Anträgen untermauern werden.

Sie werden sehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass mit großen, aber auch kleinen Maßnahmen und dem Mut zu Prioritätensetzungen ein Haushalt vorgelegt werden kann, der ohne Steuererhöhungen auskommt. Dies gilt nicht nur für die kommenden Haushaltsberatungen. Bei jeder einzelnen Entscheidung im Gemeinderat müssen die finanziellen Folgen noch konsequenter berücksichtigt werden. Wir als CDU-Fraktion wollen in den kommenden Jahren unverändert darauf achten.

Jetzt werden wir zunächst als CDU-Fraktion eine globale Minderausgabe für beide Haushaltsjahre auf Sachmittel beantragen.

(Oh-Rufe bei den Grünen - **Stadtrat Pfalzgraf/SPD:** Ha! Ha! Ha! - Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Diese Maßnahme bringt uns pro Haushaltsjahr 3,2 Millionen Euro, Herr Kollege. Die freiwilligen Leistungen lassen wir unangetastet, erwarten aber einen konsequenten Umgang mit Doppelstrukturen.

Jetzt werden wir als CDU-Fraktion für den im Haushaltsjahr 2016 eingestellten Sammelansatz für Investitionen einen Streichantrag stellen. Diese 10 Millionen Euro wollen wir sparen. Dies tun wir im Wissen, dass die Tränenliste Investitionsmaßnahmen von über 31 Millionen Euro enthält, wichtige Projekte wie beispielsweise die Erneuerung des Technischen Rathauses samt der städtischen Kantine. Oder auch die Klinik für Psychiatrie und Psychotherapeutische Medizin, von der bisher kaum die Rede war, bedarf einer Grundsanierung. Doch bereits mit den im Haushaltsplan vorgesehenen Maßnahmen stößt die Stadtverwaltung an ihre Grenzen - personell und finanziell. Ein weiteres Aufblähen des Personals und der Fortsetzungsmaßnahmen werden wir nicht unterstützen, bis ein klares Investitionskonzept vorliegt.

Jetzt werden wir als CDU-Fraktion über die Streichung des Altbausanierungsfonds für das Klinikum hinaus beantragen, dass die Ansätze im Bereich des Liegenschaftsamtes für den Ankauf von Immobilien auf ein realistisches Maß gekürzt werden.

Auch kann am Haus Solms vor den Gegebenheiten des Haushaltes nach unserer Ansicht nicht mehr festgehalten werden. Die Verwaltung möge deshalb die erforderlichen Vorbereitungen für einen Verkauf treffen. Dazu brauchen wir repräsentative Räume, in denen dann künftig Trauungen stattfinden können.

Die CDU-Fraktion beantragt ferner, die Wiedereinrichtung einer Stadtteilbibliothek in Grötzingen nach Fertigstellung der Gemeinschaftsschule auf den Prüfstand zu stellen. Dies gilt jedenfalls dann, wenn eine ausreichende Versorgung über den bestehenden Bücherbus, wie in anderen Stadtteilen, gewährleistet werden kann.

Die Streichung sämtlicher geplanter Ausgaben für die Doppelstruktur „Grüne Stadt“ haben wir oben bereits aufgeführt.

Bei den vorstehenden Ansätzen genießt die Verbesserung der Haushaltsstruktur und der Verzicht auf eine Gewerbesteuererhöhung einen klaren Vorrang. Ich lade alle ein, nein, ich fordere alle Stadträtinnen und Stadträte dazu auf, weitere Vorschläge zu machen - die CDU-Fraktion hat für Gespräche darüber ein offenes Ohr. Wir brauchen jetzt einen "Pakt der Vernunft", um die Staatsrhetorik einer Fraktion dieses Hauses aufzugreifen. Jeder badische Familienvorstand würde jetzt den Gürtel enger schnallen.

Neben Einsparungen ist aber auch Unterstützung für die ehrenamtlich Aktiven in unserer Stadt unerlässlich. Sie stimmen mir sicher zu, dass unser soziales Netzwerk eng gestrickt ist, vielleicht da und dort zu eng. Gleichwohl sehen wir noch geringfügigen

Nachholbedarf mit einem Antrag: Die Bahnhofsmision leistet niederschwellige Hilfe für Menschen, die am Hauptbahnhof ankommen, ohne zu wissen, wie es mit ihnen weitergehen soll. Die Bahnhofsmision ist dabei die erste Anlaufstelle in sozialer Not, zum Beispiel für Flüchtlinge. Sie sehen hier ein ehrenamtliches Engagement, für das es nichts Vergleichbares und keine Doppelstruktur gibt. Wir unterstützen daher einen Zuschuss über 6.510 Euro.

Im Übrigen bitten wir um Verständnis dafür, dass wir bei sämtlichen weiteren Anträgen im Bereich der freiwilligen Leistungen nur in besonders begründeten Ausnahmefällen Zuschusserhöhungen mittragen. Dies steht im engen Zusammenhang mit unseren Konsolidierungsinitiativen - wie notwendig diese sind, erkennen Sie nun spätestens bei der mittelfristigen Finanzplanung.

Der vorgelegte Doppelhaushalt ist nur im Verbund mit einer soliden mittelfristigen Finanzplanung genehmigungsfähig. Schon für 2015/2016 brauchen Sie, Herr Oberbürgermeister, eine derzeit nicht veranlasste Gewerbesteuererhöhung. Damit sollen die Ihnen angetragenen Ausgabensteigerungen gedeckt werden. Wer aber die strukturelle Schieflage erkennen muss, darf doch in seiner Programmrede nicht rosig den Mut zu weiteren Ausgaben abfordern, z. B. zu einem neuen Personalkonzept, das bisher allerdings ein Geheimnis der Verwaltung blieb.

Mit Verlaub: Die Leichtgewichtigkeit, mit der an diese Haushaltsberatungen herangegangen wurde, ist beängstigend. Sie nehmen Transparenz und Kommunikation in besonderem Maße für sich in Anspruch. Gilt dies auch in Bezug auf den Gemeinderat? Was sollen die fast 6 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung oder die Bevölkerung denken? Für zwei Jahre ein „Weiter-So mit Zuschlag“? Ab 2017 dann aber eine radikale Umkehr, um die Sie nicht herumkommen!

Jetzt hilft nur noch der Vorwurf: Die CDU-Fraktion betreibt mal wieder Schwarzmalerei.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Wie immer!)

- Darauf habe ich gewartet.

(Heiterkeit)

Dieser Haushalt ist an der Grenze der Genehmigungsfähigkeit, selbst wenn er eine Mehrheit erhalten sollte. Wir verweisen auf folgende Fakten: In den kommenden fünf Jahren werden Investitionsmaßnahmen in Höhe von 778,2 Millionen Euro geplant. Bereits ab 2018 werden keine Zahlungsmittelüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit erzielt, der dargestellte Verwaltungsmittelbedarf steigt vielmehr stetig an. Damit sind ab 2018 nicht nur Kredite für Investitionen - und bitte jetzt genau hinhören -, sondern auch Kredite zur Finanzierung der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit erforderlich. Das hat es noch nicht gegeben. In Zahlen ausgedrückt: 2017 werden Kredite in Höhe von 101 Millionen und in 2018 124 Millionen Euro und 2019 123 Millionen Euro eingeplant. Alles Schwarzmalerei!

Risikoabschläge für realistische Gefahren von Gewerbesteuerausfällen und Zinserhöhungen für die Schulden der Stadt sind selbstverständlich nicht berücksichtigt. Die CDU-Fraktion insistiert daher zu Recht darauf, nicht auf das Eingreifen des Regierungspräsidiums als Aufsichtsbehörde zu warten, sondern schon beim jetzigen Doppelhaushalt 2015/2016 umzusteuern und die notwendigen Haushaltstrukturänderungen sofort einzuleiten. Wer so im Blindflug weitersegelt, fährt die bisher soliden Stadtfinanzen an die Wand.

Sie sehen, Herr Oberbürgermeister, die kommenden Haushaltsberatungen werden wir hart in der Sache zu führen haben. Trotzdem denken auch wir jetzt schon mit Freude an unseren Stadtgeburtstag. Wir teilen Ihre Erwartungen für dieses Großereignis. Herr Oberbürgermeister, beim Lesen Ihrer Haushaltsrede dachte ich schmunzelnd immer wieder an unseren absolutistischen Markgrafen, dem die Idee zur Stadtgründung unter Rodung eines großen zusammenhängenden Waldgebietes im Traume gekommen sein soll. Träume kann man auch heute noch haben, jedenfalls solange niemand über die Renaturierung oder Wiederaufforstung unserer Stadtflächen nachdenkt. Weitere Träumereien sind aber gefährlich. Unser Haushalt, meine Damen und Herren, braucht jetzt fundierten Realitätssinn!

Die CDU-Fraktion dankt allen beteiligten Stellen und Personen, die uns bei der Vorbereitung dieses Haushaltes tatkräftig begleiten, stellvertretend Frau Wirtschaftsbürgermeisterin Luczak-Schwarz und Herrn Stadtkämmerer Dollinger. Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Der Vorsitzende: Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion, Herr Stadtrat Parsa Marvi.

Stadtrat Marvi (SPD) - vom Rednerpult sprechend -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, Karlsruhe ist eine Stadt in Bewegung. Zum 300. Stadtgeburtstag zeigt ein Blick zurück in die Stadtgeschichte zugleich in unsere Zukunft:

So waren wir schon immer eine Stadt, die frische Ideen und neue Köpfe anzog und weiterhin anzieht. Die für die damalige Zeit unerhört liberalen Privilegien, die Stadtgründer Karl Wilhelm Neuansiedlern in Aussicht stellte, damit sie nach Karlsruhe kommen, sind beispielgebend für diese Mentalität. Karlsruhe ist bis heute dieser Haltung treu geblieben und erfreut sich auch nach 300 Jahren einer ungebrochenen Attraktivität, wie sich an drei Beispielen zeigt:

Erstens. Karlsruhe ist eine Stadt des Wachstums. Die Bevölkerung nimmt in unserer Stadt seit Jahren erfreulicherweise zu - genauso wie die Anzahl der Unternehmensgründungen. Platz 2 in Baden-Württemberg bei der Einwohnerzahl und Platz 2 bei der Informations- und Kommunikationstechnologie im gesamten europäischen Raum sind Ausweise dieser Stärke.

Zweitens. Karlsruhe ist eine Stadt von High-Tech und exzellenter Wissenschaft: Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen ziehen weltweit Studierende, Kreative und

Tüftler an.

Drittens. Karlsruhe ist eine Baustellenhauptstadt. Bei uns wird investiert, gebaut und gestaltet. Da ist Leben in der Bude. Statt wie in manchen Teilen der Republik nur zu jammern, haben wir diese Situation clever genutzt und gleichzeitig kräftig für unser Image geworben. Diesen Kontrast hat ein Artikel der Süddeutschen Zeitung jüngst mit Blick auf die Kombilösung auf den Punkt gebracht. Ich zitiere: „Im Herbst 2014 begeht die Stadt Karlsruhe die Anlieferung der wichtigsten Tunnelbohrmaschine mit einer Art Volksfest. In Stuttgart musste die Bahn das vergleichbare Großgerät unlängst bei Nacht und Nebel durch die Stadt schmuggeln.“ Genau diese Haltung ist unsere Stärke. Karlsruhe ist eine Stadt, die neugierig auf den Fortschritt ist. Deshalb gilt: Wer heute investieren will, dem rufen wir entgegen: Kommen Sie nach Karlsruhe. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt empfangen Sie nicht mit Demonstrationen, sondern mit offenen Armen.

(Beifall bei der SPD)

Im Jahr des 300. Stadtgeburtstags sehen die Voraussetzungen für die weitere Stadtentwicklung also sehr günstig aus. Der Optimismus, die Weltoffenheit, die Lust auf den Fortschritt in Karlsruhe zeigen: Die besten Tage unserer Stadt liegen noch vor uns. Der Gemeinderat hat es nun in der Hand, mit einer rationalen und mutigen Politik die vorhandenen Potenziale zu nutzen, noch mehr Vertrauen zu schaffen und weiterhin für ein attraktives Arbeits-, Wohn- und Lebensumfeld zu sorgen.

Wir folgen einem Kerngedanken der Haushaltsrede von Oberbürgermeister Frank Mentrup: Wer morgen vorne bleiben will, wer morgen auch noch Spitze sein will, der muss heute investieren. Karlsruhe soll weiterhin Spitze sein beim Wachstum, bei der Wirtschaftsförderung bei Bildung und Betreuung, beim Klimaschutz, bei kulturellen Angeboten, bei der Infrastruktur.

Die wachsende Stadt dient aber nur dann dem Gemeinwohl und ist nur dann erfolgreich, wenn sie zugleich eine soziale Stadt bleibt und ist. Wachstum und soziale Teilhabe im Einklang, das ist unsere Zukunftsvision von Karlsruhe, die wir der Debatte um den Doppelhaushalt 2015/2016 voranstellen.

(Einzelner Beifall aus der Mitte der SPD)

Oberbürgermeister Frank Mentrup amtiert in etwa so lange, wie die Beratung und Beschlussfassung des letzten Doppelhaushaltes zurückliegt. Die Dynamik und der Aufbruch der Stadtpolitik haben sich in dieser Zeit dem Tempo und dem Wandel unserer Stadt angeglichen. Viele Projekte und Themen wurden endlich erfolgreich angepackt. So viel Bewegung in der Karlsruher Kommunalpolitik war schon lange nicht mehr, da werden Sie mir alle recht geben.

Karlsruhe zeigt beim Management großer Infrastrukturprojekte vorbildlich, wie Transparenz, professionelles Projektmanagement und Beteiligungsprozesse gelingen können. Karlsruhe zeigt, dass eine nachhaltige Veränderung von Kommunalpolitik möglich ist. Politik kann sich verändern. Und Politik kann sich zum Besseren verändern.

Denn, meine Damen und Herren, wer hätte nach Jahren des Stillstands und endloser Debatten solche Erfolge der Karlsruher Kommunalpolitik eigentlich noch erwartet? Endlich ein neues Fußballstadion am Standort Wildpark, gemeinsam von OB, Gemeinderat und KSC - übrigens mit Finanzierungsunterstützung des Landes Baden- Württemberg - auf den Weg gebracht.

Die Ansiedlung von IKEA in Karlsruhe mit hunderten neuen Arbeitsplätzen.

Volle Transparenz bei Kosten und Bauzeit der Kombilösung. Die sechsmonatige Bauzeitverzögerung bei der Kombilösung wurde dank einer mutigen Umleitungsmaßnahme aufgeholt.

Über 220 Millionen Euro Investitionen der städtischen VOLKSWOHNUNG in preiswerte Mietwohnungen bis 2018 und 30 Millionen Euro Investitionen in die soziale Wohnraumförderung durch Land und Stadt bis 2016.

Auf diese Erfolge müssen und können wir in den kommenden Jahren aufbauen, um unsere Stadt auch künftig voranzubringen.

(Einzelner Beifall bei der SPD)

Ich will im Folgenden auf einige Schwerpunkte des Doppelhaushaltes eingehen und unsere Position erklären:

Bildung und Betreuung.

Ein Schwerpunkt des vorgelegten Haushaltes liegt darauf, dass gute Bildung und Betreuung zur Chancengleichheit beitragen. Alle Kinder sollen die gleichen Chancen in unserer Stadt erhalten, unabhängig von ihrer sozialen Herkunft, unabhängig davon, in welchem Stadtteil sie aufwachsen, welchen Beruf ihre Eltern ausüben oder wie ihr Nachname klingt. Es ist deshalb gut, dass im Haushalt die Fortführung der Sprachförderung an den Karlsruher Kindertagesstätten in 34 Kitas sichergestellt wird. Genauso wichtig sind gute Bildung und Betreuung aber auch für die Attraktivität unseres Wirtschaftsstandortes. Ja, sie sind harte Erfolgsfaktoren, wenn es um die Zukunft unserer Stadt geht.

Wer sich als Auswärtiger für ein Jobangebot in Karlsruhe interessiert, schaut inzwischen genau darauf, wie es um die Schulen und Kindergärten in unserer Stadt bestellt ist.

Gleiches gilt für Unternehmen. Sie erwarten inzwischen ein erstklassiges Angebot an Bildung und Betreuung, bevor sie neue Investitionen tätigen. Investitionen in Bildung und Betreuung sind deshalb auch immer Wirtschaftsförderung. Die Betriebskostenzuschüsse für die Kindertagesstätten freier Träger von bis zu 80 Millionen Euro im Jahr sind deshalb für uns nicht etwa "freiwillige Leistungen", wie es im Haushaltsentwurf heißt, sondern Pflichtinvestitionen in die Zukunft unserer Stadt!

(Beifall bei der SPD)

Die Larmoyanz, mit der sich die Finanzbürgermeisterin über steigende Aufwendungen im Teilhaushalt "Soziales und Jugend" in ihrer Haushaltsrede beklagt, ist deshalb völlig unangebracht. Ohne diese Aufwendungen hätte es Karlsruhe nicht an die Spitze geschafft und ohne diese Aufwendungen wird Karlsruhe nicht an der Spitze bleiben! Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine generelle Anmerkung zu den Aufwendungen im Bereich Soziales, Bildung und Betreuung. Die angeblich rasend steigenden Ausgaben im Sozialbereich tragen manche in Stadtverwaltung und Gemeinderat seit Jahren wie ein Mantra vor sich her. Die Ausgaben für Sozialleistungen sind in der Tat von 2009 bis 2013 um 33 Millionen Euro gestiegen. Und jetzt hören Sie mir bitte alle ganz genau zu: Was immer unterschlagen wird, ist, dass die Zuschüsse von Bund und Land im gleichen Zeitraum massiv gestiegen sind. Bezieht man diese Einnahmen mit ein, dann sind die Ausgaben im Sozialbereich seit 2009 eben nicht um die genannten 33 Millionen Euro gestiegen, sondern lediglich um 8 Millionen Euro. Diese Zahlen stehen alle im offiziellen statistischen Jahrbuch der Stadt Karlsruhe. Von explodierenden Kosten im Sozialbereich kann also nur sprechen, wer brutto mit netto verwechselt, oder das statistische Jahrbuch regelmäßig als Lektüre auslässt.

Eine der wesentlichen Entlastungen für die Stadt Karlsruhe haben wir der baden-württembergischen Landesregierung aus SPD zu verdanken. So unterstützt das Land den Betrieb von Kindertagesstätten in Karlsruhe mit 18 Millionen Euro im Jahr. Mit diesem Rückenwind aus Stuttgart - auf den wir lange gewartet haben - wurden unter der Führung von Bürgermeister Martin Lenz herausragende Fortschritte erreicht. Innerhalb von nur fünf Jahren konnten wir die Kita-Plätze im U-3-Bereich fast verdoppeln. Ende 2016 werden wir eine Versorgungsquote von stattlichen 47 Prozent erreichen. Zudem hat dieser Gemeinderat dem Wunsch der Eltern, Schüler und Lehrer entsprochen und neue Gemeinschaftsschulen eingerichtet: in Grötzingen, Mühlburg, Oberreut und der Waldstadt. Dass die CDU im Land Baden-Württemberg und im gleichen Taktschritt in der Stadt Karlsruhe immer wieder den Willen der Eltern ignoriert und gegen die Einrichtung von Gemeinschaftsschulen mobil macht, spricht für sich. Meine Damen und Herren, die genannten Gemeinschaftsschulen wurden nicht aus Stuttgart verordnet. Sie wurden von den Karlsruher Familien gewünscht!

(Beifall bei der SPD)

Mit der Gemeinschaftsschule in Grötzingen waren wir Vorreiter im Land, denn Karlsruhe hat als erste Großstadt eine Gemeinschaftsschule eingerichtet. Auf diesen Pioniergeist sollten wir alle stolz sein! Auch die Zahl der Ganztagesgrundschulen wurde erhöht. Wir sind dankbar, dass die Landesregierung erstmals die Ganztagesgrundschulen im Schulgesetz verankert und mit den Städten im Land eine historische Finanzierungsvereinbarung getroffen hat. Für viele Familien in Karlsruhe schaffen die neuen Ganztagesgrundschulen zusätzliche Sicherheit. Schließlich kann es nicht sein, dass in der Kita eine gute Ganztagesbetreuung stattfindet, nach der Einschulung die Betreuung der Kinder aber wieder um 12 Uhr endet. Mit jetzt siebzehn Ganztagesgrundschulen und dank einer soliden Förderung der Landesregierung haben wir die Situation für viele Familien in Karlsruhe deutlich erleichtert. Karlsruhe geht somit voran bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Taten statt Sonntagsreden!

Als Schulträger ist die Stadt Karlsruhe für die Schulgebäude und die Ausstattung der

Schulen zuständig. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt wird sie dieser Verantwortung vorbildlich nachkommen. In Baumaßnahmen an 27 Schulen wird Karlsruhe in den Jahren 2015 und 2016 rund 60 Millionen Euro investieren, darunter fast 17 Millionen Euro für den Umbau der Heinrich-Hertz-Schule.

Mit diesem Bauprogramm stärken wir alle Schularten in unserer Stadt: unsere Gymnasien, die Gemeinschaftsschulen, die Hauptschulen und auch die Realschulen. Übrigens: Auf Vorschlag von Kultusminister Andreas Stoch erhalten gerade die Realschulen im kommenden Schuljahr 500 neue Lehrerstellen. Damit bekennt sich die Landesregierung zur Vielfalt in unserem Schulsystem und sichert die Zukunft auch der Karlsruher Realschulen!

(Beifall bei der SPD)

Wir investieren aber nicht nur in Schulhäuser, Turnhallen und Klassenzimmer. Im vorliegenden Haushalt wird mehr Geld für die Schulsozialarbeit bereitgestellt. Rund 100.000 Euro gibt es in diesem und im nächsten Jahr zusätzlich. Jede einzelne Stelle der Schulsozialarbeit in Karlsruhe wird zu einem Drittel vom Land Baden-Württemberg bezuschusst. Und es muss daran erinnert werden - in diesem Kapitel kommen Sie leider öfters vor - : Es war eine CDU-geführte Landesregierung, die die Förderung der Schulsozialarbeit verweigert hat und es ist die grün-rote Landesregierung, die 25 Millionen Euro im Jahr für die Schulsozialarbeit im Land bereitstellt.

(Beifall bei der SPD - Zuruf aus den Reihen der CDU: Das stimmt nicht!)

- Na klar, stimmt das!

Gleiches gilt für unsere Volkshochschule. Sie erhält in diesem Jahr deutlich höhere Zuschüsse des Landes. Gleichzeitig steigt der Betriebsmittelzuschuss für die Volkshochschule im vorliegenden Haushaltsentwurf auf über 1,2 Millionen Euro im Jahr, eine Steigerung um über 30 Prozent. Die Landesregierung und die Stadt Karlsruhe machen mit diesen Erhöhungen deutlich, dass lebensbegleitende Bildung nicht vom Geldbeutel abhängen darf. So können durch die Zuschusserhöhung jetzt auch die Gebühren für die Abendschule an der Volkshochschule gesenkt werden. Mit dem Zuschuss für die Volkshochschule finanzieren wir auch, dass alle Inhaber des "Karlsruher Passes" geringere Kursgebühren bezahlen müssen.

Meine Damen und Herren, Karlsruhe steht in einem harten Konkurrenzkampf um qualifizierte Arbeitskräfte - gegenüber anderen Großstädten und gegenüber den Gemeinden in der Region. Gute Kitas, Ganztagesbetreuung, moderne Schulen und ein Gemeinderat, der auf die Wünsche von Eltern Rücksicht nimmt, sind der Schlüssel, damit Karlsruhe in diesem Wettbewerb auch weiterhin hervorragend aufgestellt ist

Ich komme zum zweiten Punkt: Starke Wirtschaft - Pakt für Wachstum

Auch als Wirtschaftsstandort stehen wir im Wettbewerb mit anderen Regionen, nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern global. Vier Branchen der Karlsruher Wirtschaft haben das Potential, auf europäischem Top-Niveau mitzuspielen: die Informations- und

Kommunikationswirtschaft, die intelligente Produktion, die Energiewirtschaft und die Kultur- und Kreativwirtschaft.

Für drei Branchen haben wir bereits exzellente Unterstützungsplattformen gebildet: das Energieforum, das K 3 auf dem Gründerareal "Alter Schlachthof" und natürlich unser Flaggschiff im Bereich der Exzellenzcluster, das Cyberforum. Als nächstes müssen wir weitere Gründerzentren in Karlsruhe realisieren. Mit dem Gründerzentrum "perfekt futur" auf dem Schlachthof-Areal haben junge Unternehmen aus der Kultur- und Kreativwirtschaft bereits eine Heimat gefunden. Mit dem "House of IT" wird Karlsruhe zudem ein IKT-Gründerzentrum bekommen. In allen vier genannten Branchen muss Karlsruhe auch künftig in den Wettbewerbskategorien einen Spitzenplatz einnehmen. Wir müssen auf dieses Ziel im wahrsten Sinne des Wortes wie ein Laser fokussiert sein. Neue Unternehmen werden in den nächsten Jahren weitere Einnahmen in die Stadtkasse spülen. Deshalb brauchen wir einen Pakt für Wachstum.

Dazu gehören folgende Punkte:

Erstens. Wir wollen Karlsruhe zum führenden IT-Standort Europas machen. Mit dem Cyberforum, dem KIT, der Hochschule Karlsruhe, dem Forschungszentrum Informatik FZI, den Fraunhofer-Instituten und künftig dem "House of IT" haben wir die besten Chancen dafür.

Zweitens. Ein Gründerzentrum der Energiewirtschaft und Energietechnologie, für das die Verwaltung auf Vorschlag meiner Fraktion bereits eine Konzeption erstellt. Heute kann ich zusätzlich ankündigen, dass meine Fraktion die Einstellung von 100.000 Euro für das Energiegründerzentrum beantragen wird.

Drittens. Ein Gründerzentrum der intelligenten Produktion. Meine Fraktion wird deshalb die Erstellung einer Konzeption für einen "Smart-Production"-Park beantragen. Mit einem solchen Produktionspark wollen wir sicherstellen, dass es auch noch in den kommenden zehn, zwanzig Jahren intelligente Produktionsarbeitsplätze in unserer Stadt geben wird.

Viertens. Die Stadtverwaltung braucht eine neue, noch stärkere Kundenorientierung. Jedes Unternehmen, das in Karlsruhe ansiedeln oder expandieren will, braucht die bestmögliche Unterstützung der Stadtverwaltung. Diese Kultur bedeutet: Unternehmen haben nur einen Mitarbeiter als Ansprechpartner bei der Stadtverwaltung, der alle notwendigen Prozesse und Abläufe koordiniert.

Fünftens. Karlsruhe braucht einen One-Stop-Shop, bei dem Unternehmen und umworbene Fachkräfte aus einer Hand beraten werden. Unterstützung bei der Suche nach Kita-Plätzen oder bei der Wohnungssuche sind notwendige Stichworte. Der One-Stop-Shop muss eng verknüpft sein mit dem Welcome-Center der Technologieregion Karlsruhe.

Meine Damen und Herren, wir brauchen diese Maßnahmen, wir brauchen diesen Pakt für Wachstum. Denn nur über die Steigerung der Erträge der Gewerbesteuer und unseren kommunalen Anteil an der Einkommenssteuer können wir unser schon heute hohes

Leistungsniveau halten. Was wir heute in die Wirtschaftsförderung investieren, das werden wir später ausgeben können für eine gerechte und soziale Stadt, für Bildung, Kultur - für ein lebenswertes Karlsruhe!

Wir werden deshalb in den kommenden Jahren genau darauf achten, dass die Stadtverwaltung die Ansiedlung und Expansion von Unternehmen passgenau unterstützt. Die Frau Finanzbürgermeisterin beklagte in ihrer Haushaltsrede fehlende Flächen für die Ansiedlung neuer Unternehmen. Unsere Antwort darauf ist klar: Die Stadtverwaltung sollte zuerst Unternehmen bei der Ansiedlung auf baureifen vorhandenen Flächen unterstützen. Es ist zum Beispiel ärgerlich, dass die freien Flächen im Technologiepark bis heute nicht weiterentwickelt wurden. Meine Fraktion hat dazu einen Antrag eingebracht, und wir werden uns genau anschauen, ob die beiden zuständigen Dezernate endlich Bewegung in die Sache bringen. Der Gemeinderat hat durch seine Grundsatzentscheidung zur Ausweisung von Gewerbeflächen in der Tat einen Paradigmenwechsel in der städtischen Wirtschaftspolitik eingeleitet. Nicht ungezügelter Flächenfraß, sondern intelligente Konversion, intelligente Innenentwicklung sind die Leitlinien der Zukunft.

Zusätzliche Aufgaben werden aus unserer Sicht in den kommenden Jahren auf den Wirtschaftsstandort bei der Stärkung des Karlsruher Einzelhandels zukommen. Durch die Baustellen der Kombilösung sind in der Tat viele Einzelhändler unter Druck geraten, die hohen Entschädigungszahlungen der KASIG im vergangenen Jahr belegen das eindeutig. Gleichzeitig setzt der stetig steigende Umsatz des Internethandels unseren örtlichen Einzelhändlern zu. Es braucht daher strategische Impulse, wie die Verknüpfung von Onlinehandel und Einzelhandel gelingen kann, um die Innenstadt und die B-Zentren als attraktive Einkaufsstandorte zu stärken. Hier ist auch die Intelligenz und Kreativität in der städtischen Wirtschaftspolitik gefragt.

Meine Fraktion wird auch darauf achten, dass wir die Nahversorgung in den Stadtteilen erneut in den Blick nehmen. Das letzte Nahversorgungskonzept der Stadt stammt aus dem Jahr 2007. Es wird Zeit, dass wir hier nacharbeiten, denn unsere Stadtteile bleiben nur mit einer funktionierenden Nahversorgungsstruktur stark und lebendig. Unser Ziel ist gute Arbeit in den Unternehmen in Karlsruhe und in der Stadtverwaltung – gute Arbeit, die mitbestimmt und möglichst tarifgebunden ist, Arbeit, von der die Menschen leben können. Mit dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz haben sowohl die Landesregierung wie auch die Bundesregierung uns dazu wertvolle Instrumente an die Hand gegeben. Wir werden weiter auf die Umsetzung des Tariftreuegesetzes in der Karlsruher Stadtverwaltung achten. Denn Unternehmen mit fairen Löhnen müssen bei öffentlichen Ausschreibungen die besseren Chancen haben. Das ist das beste Signal an den heimischen Mittelstand und unser örtliches Handwerk.

(Beifall bei der SPD - **Stadtrat Cramer/KULT**: Aber weniger Bürokratie braucht man! Da müsst Ihr auch was machen!)

- Da könnt Ihr ja mitmachen!

Das Prinzip der guten Arbeit muss aber auch für die freien Träger gelten, die für unsere Stadt viele soziale Aufgaben erfüllen. Deshalb wird die SPD-Fraktion der Erhöhung der

freiwilligen Leistungen für die freien Träger um 5,4 % zustimmen. Damit ist sichergestellt, dass die Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst auch bei den Arbeitnehmern der Träger der freien Wohlfahrtspflege ankommt.

Beim Arbeitgeber Stadt Karlsruhe dringen wir weiter darauf, dass Einsparmaßnahmen nicht auf dem Rücken der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen ausgetragen werden. Der Aufwuchs an zusätzlichen Personalstellen im vorliegenden Haushalt ist auch deshalb dringend notwendig, weil in den vergangenen Jahren zu oft auf dem Rücken der Mitarbeiter konsolidiert wurde.

(Beifall **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Psychische Belastungen, hohe Krankenstände und ein teilweise schlechterer Service für die Bürgerinnen und Bürger waren die spürbaren negativen Konsequenzen.

Mit den im Haushalt vorgesehenen neuen Stellen wollen wir sicherstellen, dass wichtige Projekte zeitnah umgesetzt werden können. Das geht nur mit zusätzlichem Personal. Da stimmen wir der Finanzbürgermeisterin unumwunden zu.

Der Arbeitgeber Stadt Karlsruhe hat auch eine Vorbildfunktion. Der dauerhafte Einsatz von Leiharbeiterinnen und Leiharbeitern im Amt für Abfallwirtschaft, der erst zufällig kürzlich aufgedeckt wurde, gehört sicherlich nicht dazu. Wer sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft will, der muss auch mit der Einhaltung sozialer Standards bei sich selbst anfangen. Das werden wir auch künftig immer wieder als SPD-Gemeinderatsfraktion in Erinnerung rufen.

Passenderweise komme ich zum dritten Punkt: „Soziales Miteinander stärken“.

Wenn wir an den sozialen Zusammenhalt denken, dann sehen wir in diesen Tagen auch das Schicksal von tausenden Flüchtlingen, die infolge von Terror und Krieg bei uns in Karlsruhe Zuflucht suchen. Das Schicksal dieser Menschen trifft uns mitten ins Herz. Karlsruhe trägt als Standort der Landeserstaufnahmestelle eine besondere Verantwortung für die geflüchteten Menschen. Alleine im Dezember suchten 6 900 Flüchtlinge Schutz in unserer Stadt. Die Bürger haben auf diese Herausforderung mit den besten Tugenden der Stadt geantwortet, mit Tradition geantwortet, mit Hilfsbereitschaft, mit Spenden, mit Solidarität und Nächstenliebe. Wir alle danken ausdrücklich den vielen Karlsruherinnen und Karlsruhern, die sich in der Flüchtlingshilfe tatkräftig engagieren.

(Beifall)

Viele davon sind hier unter uns.

Den vielfachen ehrenamtlichen Einsatz hat die Stadtpolitik im vergangenen Jahr bereits honoriert durch die Einrichtung einer Stelle zur Koordination der Flüchtlingshilfe und durch den Empfang für die ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe engagierten Menschen. Gleichzeitig setzt sich meine Fraktion gegenüber dem Land Baden-Württemberg und der Bundesregierung für zusätzliche Personalstellen und Ressourcen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der LEA ein.

Einen weiteren eigenen Haushaltsantrag wird meine Fraktion zur Unterstützung der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge stellen. Bisher werden diese Jugendlichen in der Elisabeth-Selbert-Schule unterrichtet. Das Projekt wurde durch Mittel des europäischen Flüchtlingsfonds finanziert. Diese Finanzierung ist nun leider ausgelaufen. Wir werden deshalb die Bereitstellung von 60.000 Euro pro Jahr für die Fortführung dieses Schulprojekts beantragen. Karlsruhe steht mit diesem Projekt an der Speerspitze der Integration von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Wir beherbergen diese jungen Menschen nicht nur, sondern wir geben ihnen das wichtigste Startkapital, um ein neues Leben mit gleichen Chancen zu beginnen: Bildung!

Diese jungen Menschen - das ist unsere feste Überzeugung - wollen Leistung bringen. Das sollten wir auch zulassen und fördern. Gemeinsam mit der IHK und der Handwerkskammer brauchen wir eine strategische Partnerschaft, um das Potential der Flüchtlinge für die Fachkräftesicherung zu aktivieren. Meine Fraktion wird auch dazu einen Antrag in den Gemeinderat einbringen und die Verwaltung dazu ermuntern, einen entsprechenden Dialog zu starten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Gen-Code unserer Stadt ist seit 300 Jahren einprogrammiert, dass neue Menschen hier willkommen sind. Die Neugier auf Menschen und ihre Ideen ist die einzigartige Stärke Karlsruhes. Deshalb weisen wir die Bestrebungen derjenigen zurück, die Deutschland und Karlsruhe abschotten und isolieren wollen. Karlsruhe ist eine internationale und international verflochtene Stadt. Unsere Wirtschaft in der Technologieregion profitiert von ihrer globalen Vernetzung und den weltweiten Handelsströmen. Gerade an die Adresse der Kolleginnen und Kollegen der AfD sage ich: Wer diese Weltoffenheit in Frage stellt, wer den Euro in Frage stellt und wer Einwanderung und Zuwanderung zu einem Stigma machen will, schadet in unglaublicher Weise dem Interesse und Ansehen unserer Stadt Karlsruhe.

(Beifall auf der linken Seite des Hauses)

Nach den fürchterlichen Ereignissen der letzten Wochen fragen sich viele Menschen: Sind unsere demokratischen Gesellschaften eigentlich stark genug, um der Gewalt religiöser Fanatiker zu widerstehen? Sie fragen sich: Schaffen wir es, dass uns der dumpfe Hass der Ewiggestrigen, der extremen politischen Rechten nicht spaltet? Die Antwort darauf haben hunderttausende Menschen am Wochenende in den Straßen von Paris und in vielen anderen französischen Städten gegeben. Die Antwort darauf haben die Karlsruher gegeben, die sich Tag für Tag engagieren, für Flüchtlinge, für Integration, für interkulturellen Dialog. Und die Antwort liefert auch ein Blick in die Geschichte unserer eigenen Stadt. Karlsruhe steht wie kaum eine andere Stadt für Liberalität und Vielfalt.

Denn Karlsruhe ist seit den Tagen seiner Gründung eine Stadt von Einwanderern, und ihr Erfolg, ihr Wohlstand, ihr Vorankommen, ihr Charme atmen den Geist der Offenheit. Deshalb stellen wir dem Zynismus und dem Hass die Hoffnung entgegen, dass Integration gelingt.

(Beifall **Stadtrat Pfalzgraf/SPD** und **Stadträtin Melchien/SPD**)

Unseren Willen zu einer aktiven Integrationspolitik unterstreichen wir mit dem vorlie-

genden Haushalt eindrucksvoll. Für den Karlsruher Integrationsplan werden künftig 290.000 Euro bereitgestellt, das ist eine Mittelserhöhung von 45 Prozent.

Die Stadtverwaltung selbst kommt einer wichtigen Vorbildfunktion bei der Integration nach, indem sie Integrationshemmnisse bei der Personalgewinnung beseitigt. Aus unserer Sicht soll Karlsruhe deshalb künftig als erste Stadt in Baden-Württemberg offene Personalstellen dauerhaft mit einem anonymisierten Bewerbungsverfahren besetzen. Anonymisierte Bewerbungsverfahren sorgen - das ist unsere feste Überzeugung und auch Ausdruck der Studienergebnisse des Landes Baden-Württemberg - für eine effektive Personalgewinnung und schaffen mehr Chancengleichheit.

Als wachsende und erfolgreiche Stadt zieht Karlsruhe Menschen aus vielen Ländern der Welt und aus ganz Deutschland an. Der knapper und teurer werdende Wohnraum in der Stadt ist ein Ergebnis dieser Entwicklung. Es bleibt für den sozialen Zusammenhalt in Karlsruhe entscheidend, dass es weiter eine soziale Durchmischung in der Stadt gibt. Es sollen sich Menschen aller Einkommensgruppen leisten können, in Karlsruhe zu wohnen. Deswegen hat dieser Gemeinderat, ich erwähnte es eingangs, große Förderprogramme für neuen preiswerten Wohnraum gemeinsam mit der städtischen VOLKS-WOHNUNG aufgelegt. Wir müssen aber auch die Erfolgsgeschichte der städtischen Wohnraumakquise fortschreiben. Hunderte Wohnungen wurden mit diesem Programm bewohnbar gemacht und zur neuen Heimat für ehemalige Obdachlose. Mit der SPD-Idee der Wohnraumakquise bieten wir der Geißel der Obdachlosigkeit in Karlsruhe die Stirn. Rund 400 Wohnungen wurden seither mit diesem Programm zurück auf den Wohnungsmarkt gebracht und an ehemalige Obdachlose vermittelt. Im vorliegenden Haushalt werden die jährlichen Mittel für die Wohnraumakquise um 64 Prozent auf 500.000 Euro erhöht. Dies zeigt deutlich, welche Bedeutung dieses Thema für die Stadtpolitik hat. Wir danken Herr Bürgermeister Martin Lenz für seinen großartigen Einsatz für die soziale Wohnungspolitik in Karlsruhe!

(Beifall bei der SPD - **Stadtrat Cramer/KULT: Beifall!**)

Neben der Schaffung von preiswertem Wohnraum ist es uns ebenfalls wichtig, dass auch die Menschen, die dauerhaft keinen Job im ersten Arbeitsmarkt finden, nicht abgehängt werden. Auf Initiative der SPD-Gemeinderatsfraktion wurde das Programm "Sozialer Arbeitsmarkt" geschaffen. Betroffene Menschen erhalten damit eine würdevolle Beschäftigung, Teilhabe und eine Perspektive. Wir sind froh, dass im vorliegenden Haushalt Haushaltsmittel in Höhe von 600.000 Euro dafür eingestellt sind. Meine Fraktion spricht sich zudem für eine Unterstützung des Projekts "A-WORX" der Arbeiterwohlfahrt aus, das im Rahmen des Gesamtkonzepts Arbeit in die bestehenden Bemühungen eingebettet werden soll.

Das soziale Miteinander in Karlsruhe wäre ohne die Arbeit der Vereine nicht denkbar. Die Karlsruher, die sich in den Vereinen ehrenamtlich engagieren, bilden das Gerüst unserer lebendigen Zivilgesellschaft! Wir danken Ihnen, Herr Oberbürgermeister Mentrup, deshalb auch für die Schaffung des neuen "Büros für Mitwirkung und Engagement", das die Vereine bei ihrer Arbeit passgenau unterstützen soll.

Die Sportförderung wird im vorgelegten Haushaltsentwurf auf hohem Niveau fortge-

führt. Der "Karlsruher Weg" der besitzenden Sportvereine wird mit den vorgeschlagenen Haushaltsansätzen gestärkt. Ein klares Bekenntnis meiner Fraktion gibt es zum Sportpark „Untere Hub“. Die SPD steht felsenfest hinter diesem Projekt. Der Sportpark wird ein Meilenstein der kooperativen Sportentwicklung. Gleichzeitig ergibt sich für Durlach eine städtebauliche Jahrhundert-Chance. Neue Flächen für Wohnungen mitten in Durlach, die Kooperation von Sportvereinen in einem neuen Betreibermodell - diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen, und deswegen müssen wir dieses Projekt im Haushalt darstellen. Gleiches gilt für den Sportpark „Fritschlach“ in Daxlanden. Die SPD-Fraktion steht auch entschieden hinter diesem Projekt.

Ich komme zum vierten Punkt, „Kulturstadt Karlsruhe“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Korrespondent der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bezeichnete Karlsruhe unlängst als "Gelehrtenrepublik" und erklärte den - ich zitiere - "ungeheuerlichen kulturellen Aufstieg der Stadt" mit der Liberalität der Karlsruher Bürgerschaft und der "einmaligen Zusammenballung großer Geister". Ich möchte ergänzen: Es war auch eine weitsichtige Stadtpolitik, die über Jahrzehnte als Anwältin der Kultur aufgetreten ist. Auch das hat Karlsruhe heute zu einer führenden Position in Kunst und Kultur verholfen.

Im vorliegenden Haushalt bekennt sich die Stadtverwaltung zu dieser Position. Im Vergleich zum letzten Doppelhaushalt steigen die Aufwendungen für Kultur um 9,8 Millionen Euro. Wir stellen damit die gemeinsame Finanzierung mit dem Land Baden-Württemberg für unser Badisches Staatstheater und das ZKM auch für die kommenden Jahre sicher. Zu unserer gemeinsamen Verantwortung für das Staatstheater gehört auch, dass wir die Sanierung und Erweiterung weiterhin mit großer Geschlossenheit und Entschlossenheit voranbringen.

Das ZKM - und mit ihm die Hochschulen für Musik und Gestaltung - gibt übrigens auch wichtige Impulse zur Wertschöpfung in der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das Herz der Verzahnung von Kunst, Wissenschaft und Technik schlägt im ZKM. Deshalb ist jeder Euro, den wir in das ZKM stecken, gut investiertes Geld, und ich füge hinzu, jeder Euro, den der Bund im Rahmen der Bundesförderung zustecken würde, wäre hervorragend investiertes Geld. Das wäre dann wirklich ein Pfund, mit dem wir wuchern könnten. Es kann nicht sein - Herr Käuflein, Sie werden mir hier zustimmen -, dass sich das ZKM nicht in dieser Bundesförderung wiederfindet.

Ein Ärgernis ist für meine Fraktion, dass die Raumprobleme des badischen KONServatoriums noch immer nicht gelöst wurden. Bisher wird die naheliegende Lösung, ein Neubau am Standort der Gartenhalle, leider politisch blockiert.

Meine Damen und Herren, neben den großen Leuchttürmen ist Vielseitigkeit und Vielschichtigkeit die Stärke der Karlsruher Kulturlandschaft. Im Haushalt werden deswegen zahlreiche wichtige Institutionen gefördert. Beispielhaft seien das Tollhaus und das Kulturzentrum „Tempel“ genannt. Meine Fraktion wird sich für einen Investitionskostenzuschuss für den „Tempel“ im nächsten Jahr einsetzen, damit wichtige Sanierungen am Gebäude in Angriff genommen werden können. Unterstützung von der SPD-Fraktion gibt es auch für die Erhöhung der städtischen Zuwendungen für das Projekt "Tyiatro

Dialog". Dieses interkulturelle Theaterprojekt passt zu Karlsruhe, und wir sind stolz auf die tolle Arbeit von Rusen Kartaloglu und seinem Team.

Auch die freie Szene und die Subkultur werden im nächsten Doppelhaushalt weiter gefördert. Die von meiner Fraktion im Jahr 2013 beantragte Förderung des Kulturzentrums KOHI am Werderplatz soll fortgeführt werden. Auch die Unterstützung des Projekts "Young Urban Moves" zum Stadtgeburtstag mit 40.000 Euro zeigt die Vielseitigkeit unserer Kulturförderung.

Trotzdem müssen wir uns weiter anstrengen, um neuem kulturellen Potential jenseits der arrivierten Kulturinstitutionen Platz und Raum zu geben. Dabei geht es nicht immer nur um Geld, sondern oft im wahrsten Sinne des Wortes um Raum. So sucht der junge Verein Panorama e. V., der im Rheinhafen Konzerte organisierte, noch immer verzweifelt nach neuen Räumlichkeiten. Hier werden wir in den nächsten Jahren nach neuen Antworten suchen müssen, damit sich die junge Kultur und die Subkultur in der Stadt weiter entfalten können.

Meine Fraktion denkt dabei auch an eine verstärkte Kooperation zwischen etablierten älteren Kulturinstitutionen und neuer Subkultur. Die Bereitstellung von Proberäumen und Auftrittsmöglichkeiten wären beispielsweise ein wichtiger Ansatzpunkt dazu. Für die SPD-Fraktion wird auch in den kommenden Jahren das Motto gelten: "Für die Kultur machen wir Theater!" Denn das große Kulturangebot ist für Karlsruhe Standortfaktor und Lebensqualität zugleich!

Ich komme zum fünften Punkt: Infrastruktur, Planung und Umwelt.

Die Frage, wie wir eine hohe Lebensqualität in der Stadt erhalten, werden wir in den kommenden Jahren intensiv miteinander diskutieren. Für die SPD-Fraktion steht außer Frage, dass dabei die Kommune aktiv handeln und eingreifen muss. Anders als für vielleicht andere Parteien ist für uns das Programm "Grüne Stadt" kein Selbstzweck. Wir sind froh, dass Sie, Herr Oberbürgermeister Mentrup, das Thema "Grüne Stadt" zu ihrem persönlichen Anliegen gemacht haben.

Für die SPD-Fraktion sage ich: Wir wollen neue Antworten für ein erträgliches Stadtklima finden, weil wir uns besonders den Menschen verpflichtet fühlen, die in den hoch verdichteten Innenstadtbezirken leben. Diese Menschen werden besonders mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert, und für diese Menschen müssen wir Antworten für ein besseres Mikroklima in der Stadt finden.

Der Schutz begrünter Innenhöfe, gute Naherholungsmöglichkeiten, unser großartiger Zoologischer Stadtgarten - alles das sind Angebote für die hart arbeitenden Familien, für die Mittelschicht in unserer Stadt.

Wir machen Politik für die Familien, die nicht jedes Wochenende mit der Familienlimousine zum Kurzurlaub auf dem Land unsere Stadt verlassen, sondern für diejenigen, die wirklich auf Karlsruhe angewiesen sind, die auf ein gesundes, sauberes und sicheres Karlsruhe angewiesen sind. Genau deswegen dankt ihnen, Herr Oberbürgermeister, meine Fraktion für die großen Fortschritte bei der Sauberkeit in der Stadt. Das neue

Sauberkeitskonzept wurde viele Jahre von der SPD-Fraktion eingefordert, Sie haben es umgesetzt.

Für eine nachhaltige Stadtentwicklung sorgen im vorgelegten Haushaltsentwurf die weiter großen Investitionen in den Klimaschutz. Der Klimaschutzfonds wird weiter mit fast 2 Millionen Euro ausgestattet, in die Klimaschutzkampagne der Stadt werden jährlich 150.000 Euro investiert.

Zu einem Schub für die Lebensqualität wird auch das Leitprojekt der Stadtentwicklung für das angebrochene Jahrhundert beitragen: die Kombilösung. Nach Fertigstellung des Stadtbahntunnels und der neuen Kriegsstraße ergeben sich Spielräume für eine neue Urbanität, die wir gemeinsam nutzen wollen: eine erhöhte Aufenthaltsqualität in der Innenstadt, mehr Platz für Fußgänger, neue Radwege. In Stuttgart gab es im letzten Jahr eine heftige Auseinandersetzung über den Vorrang verschiedener Verkehrsarten. Die CDU gerierte sich dort als "Autopartei", die Grünen als Anwalt des Radverkehrs. Ein solches ideologisches Ausspielen verschiedener Verkehrsarten gegeneinander lehnen wir als Sozialdemokraten ab.

(Teilweise Beifall bei der SPD - **Stadtrat Pfannkuch/CDU**: Sehr gut!)

- Kommen wir zum Lieblingsthema vieler Gemeinderätinnen und Gemeinderäte!

Stattdessen setzen wir in Karlsruhe auf einen gesunden Mix aller Verkehrsarten. Wir investieren in die Sanierung der Straßen und in neue Maßnahmen des Lärmschutzes. Ihre Ankündigung in Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, den Lärmaktionsplan fortzuschreiben und die Belastungsspitzen in der Nacht von mehr als 60 Dezibel auf 55 Dezibel abzusenken, begrüßen wir ausdrücklich. Karlsruhe hat außerdem bereits heute den Anteil des Radverkehrs von 16 auf 25 Prozent gesteigert, und weitere Fahrradwege werden gebaut.

Dabei hilft auch die baden-württembergische Landesregierung, die Rekordsummen für den Radwegeausbau bereitstellt. Über 750.000 Euro sind im Haushalt für den Bau von Radwegen vorgesehen, unter anderem an der Tiefentalstraße und die Fortführung der Route von der Innenstadt in Richtung Stutensee. Auch für die Fußgänger in der Stadt werden sich nach Umsetzung der Kombilösung weitere Verbesserungen ergeben. Die neue Kriegsstraße wird die Südweststadt und die Südstadt näher an die Innenstadt anbinden und den gesamten Innenstadtbereich für Fußgänger noch attraktiver machen. Das Baustellenmanagement - da widerspreche ich Ihnen, Herr Pfannkuch - ist seit dem Amtsantritt von Oberbürgermeister Mentrup besser geworden.

(Beifall bei der SPD)

Mit der KA-Mobil-App hat das Tiefbauamt ein zusätzliches Angebot auf den Markt gebracht. Auch die Baustellenkommunikation hat sich erheblich verbessert. Das liegt unter anderem auch daran, dass unser Oberbürgermeister mehrfach persönlich den Dialog mit Anwohnern und Betroffenen gesucht und Umleitungen und Sperrungen transparent erklärt hat.

Wenn die Gegner der Kombilösung immer wieder die Beeinträchtigungen der Baustellen auf den Verkehr beklagen, dann ist auch stets eine ordentliche Portion Populismus dabei. Man muss daran erinnern, wie regelmäßig vor entscheidenden Projektphasen immer wieder gezielt der Teufel an die Wand gemalt wird.

Ein kleines Beispiel: Gleich zu Beginn seiner Amtszeit, im Frühjahr 2013, kündigte Oberbürgermeister Frank Mentrup die sechsmonatige Sperrung der östlichen Kaiserstraße an, um Bauzeitverzögerungen aufzuholen. Sie wissen, warum dies notwendig war, denken wir an die Finanzen der Stadt. Mitglieder dieses Gemeinderates erklärten daraufhin öffentlich, die Beeinträchtigungen durch die Sperrung für die Bevölkerung sowie für den gesamten innerstädtischen Verkehr seien - so wörtlich - "nicht mehr zu verantworten" und der Fahrplan der Straßenbahnen werde "zusammenbrechen". Außerdem wurde wörtlich erklärt, man habe "wenig Hoffnung, dass während der Zeit der Sperrung alles nach Plan läuft".

Die Wahrheit ist: Nichts davon ist eingetreten! Meine Fraktion jedenfalls steht hinter den Mitarbeitern von KASIG und Stadtverwaltung. Wir begleiten die Baumaßnahmen weiterhin konstruktiv.

Übrigens: Aller Baumaßnahmen der Kombilösung zum Trotz setzt die Stadt auch im kommenden Doppelhaushalt ihre Investitionen in die Sanierung der Stadtteile fort. Die Sanierungsgebiete Rintheim und Mühlburg werden zum Abschluss geführt, erste Maßnahmen für Durlach-Aue und Grünwettersbach sind im Haushalt dargestellt. Die SPD wird die Entwicklung der Stadtteile auch künftig unterstützen. Wir werden neue Bürgerzentren eröffnen und die Arbeit der Bürgervereine nach Kräften fördern - ich denke, das ist hoher Konsens hier im Gemeinderat. Ich möchte allen Menschen, die in den Stadtteilen Verantwortung übernehmen danken: den Ortsvorstehern, den Ortschaftsräten und den Bürgervereinen. Dank ihrer Arbeit kann man sagen: Karlsruhe, das bedeutet für mich 27 starke Stadtteile ergeben eine großartige Metropole!

Ich komme zum Punkt sechs - den haben wir uns bis zum Schluss aufgespart: Verantwortung für Karlsruhe: Solide Finanzen.

(Stadtrat Hofmann/CDU: Da bin ich gespannt!)

Meine Damen und Herren, wir wollen dafür sorgen, dass Karlsruhe weiterhin wächst. Wir wollen nachhaltiges und soziales Wachstum. Wir wollen dafür sorgen, dass Karlsruhe weiterhin an der Spitze bleibt bei Bildung und Betreuung, bei der Wirtschaftsförderung, beim Kulturangebot, beim ÖPNV, bei der Infrastruktur, beim sozialen Zusammenhalt. Dazu sind Investitionen der öffentlichen Hand notwendig, wie ich sie bereits beschrieben habe. Investitionen der öffentlichen Hand sind natürlich immer mit Ausgaben verbunden, Ausgaben seitens der Kommune, des Landes und des Bundes.

Wir teilen die Analyse der Frau Finanzbürgermeisterin in ihrer Haushaltsrede, ich darf sie zitieren: "Um die wachsenden Bedarfe an städtischen Dienstleistungen und städtischer Infrastruktur abdecken zu können, werden unsere investiven und konsumtiven Ausgaben weiter strukturell ansteigen." So ist es. Die großen finanziellen Herausforderungen und Handlungsfelder der kommenden Jahre verpflichten uns zu einer seriösen Haus-

haltspolitik. Um die städtischen Finanzen der vergangenen Jahre bewerten zu können, reicht jedoch kein einseitiger Blickwinkel. Diese Bewertung besteht in Wahrheit aus mehreren Dimensionen.

Die erste Dimension sind die Schulden des Gesamthaushaltes und die Pro-Kopf-Verschuldung. Diese Kennzahlen haben sich in den vergangenen Jahren überaus positiv entwickelt. So sank die Verschuldung des städtischen Haushaltes vom Spitzenwert von 337 Millionen Euro im Jahr 1996 auf 129 Millionen Euro Ende 2013. Das entspricht einer gewaltigen Reduzierung um 160 %. In den vergangenen drei Jahren - Sie wissen es - konnte die Stadt trotz Haushaltsermächtigung ohne neue Kredite auskommen. So weit, so gut.

(Stadtrat Pfannkuch/CDU: Okay! - Stadtrat Hock/SPD: Bis hier können wir folgen!)

- Bevor Sie anfangen zu jubeln, muss ich Ihnen aber noch etwas mitteilen.

Diesem Jubel über weniger Schulden folgt mit einiger Ernüchterung gleich die zweite Dimension der städtischen Finanzen, nämlich wie es um die Investitionstätigkeit der Stadt bestellt ist. Und da wird - sieh an, sieh an - ersichtlich: Viele Investitionen, wenn wir etwa an die Schulen denken, sind in der Amtszeit der Vorgänger von Herrn Oberbürgermeister Mentrup sträflich unterblieben.

Darauf hat meine Fraktion immer wieder hingewiesen. Die Frau Finanzbürgermeisterin sprach in ihrer Haushaltsrede selbst von einem beträchtlichen Investitionsstau. Ich erinnere noch einmal daran: Nur knapp die Hälfte der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit konnte in den vergangenen Jahren wegen eines erheblichen Personalmangels bei entsprechenden Stellen der Stadt abgerufen werden. Diese Investitionsunterlassung - anders kann man es nicht nennen - ist ein nicht mehr hinnehmbarer Zustand, den wir mit der Beschlussfassung dieses Doppelhaushaltes beenden wollen.

Gerade die Ausgabensteigerungen im Personalbereich tragen wir auch deshalb mit, weil damit zwingend eben diese Investitionen abgearbeitet werden. Wir fordern von der Verwaltung aber auch, künftig über neue Wege nachzudenken. Meine Fraktion wird deshalb in den kommenden Wochen einen Antrag in den Gemeinderat einbringen. Wir wollen Alternativen zur bisherigen Abwicklung von Maßnahmen der Hochbau- und Gebäudewirtschaft entwickeln. Solche Modelle könnten mittelfristig auch zu Personal- und Kosteneinsparungen führen - man muss ja nicht alles durchführen, was ineffizient ist. Wir werben dafür an dieser Stelle, dass wir offen miteinander über Konzepte und strukturelle Impulse nachdenken.

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion stimmt diesem Haushalt auch deswegen zu: Wenn wir es heute nicht schaffen, in die Zukunft unserer Stadt, in die Zukunft unserer Infrastruktur zu investieren, so handeln wir entschieden gegen die Interessen nachfolgender Generationen. Das muss jedem hier klar sein.

Die dritte Dimension, die ich darstellen will, ist die Ertragsituation. Eine Entwicklung ist hier schnell ersichtlich: Steuern und Zuweisungen bilden die tragenden Säulen der städ-

tischen Gesamterträge. Alleine die Gewerbesteuer macht knapp 20 % der Erträge aus, zusammen mit dem Gemeindeanteil an der Einkommen- und der Umsatzsteuer sowie dem kommunalen Finanzausgleich landen wir schnell bei 60 %. Gleichzeitig haben wir bei allen diesen Ertragsarten inzwischen historische Höchststände erreicht. Das deutet auf die hohe Risikoanfälligkeit eines großen Teiles der Erträge hin, die neben konjunkturbedingten Risiken zusätzlich im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs das Rückzahlungsrisiko im Falle erfolgreicher Zensusklagen beinhaltet.

Die vierte Dimension ist die Finanzentwicklung der Beteiligungsgesellschaften. Hier zeigen sich Licht und Schatten am Horizont. Vorbildlich im Sinne der Energiewende handeln die Stadtwerke Karlsruhe mit Investitionen in dreistelliger Millionenhöhe in erneuerbare Energien, intelligente Netze und Energieeffizienztechnologien. Unter anderem mit dem raschen Ausbau der Fernwärme wird es gelingen, neue Marktpotenziale zu erschließen und für eine finanziell solide Zukunft der Stadtwerke zu sorgen. Vorbildlich voran - ich habe es gesagt - geht auch die städtische VOLKSWOHNUNG mit einem Mietwohnbauinvestitionsprogramm in beträchtlicher Höhe.

Anlass zur Sorge gibt uns das wachsende strukturelle Defizit bis Ende des Jahrzehnts bei der KVVH, das auf Seiten der VBK natürlich maßgeblich im Jahr 2019 der Inbetriebnahme des Stadtbahntunnels geschuldet sein wird, einem Projekt, hinter dem jedenfalls SPD, CDU, KULT und FDP in diesem Haus felsenfest stehen. Wir müssen gemeinwohlorientierte Antworten finden, um die finanzielle Situation der KVVH in den kommenden Jahren zu stabilisieren. Auf strikte Ablehnung bei der Sozialdemokratie werden in jedem Fall jegliche Überlegungen stoßen, die eine Privatisierung von Leistungen der kommunalen Daseinsvorsorge, betriebsbedingte Kündigungen oder Qualitätseinsparungen beim ÖPNV beinhalten. Dessen kann sich jeder in dieser Stadt sicher sein.

(Stadtrat Höyem/FDP: Das haben wir erwartet!)

- Das ist doch schön, dass die Erwartungshaltungen bestätigt werden!

Wir leiten aus dieser mehrdimensionalen Bewertung ab, dass wir eine Haushaltspolitik benötigen, die so vorgeht: vorsorgend handeln, Risiken angemessen berücksichtigen, mit Augenmaß konsolidieren und Mut zu Investitionen aufbringen.

Genau diese Ziele erfüllt der vorgelegte Haushaltsplan! Angesichts der vorgetragenen großen Zusammenhänge erscheint es uns angemessen, zwei wichtigen Maßnahmen im Rahmen des Doppelhaushaltes zuzustimmen. Zum einen stimmen wir der Einstellung von Haushaltsermächtigungen für eine - ich betone: mögliche - Kreditaufnahme von 89 Mio. Euro im Jahr 2015 und 129 Mio. Euro im Jahr 2016 zu. Sollte es tatsächlich so kommen, würden wir bei einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.180 Euro landen, die dann immer noch auf einem exakt vergleichbaren Niveau wie in wirtschaftsstarken Großstädten wie Frankfurt oder München läge. Somit ist für meine Fraktion diese vorsorgliche Maßnahme vertretbar.

Zum anderen stimmen wir der Anhebung des Gewerbesteuersatzes von 410 auf 430 Hebesatzpunkte zu, um die Ertragsseite mit zusätzlichen 10 Mio. Euro Einnahmen im Jahr zu stabilisieren. Auch das wird Sie nicht überraschen. Wir finden, dass sowohl der

Herr Oberbürgermeister als auch die Frau Finanzbürgermeisterin in ihren Reden überzeugende Antworten vorgebracht haben, warum es jetzt mit diesem Doppelhaushalt richtig ist, die Gewerbesteuer moderat zu erhöhen.

Allen Kritikern dieser Maßnahme, die einmal mehr den Untergang des Abendlandes beschwören, würden etwas Realismus und etwas Nüchternheit guttun.

(Beifall **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Wenn man schon Karlsruhe mit anderen Regionen vergleicht, wäre es höchst hilfreich, wenn man nicht nur die Gewerbesteuer zu Felde führt, sondern auch die Grundsteuer, die Bürger, aber auch Unternehmen gleichermaßen belastet. Karlsruhe liegt nach der geplanten Gewerbesteueranpassung gleichauf mit vergleichbaren Städten wie Stuttgart, Mannheim oder Freiburg. Bei der Grundsteuer, die wir nicht erhöhen werden, liegen wir mit 420 Hebesatzpunkten deutlich unter Mannheim mit 450 Punkten, unter Stuttgart mit 520 Punkten oder dem Spitzenreiter Freiburg mit sage und schreibe 600 Punkten.

(**Stadtrat Pfannkuch/CDU**: Das wäre auch unsozial!)

Nur zum Vergleich: Würde die Freiburger Grundsteuer in Karlsruhe gelten, würden die Grundsteuerzahler jährlich mit 20 Millionen Euro zusätzlich belastet werden. Von keinem der genannten Großstädte ist im Übrigen bekannt, dass große Unternehmen ihre Standortentscheidung daraufhin geprüft hätten, dorthin zu gehen oder dort abzuwandern - aufgrund der dortigen Gewerbesteuersätze. Die Wahrheit ist: Die Stadt Karlsruhe steht als verlässlicher Partner an der Seite unserer Unternehmen. Die Stärke der Karlsruher Wirtschaft ist Grundlage für die Investitionen in Bildung und Betreuung. Wir wissen das.

Die Stärke der Karlsruher Wirtschaft ist Grundlage für alle Investitionen, die wir tätigen im Bereich der Kulturförderung. Wir wissen das. Die Stärke der Karlsruher Wirtschaft ist Grundlage für die Investitionen in eine soziale Stadt. Wir wissen das. Darauf braucht uns niemand hinzuweisen.

(Zurufe von der rechten Seite: Doch! Doch!)

- Nein, das müssen Sie nicht, das wissen wir alles!

Aber umgekehrt sind doch eine funktionierende Infrastruktur und ein funktionierendes Gemeinwesen auch Grundvoraussetzung für wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen. Das eine geht nicht ohne das andere. Die Wirtschaft ist genauso auf ein starkes Karlsruhe angewiesen wie Karlsruhe auf eine starke Wirtschaft.

(Beifall **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Genau dieses Gleichgewicht wird auch nach der Gewerbesteueranpassung weiterbestehen.

Wer diesem Haushalt und dieser Leitlinie nicht zustimmt, der versteht entweder zu we-

nig von moderner Wirtschaft oder zu wenig von starker Stadt. Wir Sozialdemokraten verstehen beides.

(Zurufe von der rechten Seite: Hört! Hört! - **Beifall Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Meine Damen und Herren, zum Schluss bleiben mir Worte des Dankes.

Die SPD-Fraktion bedankt sich bei den vielen Karlsruher Institutionen, Initiativen, Vereinen, Bürgerinnen und Bürgern,

(Unruhe auf der rechten Seite des Hauses)

- Jetzt müssten Sie schon zuhören, wenn wir schon den Karlsruhern danken für das, was sie tun!

die durch ihre Anregungen die Arbeit der SPD unterstützen. Wir bitten diejenigen, deren Wünsche wir nicht berücksichtigen können, um Verständnis.

Ein herzliches Wort des Dankes gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, ihrer Betriebe und Gesellschaften für ihre kompetente Arbeit zum Wohle Karlsruhes. Ein besonderes Dankeschön geht an den Stadtkämmerer Torsten Dollinger sowie Herrn Deck und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Erstellung des Haushaltsplanentwurfs und für die hervorragende Aufarbeitung wichtiger Zusammenhänge für das Verständnis dieses Doppelhaushaltes. Der Dank gilt auch der Frau Finanzbürgermeisterin, den Herren Bürgermeistern und Ihnen, Herr Oberbürgermeister Mentrup.

Und nicht zuletzt ein Wort des Dankes an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses, für die Zusammenarbeit in der Vergangenheit wie hoffentlich auch in der Zukunft.

Die SPD-Fraktion wird diesem Doppelhaushalt zustimmen. Er trägt die Handschrift von mutigen Investitionen in Karlsruhes Zukunft, von Aufbruch und sozialem Zusammenhalt. Mit diesem Doppelhaushalt können wir die Weichen dazu stellen, dass Karlsruhe auch langfristig im Spitzenfeld der Städte bleibt.

Zu Beginn meiner Rede habe ich gesagt: Karlsruhe - eine Stadt in Bewegung. Nun stelle ich fest, dass sich in Karlsruhe auch die Stadtpolitik verändert und mitbewegt. Und das führt unsere Stadt in eine gute Zukunft. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Der Vorsitzende: Das Wort hat nun die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Frau Stadträtin Dr. Leidig, für die Fraktion der Grünen.

Stadträtin Dr. Leidig (Grüne) - *vom Rednerpult sprechend* -: Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, nachdem in den letzten Jahren

die Steuereinnahmen sprudelten, stehen wir mit diesem Haushalt vor dem Beginn schwieriger Jahre. Aufgrund ständig steigender laufender Ausgaben kann aus dem Verwaltungshaushalt kein Überschuss mehr erwirtschaftet werden, um daraus Investitionen zu bezahlen. Gleichzeitig sind wir mit einer enormen Investitionsliste in Höhe von 2 Milliarden Euro konfrontiert, die im anstehenden Doppelhaushalt zu großen Teilen noch nicht berücksichtigt ist. Dennoch wird schon jetzt eine hohe Kreditaufnahme erforderlich sein. Nachdem in den letzten Jahren die Verschuldung pro Kopf der Bevölkerung auf 400 Euro in 2014 gesenkt werden konnte, wird sie sich dadurch bis 2016 auf 1.200 Euro verdreifachen. Das ist für uns nicht in Ordnung.

(Beifall bei den Grünen)

Mit vielen inhaltlichen Ausführungen in Ihrer Haushaltsrede, Herr Oberbürgermeister, stimmen wir überein. Sie wollen den Schwerpunkt auf eine grüne, lebenswerte Stadt sowie auf eine soziale Stadt setzen und außerdem die Bereiche Mobilität und Wirtschaft berücksichtigen. Damit wurden wichtige inhaltliche Themen angesprochen, an denen wir unser zukünftiges Handeln ausrichten sollten. Die finanzielle Situation von Karlsruhe wurde von Ihnen aber eher am Rande beleuchtet, die Auseinandersetzung damit auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Wir sehen es jedoch als notwendig an, uns heute schon kritisch mit unserer finanziellen Situation zu beschäftigen. Sonst geraten wir in ein strukturelles Defizit, das uns in Zukunft handlungsunfähig machen wird.

Als Gegenmaßnahme allein die Einnahmen zu erhöhen, reicht nicht aus. Hier ist umsichtiges Handeln und Konzentration auf das Wesentliche gefordert. Wenn wir über eine Erhöhung der Gewerbesteuer auf der Einnahmenseite sprechen, so müssen die damit erzielten Einnahmen in Maßnahmen fließen, die auf die Sicherstellung der Lebensqualität und der Grundversorgung in Karlsruhe abzielen: Wohnungsbau, Soziales, Klimaschutz ebenso wie Investitionen in die Feuerwache, das Klinikum und Schulen und nicht in Prestigeprojekte.

(Beifall bei den Grünen)

Wir werden daher auf Grundlage der Erfahrungen aus der Vergangenheit für die Gegenwart Schwerpunkte setzen, die in der Zukunft die Lebensqualität in Karlsruhe sicherstellen. Dabei umfasst die Zukunft nicht nur die nächsten zwei Jahre, hier gilt es vorausschauender zu handeln. Und so wollen wir nicht erst, wie von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, angekündigt, im darauffolgenden Haushalt über - ich zitiere - „die eine oder andere Reduzierung von Qualitäten und Angeboten von Seiten der Stadt reden“. Mit der Frage, welche Aufgaben unsere Stadt zwingend übernehmen muss und welche lediglich wünschenswert sind, müssen wir uns laufend und auch in diesem Haushalt auseinandersetzen. Leider wurden in der Vergangenheit oft die falschen Weichen gestellt. Anstatt in Substanzerhaltung zu investieren, wurden Großprojekte auf den Weg gebracht, die unseren Haushalt durch hohe Folgekosten dauerhaft und massiv belasten und unsere Spielräume stark einschränken. Diese Fehler dürfen nicht wiederholt werden.

Bei unseren Anträgen und unserer Herangehensweise an den Haushalt lassen wir uns von folgenden Grundsätzen leiten:

- Der Haushalt muss sozial gerecht sein, also denen, die wenig haben, mehr geben und für eine Angleichung der Bildungschancen und Gesundheitsleistungen für alle sorgen.
- Der Haushalt muss gute Lebensbedingungen für alle schaffen, z. B. die Lärmbelastung reduzieren und bessere Wohnverhältnisse schaffen.
- Der Haushalt muss der Generationengerechtigkeit entsprechen, also keine Lasten den kommenden Generationen aufbürden.
- Der Haushalt muss global gerecht sein, das heißt dem Klimawandel entgegenwirken, Ökologie fördern, Energieverbrauch senken, aber auch z. B. die kommunale Entwicklungszusammenarbeit stärken.

In Karlsruhe zu leben und zu arbeiten, ist attraktiv - unsere Bevölkerung wächst. Wir Grüne sehen diesen Trend zurück in die Stadt positiv, auch weil damit kurze Wege zwischen Wohnen, Arbeiten und den täglichen Erledigungen verbunden sind. Das Bevölkerungswachstum stellt unsere Stadt aber auch vor große Herausforderungen. Einerseits müssen wir die für Naherholung, Stadtklima, Naturschutz und Landwirtschaft wichtigen Freiflächen so weit wie möglich erhalten. Andererseits brauchen wir bezahlbare Wohnungen in unserer Stadt. Und die sind bekanntlich Mangelware.

In diesem Spannungsfeld hat die Innenentwicklung für uns weiterhin Vorrang vor Neuausweisungen. Uns ist bewusst, dass das nicht immer konfliktfrei zu machen ist. Niemand freut sich, wenn auf einem bisher unbebauten Nachbargrundstück ein Wohnblock entsteht. Deshalb muss Innenentwicklung sehr behutsam erfolgen. Dabei sind stadtklimatische Einflüsse zu beachten, und die Quartiere müssen intensiv durchgrünt werden.

Wir sind daher sehr erfreut, dass eine Mehrheit im Gemeinderat sich bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplans gegen großflächige Gewerbegebietsneuausweisungen ausgesprochen hat. Stattdessen muss nun ein ressourcensparendes Gewerbeflächenmanagement greifen, ergänzt durch eine enge interkommunale Zusammenarbeit.

Parallel zur Flächennutzungsplanung läuft die Arbeit am Räumlichen Leitbild. Viele der von den beteiligten Architekturbüros eingebrachten Ideen, beispielsweise für ein durchgängiges Grünband im Norden und Süden der Stadt, sind gut. Sie müssen nun weiterentwickelt und zu einem übergreifenden Entwurf integriert werden. Wir begrüßen, dass die Karlsruher Stadtplanung seit einigen Jahren zunehmend breit angelegte Planungsverfahren durchführt - mit umfassender Bürgerbeteiligung. Wie die planerischen Ergebnisse zeigen, lohnt sich dieser Aufwand. Allerdings bleiben auch viele Bebauungspläne unfertig liegen. Dieser Rückstau muss jetzt abgearbeitet werden. Wir begrüßen deshalb, dass im Stadtplanungsamt bereits eine moderate Personalaufstockung erfolgt und auch im Haushaltsplan berücksichtigt ist.

Bei den Flächen für den Wohnungsbau stehen wir mit der Fortschreibung des Flächennutzungsplans noch ganz am Anfang. Auch hier ist es uns wichtig, flächensparende Lösungen zu finden. Zunächst sollten deshalb die Flächenreserven im Stadtgebiet sys-

tematisch erhoben werden. Wenn hierzu Ergebnisse vorliegen, dann können wir den tatsächlichen Bedarf für neue Wohnbauflächen solide abschätzen, denn nach wie vor ist der Mangel an bezahlbaren Wohnungen in Karlsruhe gravierend. Hier müssen dringend Maßnahmen greifen. Die VOLKSWOHNUNG widmet sich mit ihrem Investitionsprogramm endlich wieder verstärkt dem Mietwohnungsbau. Dieses Kerngeschäft wurde leider über viele Jahre vernachlässigt. Aber nun sollen bis 2018 1 000 neue Mietwohnungen, davon 600 Einheiten als öffentlich geförderter Wohnraum, entstehen. Das Karlsruher Programm zur kommunalen Wohnraumförderung mit den Modulen KaWoF und KAI ist vor etwa einem Jahr angelaufen. Zwar gibt es erste Anzeichen, dass es für Investoren interessant ist und - anders als von manchen hier befürchtet im Haus - keineswegs abschreckend. Allerdings macht bisher vor allen Dingen im Moment die VOLKSWOHNUNG davon Gebrauch. Dabei darf es natürlich nicht bleiben. Wohnbaugenossenschaften und auch kleinere Wohnprojekttträger und Baugemeinschaften müssen für den geförderten Mietwohnungsbau gewonnen werden. Vielleicht wird es notwendig sein, die Fördermodalitäten von KaWoF und KAI nachzujustieren, damit die kommunale Wohnraumförderung noch stärker greift.

Im aktuellen Haushaltsentwurf sind jährlich 5 Millionen zur Wohnraumförderung vorgesehen. Nach aktuellem Stand ist das ausreichend, um alle Interessierten zu bedienen. Sollte sich abzeichnen, dass die Fördermittel aufgrund einer steigenden Inanspruchnahme der Wohnraumförderung nicht ausreichen, werden wir hier im Nachtragshaushalt auf jeden Fall nachbessern. Am Geld darf es bei der Wohnraumförderung nicht scheitern.

(Beifall bei den Grünen und bei Teilen der SPD)

Neben einer Förderung des Wohnungsneubaus setzen wir uns auch für den Ausbau des Karlsruher Erfolgsmodells "Wohnraumakquise durch Kooperation" ein. Ziel des Projektes ist es, Privateigentümerinnen und Privateigentümer zur Vermietung von Wohnraum zu motivieren. Und schließlich noch eine Schattenseite in Karlsruhe: Als Folge des dramatischen Wohnraum Mangels steigt leider auch die Zahl obdachloser Menschen in unserer Stadt. Für 2015 wird mit über 500 Wohnungslosen gerechnet. Diese Männer und Frauen, teilweise auch Kinder, benötigen unsere intensive Unterstützung, um möglichst schnell wieder in bezahlbare Mietwohnungen einziehen zu können.

Ich komme nun zu einem Kernthema der Grünen, nämlich dem Schutz von Umwelt und Natur.

Lärmfreiheit, gesunde Luft, grüne Naherholungsflächen - das bestimmt die Lebensqualität einer Stadt entscheidend mit. Wir wollen eine ökologisch-soziale Stadtentwicklung, die allen Menschen ein attraktives Wohnumfeld bietet. Auch das darf keine Frage des Geldbeutels sein. Umso mehr begrüßen wir, dass mit dem Konzept der „grünen Stadt“ unter Federführung des Umweltdezernats ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer gesunden, lebenswerten und grünen Stadt gesetzt wird.

Der Schutz des Stadtklimas ist in Zeiten des Klimawandels in Karlsruhe essentiell. Mit dem Klimopass-Projekt werden aktuell die Weichen für eine stadtklimaverträgliche Innenentwicklung gestellt. Auch muss die Flächennutzungsplanung mit dem Zielhorizont

2030 konsequent die Einhaltung von Kaltluft-Entstehungsgebieten und Frischluftschneisen verfolgen.

Die Unterschutzstellung der „Gießbachniederung“ bei Grötzingen ist hierbei ein wichtiger Meilenstein. Das Verfahren ist nach vielen Jahren Verzögerung endlich eingeleitet und muss nun so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Auch beim Natur- und Artenschutz wollen wir weiter vorankommen. Dem durch das veränderte Artenschutzrecht deutlich erhöhten Arbeitsaufwand wurde mit dem vorliegenden Haushaltsentwurf bereits mit moderaten Stellenaufstockungen entgegengewirkt. Wir werden im Blick behalten, ob dies ausreicht oder ob noch nachgebessert werden muss. Erhalt und Pflege von Streuobstwiesen wollen wir durch ein städtisches Bonusprogramm fördern, mit dem wir vor allem Privatbesitzerinnen und -besitzer unterstützen wollen.

Umweltverbände und Schulen kooperieren sehr erfolgreich bei der Nachmittagsbetreuung. Um die steigende Nachfrage hierfür zu decken und darüber hinaus zusätzliche Angebote mit umweltpädagogischem Schwerpunkt zu ermöglichen, möchten wir in dem Bereich zukünftig auch weiteren Ausbau sehen und beantragen weitere Haushaltsmittel in einem Umfang von insgesamt 35.000 €.

Die Luftreinhaltung muss durch eine Fortentwicklung der Umweltzone und durch Forcierung der umweltfreundlichen Verkehrsarten weiter forciert werden. Auch die Großemittenten im Rheinhafen müssen ihren Beitrag leisten. Von der EnBW fordern wir ein Gesamtkonzept für die Altanlagen im Rheinhafen. Die zusätzlichen Luftschadstoffemissionen durch RDK 8 müssen durch Anpassung von RDK 7 kompensiert werden.

Auch den Lärmschutz wollen wir zügig voranbringen, zumindest mit der von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, angesprochenen Reduktion der nächtlichen Lärmspitzen auf maximal 55 Dezibel. Wir begrüßen, dass im Gegensatz zu früheren Haushaltsplänen im vorliegenden Entwurf bereits mehrere Millionen Euro für Lärmschutz eingeplant sind. Damit können dringend notwendige Maßnahmen wie der Lärmschutz im Bereich Bülach umgesetzt werden. Zusätzlich sind Verpflichtungsermächtigungen in Millionenhöhe für 2017 eingeplant, um weitere Lärm-Hotspots in unserer Stadt anzugehen. Wir begrüßen ausdrücklich, dass dem Lärmschutz im Haushaltsentwurf endlich eine höhere Priorität eingeräumt wird. Parallel zu den Baumaßnahmen wird 2015 der Lärmaktionsplan fortgeschrieben, so dass weitere Lärmschutzmaßnahmen geplant und umgesetzt werden können.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Rede die Möglichkeit in den Raum gestellt, bei Fahrbahnerneuerungen auf der Autobahn die Mehrkosten für lärm mindernden Asphalt zu tragen. Das sehen wir ebenfalls als sinnvoll an. Auch die Kriegsstraße West braucht dringend einen weniger lärm erzeugenden Belag, was derzeit für 2016 vorgesehen ist. Wir appellieren an die Verwaltung, das früher umzusetzen. Auch hier warten die dort Wohnenden schon lange auf eine Verringerung der Lärmbelastung.

Lärm hängt durchaus auch eng mit Verkehr zusammen. Das ist ein Grund, warum wir eine relevante Zukunftsaufgabe beim Verkehr in der Stärkung des Umweltverbundes aus Zu-Fuß-Gehen, Radfahren sowie Bus- und Bahnfahren sehen. Einige Punkte, die wir noch im letzten Haushalt beantragt hatten im Bereich Verkehr, sind jetzt bereits im

Entwurf enthalten. Darüber freuen wir uns. Dazu gehören 5 Millionen jährlich für die Fahrzeugbeschaffung, damit die städtische Fahrzeugflotte hinsichtlich Energieverbrauch, Luftreinhaltung und Betriebskosten auf den neuesten Stand gebracht werden kann.

Eine neue Koordinationsstelle "Nachhaltige Mobilität", wie im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehen, wurde beim letzten Haushalt noch von einer Mehrheit abgelehnt. Inzwischen ist dafür eine Stelle eingeplant.

Das 20-Punkte-Programm zur Förderung des Radverkehrs wollen wir schneller umsetzen, um die Marke von 30 % Radverkehr bis 2020 tatsächlich zu erreichen. Wir begrüßen, dass ein verbreiteter Radweg in die Höhenstadtteile sowie jährlich zwei neue Radrouten geplant sind. Die vorgesehene Kürzung auf 950.000 Euro für Radwegebau passt nicht dazu, denn es gibt wirklich noch viel zu tun, bis Karlsruhe tatsächlich fahrradfreundlich ist. Deshalb beantragen wir, wie schon beim letzten Haushalt, dass die jährlich 1,3 Millionen Euro für Fahrrad-Baumaßnahmen beibehalten werden.

Der Rückbau der Herrenalber Straße wurde vor langer Zeit beschlossen. Im Haushaltsplan taucht er aber immer noch nicht auf. Auch wenn andere Baumaßnahmen Zeitfenster belegen, ist es an der Zeit, mit dieser Maßnahme endlich zu beginnen. In Rüppurr warten viele darauf.

Auch zum Dauerbrenner "Brötchentaste" machen wir einen erneuten Anlauf, sie zu kippen.

(Stadtrat Cramer/KULT: Schon wieder! - Unruhe auf der rechten Seite des Hauses)

Das würde Mehreinnahmen von 180.000 Euro ergeben, und zwar jährlich. Diese Subventionierung des Autoverkehrs durch kostenloses Parken in den Kernbereichen von Durlach und Mühlburg passt nicht in ein modernes Verkehrskonzept.

(Beifall bei den Grünen - **Stadtrat Cramer/KULT:** Das gibt wieder was!)

Bei der Kombilösung wurden lange Zeit falsche Versprechungen gemacht und mit unrealistischen Zahlen und Querfinanzierungen jongliert. Jetzt ist endlich Transparenz eingekehrt, aber eine Umkehr ist leider nicht mehr möglich. Die derzeit fast unerträgliche Baustellensituation wird in ein einigen Jahren vorbei sein. Bleiben wird ein Eigenanteil der Stadt bei der Kombilösung von - nach aktueller Kostenschätzung - über 320 Millionen Euro statt der ursprünglich angesetzten 80 Millionen. Zusätzlich werden die Folgekosten, wenn der Bau denn einmal in Betrieb gegangen ist, mit jährlich deutlich über 20, vielleicht sogar 30 Millionen zu Buche schlagen. Genaueres hierzu klären wir gerade über eine Gemeinderatsanfrage.

Die in der Vergangenheit versprochene Quer-Finanzierung über die Gewinne der Stadtwerke ist nicht mehr umsetzbar. Die riesigen Schuldenberge, die derzeit in der KASIG angehäuft werden, müssen ab 2019 abgetragen werden und belasten dann den städtischen Haushalt stark.

Obwohl der Baden-Airpark unnötige Lärm- und Schadstoffbelastungen in die Region bringt, wird er noch bis 2015 mit 1,3 Millionen Euro subventioniert. Danach läuft dieser bestehende 15-jährige Vertrag endlich aus. Damit ist diese klimaschädliche Subventionierung auch endlich beendet. Uns ist wichtig, dass es dabei bleibt.

(Beifall bei den Grünen)

Mit dem Klima fahre ich auch fort. Der Klimawandel stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar, und auch Karlsruhe wird nicht von den Folgen der globalen Erwärmung verschont bleiben. Deshalb fordern wir sowohl verantwortungsbewusste Maßnahmen zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen als auch eine frühzeitig durchdachte Anpassungsstrategie an die sich verändernden klimatischen Bedingungen. Gemeinsam mit den Stadtwerken wollen wir die Energieversorgung nachhaltig gestalten und verstärkt auf Dienstleistungen im Bereich Energieeffizienz und Energieeinsparung setzen. Wir freuen uns deshalb sehr, dass sich die breite Mehrheit des Gemeinderats unserem Antrag für den Bezug von Ökostrom in städtischen Gebäuden angeschlossen hat, und dass dieser Posten im Haushalt eingestellt wurde.

(Beifall bei den Grünen)

An dieser Stelle ist es uns auch ein Anliegen, die vielen positiven Ansätze für Klimaschutzarbeit zu loben, die sich im Haushalt wiederfinden. Stellvertretend erwähnt seien das Erfolgsmodell des Karlsruher Klimaschutzfonds und die Klimaschutzkampagne.

Weiteren Handlungsbedarf sehen wir für das Bonusprogramm „Energetische Sanierung im Privatbereich“, das wir von 250.000 Euro um 50 % erhöhen wollen, um verstärkte Werbemaßnahmen und resultierende Mehrnachfrage zu ermöglichen, denn gerade im Bereich der Wärme- und Heizenergieeinsparung gibt es in Karlsruhe noch viel Potenzial.

Um Sanierungsmaßnahmen in den Stadtteilen besser koordinieren und betreuen zu können, sehen wir zwei zusätzliche Stellen für Sanierungsmanagement für sinnvoll an, zumal diese zu großen Anteilen durch Bundes- und Landesmittel gefördert werden.

Klima und Gesundheit hängen zusammen. Den zu erwartenden Einfluss des Klimawandels auf die Gesundheit bzw. den Anstieg an Tagen mit gesundheitsgefährdenden Temperaturen in Karlsruhe haben Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede ausgeführt, ebenso die Gesundheitsgefährdung durch Lärm. Gesundheit ist ein hohes Gut. Zur Verbesserung der gesundheitlichen Bedingungen im Lebensumfeld will die Stadt Strategien entwickeln und umsetzen. Wir begrüßen dies ausdrücklich, ebenso wie das Vorhaben, weiterhin Gesundheitskonferenzen durchzuführen.

Im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge betreiben wir mit dem Städtischen Klinikum eine medizinische Einrichtung mit großer Bedeutung auch für die Region. Dieses zukunftsicher aufzustellen, ist eine sehr wichtige Aufgabe. Da die Krankenkassen die Betriebskosten nicht mehr decken, leidet das Städtische Klinikum, wie viele andere Krankenhäuser auch, unter erheblichen finanziellen Problemen. Die letzten Jahre waren von einem ambitionierten Konsolidierungsprozess geprägt. Der Druck auf die Beschäftigten im Klinikum ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und darf nicht mehr

weiter zunehmen. Um Entlastungsspielräume für das Klinikum zu erzielen, werden wir beantragen, das Defizit für das Betreiben der Notaufnahme durch einen städtischen Zuschuss in Höhe von 2 Mio. Euro jährlich zu verringern.

(Beifall bei den Grünen)

Dies soll natürlich zusätzlich zu den bereits im Haushalt veranschlagten Altbausanierungsmitteln erfolgen.

Der Bereich Soziales, Jugend und Senioren.

Überall ist zu hören, wie gut es in Deutschland geht. Der Anstieg der Sozialleistungen im Haushalt zeigt uns aber auch, dass nicht alle an dieser positiven Entwicklung teilhaben. Soziale Gerechtigkeit ist Grundlage für eine stabile Gesellschaft und muss daher auch in diesem Doppelhaushalt ein Schwerpunkt sein. Es geht um Armutsbekämpfung, gleiche Bildungschancen für alle, Förderung von Kindern und Jugendlichen, Unterstützung im Alter, Inklusion, Arbeitsmöglichkeiten und Hilfe für Zugewanderte und Personen, die keine Lobby haben.

Wir haben hier vor Ort nur begrenzte Möglichkeiten, um zu verhindern, dass sich die soziale Schere noch weiter öffnet, aber das uns Mögliche sollten wir tun. Die bereits vor zwei Jahren beschlossene Ausweitung des Karlsruher Passes hat sich bewährt und der Pass zu einem wirksamen Armutsbekämpfungsinstrument weiterentwickelt. Präventive Ansätze sehen wir als lohnende Investition in die Zukunft. Um Chancengleichheit zu erhöhen, werden wir Anträge des Internationales Bundes zu Vorbereitungsklassen, Hausaufgabenbetreuung und Angebote für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit Migrationshintergrund unterstützen. Im Bereich Jugendhilfe soll durch entsprechende Mittel die Gewaltprävention der Bürgerinitiative „Zivilcourage“ gefördert werden. Wie wichtig diese Arbeit ist, sehen wir gerade in diesen Tagen. Ebenso werden wir die Arbeit der Diakonie unterstützen, die auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen, der Sicherheit und des Gesundheitszustandes von Prostituierten abzielt, Menschen ohne Lobby.

(Beifall bei den Grünen)

Die Lebenserwartung steigt und damit auch der Anteil von Menschen, die Beratungsbedarf im Seniorenbüro oder Pflegestützpunkt anmelden. Um die Zuschüsse der Pflegekassen hierfür zu erhalten, müssen wir ab 2016 auf eine rein kommunale Trägerlösung umstellen. Um in dem Übergangsjahr die Beratungsqualität auf dem jetzigen Niveau zu halten, muss der städtische Zuschuss um 85.000 Euro steigen. Für Altenpflegeeinrichtungen müssen in Zukunft größere Investitionen getätigt werden, um bei Heimstiftung und Karl Friedrich-, Leopold- und Sophien-Stiftung zukunftsfähig zu bleiben.

Das Thema „Inklusion“ wurde auch von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, unter dem Stichwort „Soziale Stadt“ als wichtiges Thema benannt. Wir Grünen wollen Barrierefreiheit in Karlsruhe in allen Lebensbereichen voranbringen und begrüßen daher den barrierefreien Umbau von städtischen Gebäuden und Straßenbahnhaltestellen. Zum Bereich Soziales gehört auch die kommunale Arbeitsförderung. Arbeitsmarktpolitik

ist eigentlich eine Aufgabe des Bundes. Die durch die Bundesregierung gekürzten Zuschüsse für die Arbeitsförderungsbetriebe machten es aber erforderlich, den städtischen Zuschuss deutlich zu erhöhen. Hier sind auch in Zukunft neue Strategien zu entwickeln, um schwer vermittelbare Langzeitarbeitslose unter den schwierigen Rahmenbedingungen für öffentlich geförderte Beschäftigung zu unterstützen.

Um in Karlsruhe den Menschen zu helfen, die nicht vom Aufschwung und neuen Arbeitsplätzen profitieren, hat der Gemeinderat vor zwei Jahren mit grüner Unterstützung das Gesamtkonzept Arbeit beschlossen. Da diese Maßnahmen nur einem Teil - wirklich nur einem Teil! - der ca. 2 500 langzeitarbeitslosen Menschen in Karlsruhe zugute kommen, wollen wir das Budget des Gesamtkonzepts „Arbeit“ in den nächsten beiden Jahren aufstocken und dafür Anträge der AWO und von „initial“ unterstützen. Mit diesen beiden Projekten können weitere Menschen am Arbeitsleben teilhaben.

(Beifall bei den Grünen)

Integration sehen wir als eine der zentralen Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft. Wie Sie, Herr Oberbürgermeister, ausführten, sind seit dem Jahr 2000 etwa 20 000 Menschen nach Karlsruhe gekommen. Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen auf der ganzen Welt gibt es derzeit kaum gekannte Flüchtlingsströme. Große öffentliche Beachtung fand in den letzten Monaten die Flüchtlingsunterbringung in verschiedenen Außenstellen der Landeserstaufnahmestellen. Die Flüchtlinge waren teilweise unter nicht tolerierbaren Bedingungen untergebracht. Durch das große ehrenamtliche Engagement unserer Bürgerinnen und Bürger konnten die schlimmsten Missstände aufgefangen werden. Aber auch zukünftig werden die Flüchtlingsströme immer wieder Spitzen erreichen. Uns ist bewusst, dass es sich bei der Flüchtlingsunterbringung in erster Linie um eine Landesaufgabe handelt. Dennoch sollten wir als eine Stadt, die so großen Wert auf Willkommenskultur legt, hier den uns möglichen Beitrag leisten. Zuschüsse an die Flüchtlingshilfe, wie auch die entsprechende Infrastruktur für diese, sollten - wie in der jüngsten Vergangenheit geschehen - auch zukünftig nach Bedarf bereitgestellt werden.

Den erhöhten Ansatz der Verwaltung von einer halben Million für Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler und Aussiedlerinnen halten wir für angemessen.

Die Aufgabe der Integration stellt sich für alle Menschen mit Migrationshintergrund, gleich ob sie vor Kriegen fliehen, in Karlsruhe Arbeit suchen und finden, eine Ausbildung erhalten oder aus privaten, familiären Gründen zuwandern. In der Vergangenheit wurde gemeinsam mit dem Migrationsbeirat ein Integrationsplan erarbeitet, der jetzt Schritt für Schritt umzusetzen ist, damit in Karlsruhe Integration zukünftig besser gelingt. Die Mittel zur Umsetzung des Integrationsplans steigen um 45.000 Euro pro Jahr an. Wir hatten bereits vor zwei Jahren angekündigt, hier bedarfsgerecht nachzubessern. Dem entspricht nun das Vorgehen der Verwaltung.

Eine zentrale Rolle bei der städtischen Integrationspolitik spielt das Internationale Begegnungszentrum, für das auf Empfehlung des Migrationsbeirats deutlich mehr Personalmittelzuschüsse vorgesehen sind. Wir unterstützen diese Erhöhung, da das IBZ eine zunehmend wichtige Rolle bei der Vernetzung vieler integrationspolitisch relevanter Ak-

teure einnimmt. Nachfrage und Umfang der Aufgaben sind gestiegen, das Programm wurde erweitert, entsprechend sollen auch die Zuschüsse steigen.

Auch Tierschutz ist eine kommunale Aufgabe. Wir begrüßen die finanzielle Unterstützung für die Sanierung des deutlich in die Jahre gekommenen Hundehauses im Karlsruher Tierheim. Die für den Tierschutzfonds eingestellten Mittel von derzeit 60.000 Euro reichen bei weitem nicht aus, um den Mehrbedarf zu decken. Wir werden daher eine Aufstockung um 50 % beantragen, um die vielen Ehrenamtlichen in diesem Bereich finanziell zu entlasten.

(Beifall bei den Grünen)

Ich wende mich jetzt dem Bereich Bildung und Schulen zu. Bildung gehört zu den wesentlichen Kernaufgaben der Daseinsvorsorge. Investitionen in Bildung sind Investitionen in Chancengleichheit, Prävention, in die Zukunft schlechthin.

Im Kleinkindbereich wächst der Betreuungsbedarf in Karlsruhe. Daher begrüßen wir es, dass im Haushaltsentwurf die angestrebte Betreuungsquote für die Kleinkindbetreuung von 40 auf 47 % angehoben wurde. Die erhebliche Erhöhung der Landesmittel für die Kleinkindbetreuung durch die grün-rote Landesregierung unterstützt uns dabei.

Die frühe intensive Sprachförderung der Kinder ist uns ein besonderes Anliegen. Wir befürworten daher, dass die Stadt die Finanzierung der Sprachförderung für weitere 14 Kitas übernimmt, deren Bundesförderung ausläuft. Dadurch kann auch 2016 an insgesamt 34 Kindertageseinrichtungen eine zusätzliche Sprachförderung durchgeführt werden.

Der Mangel an Erzieherinnen ist ein großes Problem und trifft auch Karlsruhe. Um das Problem zu reduzieren, sind vielfältige Maßnahmen notwendig, z. B. der Ausbau der praxisintegrierten Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher und Werbekampagnen für diese, damit auch Umsteiger und Umsteigerinnen aus anderen Berufsbereichen dazugewonnen werden können.

Im Bereich Schulen ist die Finanzierung der notwendigen Schulbaumaßnahmen eine große Herausforderung. Es ist anzuerkennen, dass die Sanierung, der Ausbau und Neubau von Schulen einen so hohen Stellenwert bei den städtischen Baumaßnahmen hat. Die Stadt steht dabei in der Verantwortung, die Schul-, Lern- und Aufenthaltsräume sowie die Mensen künftig stärker entsprechend der Anforderungen einer zeitgemäßen Pädagogik auszugestalten. Aufgrund der gesetzlichen Verankerung der Inklusion für das Schuljahr 2015/16 müssen bauliche Maßnahmen für Barrierefreiheit geplant und schrittweise umgesetzt werden. Durch entsprechende Haushaltsmittel wollen wir dafür sorgen, dass an der Grundschule Beiertheim ein Aufzug eingebaut wird. Damit kann diese Schule, die bereits seit Jahren pädagogisch inklusiv arbeitet, endlich auch Kinder mit körperlichen Beeinträchtigungen aufnehmen.

(Beifall bei den Grünen)

Wir unterstützen das Ziel, bis 2017 40 % der Grundschulen in Ganztagschulen

weiterzuentwickeln. Dabei muss die Mischung aus verbindlicher Ganztagschule und solcher in Wahlform stimmen, um die Wahlfreiheit der Eltern zu gewährleisten. Durch den Einsatz von qualifizierten zusätzlichen pädagogischen Kräften wird ein anspruchsvolles erweitertes Bildungs-, Unterstützungs- und Freizeitangebot ermöglicht. Das begrüßen wir.

Die Gemeinschaftsschulentwicklung in unserer Stadt ist mit drei, ab Herbst 2015 mit vier Standorten bisher sehr positiv verlaufen. Es sollte auch weiterhin alles getan werden, um die Schulen während der Neu- und Umbaumaßnahmen zu unterstützen, und zwar - sehr wichtig - im Konsens mit den Eltern und den Schulkollegien.

Die schrittweise Einführung der Schulsozialarbeit hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden. Auf der Grundlage der Prioritätenliste der Stadtverwaltung werden wir den weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit sowie der erforderlich gewordenen Leitungsstellen beantragen.

Auch die Förderung des Sports ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Wir setzen hier den Schwerpunkt auf Breiten- und Gesundheitssport. Nach dem letztjährigen Bericht zu „Bewegung in Karlsruhe“ bewegen sich die Menschen in Karlsruhe gerne, vor allen Dingen draußen und vor allen Dingen durch Rad fahren, Laufen und Spaziergehen. Dem sollten wir zukünftig stärker Rechnung tragen und mehr in Möglichkeiten investieren, sich vor Ort zu bewegen, z. B. durch den Ausbau von Wegenetzen, reizvollen Wanderpfaden und der Bereitstellung von öffentlich zugänglichen, wohnortnahen Sportanlagen. Die zukünftige Sportentwicklungsplanung sollte dies ausreichend berücksichtigen und gleichzeitig natürlich den Vereins- und vor allem auch den Schulsport - einschließlich Schwimmen - sicherstellen.

Die Sportpolitik nimmt auch im Zuge des Ausbaus der Ganztagschulen eine immer wichtigere Rolle ein. Hier ist die Kooperation von Schulen mit den Vereinen eine unabdingbare Voraussetzung. Wir begrüßen entsprechende Initiativen und unterstützen deren Förderung. Noch nicht ausreichend gefördert sehen wir inklusive Sportangebote und werden daher hierfür erhöhte Mittel beantragen.

Die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung erfordert auch einen Ausbau des Seniorensports. Die Initiative „In Schwung im Alter“ hat sich in diesem Bereich bereits eine hohe Akzeptanz erworben. Hier gilt es nun, zunächst ein Konzept zu erarbeiten, um anschließend Lücken in der Fläche zu schließen und auch Menschen in prekären finanziellen Situationen eine Teilnahme zu ermöglichen.

Neben dem Breitensport unterstützen wir auch die kommunale Förderung des Leistungssports. Eine finanzielle Unterstützung des Profisports beim KSC sehen wir jedoch nicht als Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge.

(Beifall bei den Grünen)

Beim Stadionneubau gab es eine erste Grundsatzentscheidung im Gemeinderat. Diese halten wir immer noch für falsch, da sie darauf basiert, dass der KSC zukünftig jährlich eine Miete inkl. Instandhaltungspauschale von ca. 3,4 Mio. Euro zahlen wird. In der

Vergangenheit konnte der KSC weit geringere Beträge nicht leisten. Der vorliegende Haushaltsentwurf hat ebenfalls nicht die vertraglich feststehende Miete angesetzt, sondern lediglich 150.000 Euro. Welches Wunder soll denn jetzt geschehen, damit die zukünftige Rechnung aufgeht?

(Beifall bei den Grünen)

In Anbetracht der Haushaltsprognosen für die nächsten Jahre sollten wir den realistischen Zahlen zu den Einkünften aus dem Wildparkstadion Rechnung tragen und in Umbau und Sanierung investieren, um einen guten Zustand herzustellen, anstatt ein weiteres Großprojekt zu beginnen, das sowohl für die Stadt als auch für den KSC kaum zu stemmen sein wird.

(Beifall bei den Grünen)

Kultur ist uns Grünen ein wichtiges Anliegen. Wie Sie, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede ausführten, gehört Karlsruhe zu den Städten, die pro Einwohner/Einwohnerin über den höchsten Kulturetat verfügen. Das belebt Karlsruhe und ermöglicht unserer Stadt, sowohl die Vergangenheit zu bewahren, als auch sich kritisch und kreativ mit der Gegenwart und Zukunft auseinanderzusetzen. Wir legen besonderen Wert auf die Unterstützung der vielen kleinen und auch größeren sozio-kulturellen Zentren und Kulturvereine. Diese ermöglichen allen Bevölkerungsschichten eine Teilhabe an Kultur. Wir werden, wie in den Vorjahren, eine Reihe von Anträgen stellen, vor allem dort, wo wir Innovation, neue Ansätze und neue Zielgruppen für Kultur erkennen, z. B. aus dem Migrationsbereich.

Der Kulturetat erhöht sich gegenüber dem letzten Haushalt um ca. 5 Millionen. Die Erhöhungen fließen vor allem in Transferaufwendungen für das Badische Staatstheater und die Volkshochschule, aber auch in Museen, das Stadtarchiv und die Bibliotheken, und schließlich sind etliche 100.000 Euro versteckte Kosten für das Stadtjubiläum in diesem Teilhaushalt zu finden.

Das Badische Staatstheater kann mit sehr guten Besucherzahlen und einer guten künstlerischen Leistung aufwarten. Wir schätzen die Arbeit des Hauses und freuen uns über den Erfolg, sind aber auch alarmiert, wie sehr uns die Kosten davonlaufen mit einer Ausgabensteigerung von 2012 bis 2016 in Höhe von 3,3 Mio. Euro. Auch hier muss gefragt werden: Was ist nötig, was ist wünschenswert? Was können und was wollen wir uns leisten? Wir stellen sicherlich nicht den Anspruch, dass Kultur sich rechnen muss. Aber auch von unseren großen Kultureinrichtungen erwarten wir ein Kostenbewusstsein, mit dem es uns auch zukünftig gelingt, die Zuschüsse in einem vertretbaren Rahmen zu halten. Kostenbewusstsein werden wir auch verlangen, wenn es um Neubau und Sanierung beim Staatstheater geht. Wir haben dem Vorhaben zugestimmt, weil wir die Arbeitsbedingungen für die über 600 Beschäftigten verbessern müssen und die Sanierung unumgänglich ist. Der vom Gemeinderat beschlossene Kostenrahmen von 125 Mio. Euro, hälftig von Stadt und Land zu tragen, muss eingehalten werden.

Unabdingbar ist für uns auch die Möglichkeit einer modularen Bauweise unter Beibehaltung des Spielbetriebs, denn nur so wird es möglich sein, die Kosten für Umbau und

Erweiterung des Badischen Staatstheaters den jeweiligen Möglichkeiten des städtischen Haushalts anzupassen.

Die seit 2012 deutlich erhöhten Zuschüsse für das ZKM werden fortgesetzt, um dessen struktureller Unterfinanzierung entgegenzuwirken. Da dem ZKM auch durch das Stadtgeburtstagsprojekt „Globale“ weitere Gelder zufließen werden, sehen wir es gut aufgestellt, um seine Arbeit erfolgreich fortführen zu können, und hoffen, dass die „Globale“ viele Kunstinteressierte nach Karlsruhe ziehen wird.

Die kräftige Erhöhung des Zuschusses an die Volkshochschule begrüßen wir. Damit ist der Zuschuss seit 2012 um über 50 % gestiegen, aber auch aus gutem Grund, denn gestiegen sind vor allem die Angebote der Volkshochschule und die Nachfrage nach diesen Angeboten, gerade auch von Inhaberinnen und Inhabern des Karlsruher Passes. Damit ermöglicht die Volkshochschule als Kultur- und Bildungseinrichtung wirklich allen Bevölkerungsgruppen Zugang zu Weiterbildung und die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit ihren Interessen. Außerdem hoffen wir, durch die erhöhten Zuschüsse einen Beitrag dafür zu leisten, dass die dort tätigen Kursleiterinnen ihrer Leistung entsprechend bezahlt werden können.

Schließlich der Bereich Wirtschaft. Einige Schwerpunkte der Wirtschaftsförderung haben sich in den letzten Jahren sehr zum Positiven verändert. Die vorhandenen Stärken von Karlsruhe wurden erkannt und entsprechend in die Förderung von Kreativwirtschaft, Informationstechnologie und Gründungen in diesen Bereichen investiert, was sich auch in den eingestellten Mitteln niederschlägt. Auch der Umgang mit Gewerbegebieten hin zu ressourcenschonenden und energetisch sparsamen Verdichtungen wurde in den letzten Jahren - auf unser stetiges Drängen hin - aufgegriffen und findet im Haushalt seine Weiterentwicklung. Hier gilt es nun, die gewonnene Expertise der Wirtschaftsförderung in konkrete Gewerbegebiete einfließen zu lassen. Daneben fordern wir, dass in der Zukunft soziale Aspekte bei der Vergabe von Gewerbeflächen eine wichtigere Rolle spielen, d. h. Ausbildung durch die Betriebe, die Schaffung von Arbeitsplätzen sowie die Bereitstellung von Arbeitsplätzen entsprechend den Kriterien „guter Arbeit“. Damit gelänge es der Wirtschaftsförderung, entsprechend grüner Grundsätze ökonomische, soziale und ökologische Aspekte zusammen zu berücksichtigen.

Die Transferaufwendungen im Bereich Wirtschaftsförderung sind enorm gestiegen, um 80 % in den letzten fünf Jahren. Wir wünschen uns Evaluation für diese Aufwendungen, um sicherzustellen, dass dadurch tatsächlich ein Mehrwert für Karlsruhe entsteht im Hinblick auf das wichtigste Ziel der Wirtschaftsförderung: Sicherung und Verbesserung des Arbeitsplatzangebots und damit die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Beispielsweise halten wir es für richtig und notwendig, Netzwerke wie Automotive Engineering Network durch Expertise und Tatkraft der Wirtschaftsförderung zu unterstützen. Deren unmittelbare finanzielle Unterstützung sehen wir jedoch nicht als eine Aufgabe kommunaler Daseinsvorsorge.

(Beifall bei den Grünen)

Die Karlsruher Messe- und Kongress GmbH mit ihren strukturell bedingten jährlichen Verlusten von über 12 Mio. Euro lastet weiterhin schwer auf dem Haushalt - bisher

nicht erwähnt worden. Durch das Abstoßen der Gartenhalle wie auch durch die Umstrukturierungen, d. h. Ausgliederung von Tourismus und Event GmbH, haben sich die Kosten für die Messe kaum reduziert. Stattdessen sind Mehraufwendungen in Höhe von insgesamt über 2 Mio. Euro dazugekommen. Wir werden dem durch Kürzungsanträge entgegnetreten.

(Stadtrat Ehlgötz/CDU: Da warten wir drauf!)

2015 - das bedeutet, das Jahr hat begonnen, in dem Karlsruhe sein Stadtjubiläum feiert. Ob es sich mit dem Stadtgeburtstag um ein wie Sie, Herr Oberbürgermeister, es genannt haben, „fast schon epochales historisches Ereignis“ handeln wird, das muss sich erst noch zeigen. Der von Ihnen gelobte partizipative Ansatz des Stadtgeburtstags ist ein Ansatz, den wir schon immer unterstützt haben. Ein Fest für die Bürgerinnen und Bürger von Karlsruhe und der Region, und ein Fest mit diesen - dies haben wir von Anfang an gewollt, und darauf freuen wir uns.

Auch die von uns initiierte klimafaire Ausrichtung des Stadtjubiläums begrüßen wir. Was das Finanzbudget des Stadtgeburtstags angeht, so haben wir dieses mit 15 Mio. Euro zuzüglich Mehrwertsteuer, also ca. 18 Mio. Euro, schon in der Vergangenheit für zu hoch gehalten. Dass nun das Budget in der Gegenwart noch deutlich überschritten wird, entspricht nicht unseren Vorstellungen eines nachhaltigen Haushalts.

(Beifall bei den Grünen)

Viele Posten für das Stadtjubiläum sind in anderen Etats versteckt. Ich habe schon auf entsprechende Posten im Kulturretat hingewiesen, u. a. auch auf Posten für Projekte wie „Organ-i-sat-ion“. Jedes dieser Projekte ist sicherlich attraktiv, aber ist eine solch Anhäufung von Events tatsächlich notwendig? Das größte Problem sehen wir jedoch darin, dass viele - wirklich viele - der ca. 20 Millionen, die das Stadtjubiläum letzten Endes kosten wird, nicht in die angesprochenen partizipativen Ansätze oder gar nachhaltigen Projekte für die Stadt und die Region fließen wird, sondern dass ein großer Teil des Geldes in Events, Tourismus und vor allem im Marketing verpufft.

(Beifall bei den Grünen)

Nach den inhaltlichen Ausführungen zu den verschiedenen Bereichen der Verwaltung komme ich jetzt nun auf die übergreifenden Bereiche Personal und Verwaltung zu sprechen. Die steigenden Ausgaben für Personal sind eines der prägenden Elemente des Haushaltsentwurfs. Nachdem seit 2008 fast 300 neue Stellen geschaffen wurden und vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Haushaltsengpässe in den kommenden Jahren, sehen wir bei zukünftigen Stellenschaffungen die Notwendigkeit einer vertieften inhaltlichen Diskussion.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede angekündigt, dass wir im nächsten Doppelhaushalt über die eine oder andere Reduzierung von Qualitäten und Angeboten von Seiten der Stadt werden reden müssen, und verschieben damit die Problemlage in die Zukunft. Wir halten es aber jetzt schon für notwendig, zu diskutieren, welche Aufgaben reduziert werden können, wenn an anderer Stelle neue

Aufgaben hinzukommen. Entsprechend sollte die Schaffung neuer Stellen zukünftig in den Fachausschüssen beraten werden, um dort zu entscheiden, welche Aufgaben eventuell auch wegfallen können. Natürlich erledigen sich anfallende Aufgaben nicht von allein, und wir unterstützen daher Personaleinstellungen, wo mehr Bedarf besteht, um kommunale Aufgaben erfüllen zu können. Auch muss reagiert werden, wenn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung dauerhaft überlastet sind. Gleichzeitig ist jedoch zu überprüfen, ob zur Kompensation des zusätzlichen Bedarfs Personal an anderer Stelle eingespart werden kann und vor allem, ob und wo bisherige Aufgaben und Tätigkeiten reduziert werden können.

(Beifall bei den Grünen)

Es gilt auch jetzt schon, Vorsorge für den demografischen Wandel zu treffen. Viele Mitarbeiterinnen werden in den nächsten zehn Jahren in die Altersruhe gehen. Dies macht es notwendig, mehr auszubilden und die Attraktivität der Verwaltung für Arbeitssuchende zu erhöhen. Bei der Mitarbeitergewinnung sehen wir noch viel Potenzial für die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund. Vielfältigkeit ist ein Vorteil, und daher sollte sich die Stadt gerade um diese Gruppe verstärkt bemühen.

Abschließend nun Finanzen.

In den letzten Jahren sind auf die Kommunen viele Pflichtaufgaben zugekommen, die von diesen nicht aus eigener finanzieller Kraft zu leisten sind, z. B. der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Der Bund kam weder in der Vergangenheit unter Schwarz-Gelb noch heute unter Schwarz-Rot der Verpflichtung nach, die Kommunen dabei ausreichend zu unterstützen. Glücklicherweise konnten wir in Baden-Württemberg von der grün-roten Landesregierung profitieren. So wurde Karlsruhe in vielen Bereichen deutlich stärker gefördert als vorher, z. B. bei der Wohnraumförderung, der Schulsozialarbeit, der Kinderbetreuung, durch Radwegeausbau, kommunalen Klimaschutz und Lärmschutzmaßnahmen, aber auch durch die Unterstützung beim geplanten Neubau des Städtischen Klinikums. Ohne diese Verbesserungen wäre es uns bereits in den letzten Jahren deutlich schlechter gegangen.

Trotz der erhöhten Zuwendungen durch das Land wird es, wie bereits ausgeführt, in diesem Haushalt notwendig sein, Kredite in dreistelliger Millionenhöhe aufzunehmen. Das bereitet uns große Sorgen, da in diesem Haushalt auch noch weniger konservativ gerechnet wurde als in den Jahren zuvor. Wenn wir uns dann noch die mittelfristige Finanzplanung von Karlsruhe betrachten, sehen wir dringenden Handlungsbedarf auf Seiten der Einnahmen, aber vor allem auf Seiten der laufenden Ausgaben. Auf der Einnahmenseite haben wir, wie von Ihnen, Frau Bürgermeisterin Luczak-Schwarz, ausgeführt wurde, historische Höchststände erreicht, vor allem, wenn wir - wie von der Verwaltung vorgeschlagen - die Gewerbesteuer anheben. Diese Anhebung werden wir mittragen unter der Voraussetzung, dass die Mehreinnahmen nicht in Prestigeprojekte, sondern in die Erhaltung und Steigerung der Lebensqualität und Daseinsvorsorge in Karlsruhe fließen.

(Beifall bei den Grünen)

Da wir auf der Einnahmenseite kaum Spielraum haben, der Verschuldung entgegenzutreten, muss vor allen Dingen an der Ausgabenseite gearbeitet werden. Die Evaluierung und Reduzierung von Aufgaben sehen wir als dringend geboten an, und zwar in allen Bereichen. Privatisierung und Ausgliederung von Aufgaben stellen für uns jedoch keine Lösung des Problems dar. Privatisierungstendenzen wie TTIP werden wir entgegentreten. Der Gemeinderat, die Kommune, muss die Schwerpunkte der kommunalen Daseinsvorsorge auch zukünftig selbst in die Hand nehmen. Die ständige Ausgründung von Gesellschaften führt dazu, dass der demokratische Einfluss auch auf die Geschäftsentwicklung dieser Gesellschaften sinkt und die Öffentlichkeit außen vor bleibt. Die Verschuldung der städtischen Gesellschaften nimmt in Karlsruhe dramatische Ausmaße an. Während etwa bei der VOLKSWOHNUNG den Schulden auch entsprechende Sachwerte gegenüberstehen, gerät die KVVH aus den Fugen: Bei dieser Holding von Stadtwerken, Verkehrsbetrieben und Hafengesellschaft wird für 2019 ein Verlust von 36 Mio. Euro prognostiziert. Dabei haben die Kosten der Kombilösung, versteckt in der KASIG, einen großen Anteil daran. Bei all dem ist zu berücksichtigen, dass die geplanten großen Investitionsvorhaben der nächsten Zeit in diesem Doppelhaushalt noch gar nicht groß zu Buche schlagen. In der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre nach 2016 erkennen wir nicht, wie die großen Vorhaben umgesetzt werden sollen. Hier wird noch das Machbare vom Wünschenswerten zu trennen sein, auch oder gerade, wenn es um das Wildparkstadion und die Einhaltung des Kostenrahmens für den Neubau des Staatstheaters geht.

(Beifall bei den Grünen)

Die Stadtkämmerei hat sich wieder sehr viel Arbeit bei der Erstellung dieses Doppelhaushaltes gemacht. Ihnen, sehr geehrter Herr Dollinger, Ihnen, sehr geehrter Herr Deck, und allen Ihren Kolleginnen und Kollegen danken wir sehr dafür.

Wie in der Vergangenheit wünschen wir uns für die Zukunft zwei generelle Verbesserungen, um den Entwurf leichter lesbar und transparenter zu machen: Zum einen sollte bei größeren Änderungen von Planzahlen, z. B. Veränderungen über 10 % gegenüber dem Vorjahr, immer eine Erläuterung aufgeführt werden. Das würde uns viele Nachfragen ersparen und Ihnen viel Arbeit, die Nachfragen zu beantworten.

Zum anderen werden nach wie vor die Ziele und Kennzahlen für die Teilhaushalte entweder nicht genannt oder wenig gewürdigt. Unserem Wunsch, die Kennzahl-Ergebnisse und die Erfüllung der Ziele in den jeweiligen Fachausschüssen zu beraten, wurde bisher kaum entsprochen. Dabei könnte dort fundierter entschieden werden, welche Ziele und welche Kennzahlen für den nächsten Haushalt vorzusehen sind. Das erscheint uns auch im Hinblick auf die angesprochene kritische Betrachtung der Aufgaben als sinnvolle Verfahrensweise.

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, ich wünsche uns allen faire Haushaltsverhandlungen, und vor allem wünsche ich uns Kraft für langfristig tragfähige Weichenstellungen zum Wohle unserer Stadt.

(Beifall bei den Grünen)

Der Vorsitzende: Werte Kolleginnen und Kollegen, wir sind jetzt etwa 20 Minuten schneller, als es der Zeitplan vorgesehen hat, und in Anbetracht dessen, dass wir noch etwa die Hälfte des Programms vor uns haben, schlage ich vor, dass wir jetzt noch eine weitere Haushaltsrede zulassen und dann in die Pause eintreten.

Das Wort bekommt für die KULT-Fraktion Herr Stadtrat Erik Wohlfeil.

Stadtrat Wohlfeil (KULT): Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister! Politik lebt von Frische und Energie. Ich hoffe, sie ist auch jetzt noch da, und Sie hören noch zu.

Die Kommunalwahl brachte Karlsruhe neue Frische. So viele junge Menschen und so viele Gruppierungen waren noch nie im Gemeinderat vertreten. Der Gemeinderat wurde zu einem genaueren Spiegelbild der Gesellschaft.

Die Reform der Mandatzuteilung hat zu mehr Vielfalt und zu mehr Möglichkeiten geführt. Auch kleine Gruppen bekamen eine echte Chance. Die Bürgerinnen und Bürger dankten es. Die Wahlbeteiligung war so hoch wie seit 20 Jahren nicht mehr. Und nicht zuletzt durch das neue Wahlalter ab 16 gingen über 16.000 Menschen mehr zur Wahl als noch 2009. Der Gemeinderat ist jetzt so bunt wie noch nie. Zu den altbewährten Etablierten - damit bist Du zum Beispiel gemeint, Lüppo - traten junge Engagierte wie etwa Max Braun von der Partei Die PARTEI oder ich von den PIRATEN hinzu. Auch dank eines gewitzten Wahlkampfs, der war einfach „Noch besser für Karlsruhe“!

Mit der Karlsruher Liste, der Partei Die PARTEI und den PIRATEN kamen drei Gruppen zusammen, um die Stadtpolitik mit fünf echten Kultfiguren zu bereichern.

(Unruhe, vereinzelter Beifall)

Ans Eingemachte: Bitte blicken Sie einmal auf die Wand hinter mir. Dort sehen Sie, worum es heute geht: Karlsruhe.

Was können wir als Gemeinderat mit dem Haushalt für unser Karlsruhe noch verbessern? Um ehrlich zu sein: Wir aktuellen Stadträtinnen und Stadträte können mit diesem Haushalt noch wenig verändern. Er ist geprägt durch Beschlüsse und Projekte, die vom früheren Gemeinderat stammen; das meiste geht auf die Ära von Oberbürgermeister Fenrich zurück. Umsteuern ist ein gradueller Prozess.

Nichtsdestotrotz: Wir hier im Gremium müssen diesen Haushalt beschließen. Lassen Sie uns die unterschiedlichen Bereiche betrachten:

- Finanzen, Bürgerbeteiligung, Stadtplanung
- Verkehr, Gesundheit, Wirtschaft
- Soziales und Kultur

Finanzen: Die Stadt hat im Allgemeinen eine sehr gut arbeitende Verwaltung. Die Ausstattung mit Personal und Sachmitteln entspricht weitgehend dem Bedarf oder liegt knapp darunter.

Allerdings nehmen die Anzahl und der Umfang der Aufgaben seit Jahren zu. Das bedeutet Mehrkosten, zusätzlich zur allgemeinen Steigerung des Personalaufwands, dem größten Posten auf der Ausgabenseite des Haushalts. Muss das unabänderlich so sein?

Klar, die Gesetze geben viele Aufgaben vor. Und eine lebendige Stadt muss manches mehr übernehmen. Aber muss sich die Stadt jeden Schuh anziehen? Und müssen es Prada-Schuhe sein - oder geht auch Salamander?

(Zurufe, vereinzelter Beifall)

Herr Oberbürgermeister, Sie haben in Ihrer Rede angekündigt: Rückgang der Standards ab 2017. Das ist zu spät. Wir alle haben erkannt, dass vieles nicht bezahlbar ist, und wir müssen handeln. Der Haushalt zeigt ein klassisches strukturelles Defizit. Dem muss die Stadt entgegengesteuern!

Eine ernstgemeinte Aufgabenkritik ist überfällig: Was muss, was kann die Stadt leisten? Worauf kann sie verzichten? Wie kann die Verwaltung noch effizienter arbeiten? Eine solche Reform braucht Reformbereitschaft, in Verwaltung und Gemeinderat. Und sie braucht Bürgerunterstützung in Form eines moderierten Beteiligungsprozesses.

Warum? Ich verweise auf Erfahrungen aus anderen Städten, z. B. mit Bürgerhaushalten. Und ich verweise auch auf unsere eigenen Erfahrungen mit Beteiligungsprozessen, z. B. Stuttgarter Straße und Biovergärungsanlage. Mit dem Votum repräsentativ ausgewählter Bürgerinnen und Bürger hat das Stadtparlament bei Sparbeschlüssen eine gestärkte Position in der Öffentlichkeit.

(Vereinzelter Beifall)

Die Forderung nach Kostensenkung gilt natürlich auch bei den städtischen Beteiligungen. Statt Blankoschecks wollen wir mehr unternehmerisches Denken. Beispiel: Der Umbau der KMK in drei eigenständige Gesellschaften führt laut Haushaltsentwurf zu deutlichen Mehrbelastungen. Bis zum Haushaltsbeschluss muss eine Einsparvorgabe her.

Blicken Sie ergänzend zu den Kosten mit mir erstens auf den Zustand der Werte der Stadt – wie etwa Gebäude – und zweitens auf die Höhe der Kredite. Zusammen betrachtet lässt sich hier erkennen, wie generationengerecht Karlsruhe handelt. Was heute beschlossen wird, dürfen bzw. müssen meine und zukünftige Generationen noch lange erleben und ausbaden. Echte Generationengerechtigkeit – das wäre Kult für Karlsruhe.

(Vereinzelter Beifall)

Finanziell steht Karlsruhe im bundesweiten Vergleich derzeit noch einigermaßen gut da. Unter 400 € Schulden pro Kopf im Kernhaushalt und etwa 3.500 € Schulden pro Kopf bei den städtischen Gesellschaften. Außerdem muss der Betrachter die Rücklagen von fast 200 Mio. € berücksichtigen.

Die Liste der Investitionen aber ist bekanntlich lang. Ohne neue Kredite wird das nicht gehen. Bei knapperen Ressourcen müssen wir zudem effizienter mit dem Geld umgehen. Die neuen Investitionen gehören daher unter die Lupe. Jeder hier im Gremium ist gefordert. Die KULT-Richtschnüre bei der Bewertung sind:

- Investitionen für Pflichtaufgaben und sich refinanzierende Investitionen haben Vorrang.
- Nice-to-have-Projekte nur nach klarer Analyse und Bewertung.
- Lieber günstige Projekte als teure.
- Sanierungen vor Neubauten oder Erweiterungen.
- Und: Wo lassen sich Projekte ohne Verlust an zentraler Funktionalität abspecken?

Im Klartext: weder Elbphilharmonie noch Europahalle, weder Blütenträume noch Billig-Lösung.

Angewendet auf Planungen für die kommenden zehn Jahre:

- Die Sanierungen und Neubauten im Städtischen Klinikum haben Vorrang.
- Das neue Schauspielhaus fürs Staatstheater muss sich einreihen.
- Das neue Stadion kann nur entstehen, wenn sich das Projekt ohne Schönrechnen aus den KSC-Zahlungen refinanziert.

Kreditaufnahmen in begrenztem Umfang sind sicher vertretbar, Herr Oberbürgermeister. Aber eben nicht für alles. Und die Hebesätze von Gewerbe- und Grundsteuer zu erhöhen, kann immer nur das letzte Mittel sein.

Planung ist das eine, Schlussrechnung das andere. Positiv und von der Öffentlichkeit unbemerkt: Die meisten Projekte der Stadt laufen im Kostenrahmen ab - hier arbeitet die Verwaltung einwandfrei.

Negativ: Immer, wenn ein Projekt politisch motiviert ist, immer, wenn aufwändig ist, immer, wenn es umstritten ist, dann wird zu knapp kalkuliert, dann werden die Verteuerungen erst im Nachhinein erkannt. Beispiele aus der Vergangenheit und Gegenwart: Messe, Europabad, Kombilösung.

Auch aus der laufenden Rathaussanierung müssen wir die richtigen Schlüsse ziehen. Ein Umzug des gesamten Rathauses in leere Büroräume und dann Sanieren, hätte Geld gespart. Und Nerven geschont. Wie sollen sich Mitarbeiter konzentrieren, wenn direkt neben ihnen Handwerker Fensternischen aushauen und neue Fenster einsetzen?

Frau Luczak-Schwarz, zusammen mit der Verwaltung müssen wir klären, wann und warum Projekte aus dem Ruder laufen. Insbesondere die jeweiligen Finanzbürgermeister müssen Treiber dieses Erkenntnisgewinns sein. Die früheren Finanzbürgermeister bzw. Finanzbürgermeisterinnen waren das nicht in ausreichendem Maße. Wir setzen daher auf Sie, Frau Luczak-Schwarz.

(Vereinzelter Beifall)

Zurück zum Prozess, die Kosten zu senken. In den kommenden Haushaltsberatungen werden wir die strukturellen Probleme nicht lösen können. Das bedeutet vielmehr Arbeit für die Strukturkommission, die in den vergangenen Jahren zu selten zusammenkam und zu wenig bewegt hat.

Ein Letztes zum Thema Finanzen: die Pacht für den Wildpark. Im letzten Haushalt argumentierte die Verwaltung, Zitat: „Im Falle eines Aufstiegs in die zweite Liga wäre die Miethöhe auf Anpassung zu prüfen.“ - Zitatende.

Das muss jetzt endlich geschehen, auch mit Blick auf die enormen Planungsleistungen, die die Stadt für den Neubau eines Stadions erbringt.

(Vereinzelter Beifall)

Sicherheit und Freiheit. Aus aktuellem Anlass sage ich ein paar Worte dazu. Sicherheit und Freiheit sind Voraussetzungen für ein funktionierendes Gemeinwesen.

Sicherheit heißt, dass mir keine Gefahr droht. Existenzsicherung, Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit geben Sicherheit. Ebenso das Gewaltmonopol des Staates. KULT erwartet daher vom Land, dass die Polizei besser finanziert und personell gestärkt wird.

(Vereinzelter Beifall)

Der Kommunale Ordnungsdienst dagegen schafft keine Sicherheit. Der KOD kostet nur eine Menge Geld. Ich erinnere an das strukturelle Defizit und die überfällige Aufgabenkritik.

Sicherheit ergibt sich aus dem Vertrauen, dass der andere keine Gefahr für mich ist. Gegenseitige Anerkennung, gelebte Toleranz, gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität und Zivilcourage geben Sicherheit.

Ohne Freiheit entwickelt sich eine Gesellschaft nicht weiter. Mehr zu dieser These will ich Ihnen am Ende erläutern. Freiheit bedeutet Möglichkeiten, eigene Entscheidungsoptionen. Denn jeder ist anders. Keine zwei Menschen sind gleich. Jeder gestaltet sein Leben anders. Von dieser Individualität und Vielfalt lebt die Freiheit.

Multikulturalität ist ein Aspekt von Vielfalt, Individualität und Freiheit. Die Anschläge von Paris werden an dieser, unserer Überzeugung nichts ändern.

(Vereinzelter Beifall)

Karlsruhe ist die Stadt des Rechts. Bundesverfassungsgericht und BGH bilden Säulen der Demokratie. Wir alle wissen: Das Einbinden der Menschen in demokratische Entscheidungen schafft Akzeptanz und ist die wirksamste Methode gegen Politikverdrossenheit. Einbinden bedeutet Informieren und Beteiligen. Diese einfache Erkenntnis steht hinter Open Government. Wir von KULT wollen, dass Karlsruhe auch dafür Synonym wird.

Wie entsteht eine offene Stadt, eine offene Verwaltung, ein offenes Regieren? Was sind die Voraussetzungen für Open Government? Eine Grundvoraussetzung ist Information, Information aus allen Bereichen der Stadt. Hinterzimmer-Entscheidungen und das Amtsgeheimnis sollen weitgehend im letzten Jahrtausend bleiben. Die KULT-Fraktion fordert deshalb ein energisches Fortschreiten auf dem Weg in Richtung Open Government. Eine Satzung zur Informationsfreiheit ist dafür der rechtliche Rahmen. Sie garantiert einen schnellen und einfachen Zugriff auf Informationen aus dem Gemeinderat, aus der Stadtverwaltung und den stadteigenen Betrieben. Bei Anfragen müssen die Hürden niedrig sein. Das bedeutet auch: keine hohen Gebühren.

Die Stadt muss die meisten Daten von sich aus bereitstellen, in einer Form, die per Computer weiterverarbeitet werden kann, unter einer Lizenz, die die Weiternutzung erlaubt. Ein solches Konzept wird Open Data genannt. Dabei profitieren die Stadt und all ihre Bewohner, etwa durch verständlich aufbereitete städtische Finanzen, genaue und frei zugängliche Geodaten auf Smartphones und vieles Weitere mehr.

So wie von Ihnen, Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Rede aufgegriffen, sollten in der Gaming-Hochburg Karlsruhe auch computergestützte Spielformen zum Einsatz kommen. Denn Beteiligungsprozesse sollten schon von der Form her attraktiv sein. Die Stadt kann Start-Ups und anderen Unternehmen Anreize schaffen für die beste Nutzung der Daten, beispielsweise indem sie Auszeichnungen vergibt.

Open Government bringt eine für alle gesellschaftlichen Gruppen offene Bürgerbeteiligung. Open Government ist somit die Voraussetzung für eine moderne Stadtverwaltung im 21. Jahrhundert.

(Vereinzelter Beifall)

Jedoch: Je intensiver die Städte heute Daten sammeln und zur Steuerung nutzen, desto wichtiger werden demokratische Kontrollinstanzen, desto wichtiger wird ein funktionierender Datenschutz. Eine smarte City besitzt das Potenzial zum Überwachungs Albtraum. Das alles ist keine Vision, sondern real. Über interaktive Verkehrsleitsysteme, durch Daten der Wasser- und Energienutzung aus smarten Zählern, über das mobile Kommunikationsverhalten lassen sich Persönlichkeitsprofile zusammensetzen. Zudem können all diese Daten gehackt werden. KULT setzt sich dafür ein, die Position des oder der Datenschutzbeauftragten in der Stadtverwaltung zu profilieren und hochqualifiziert zu besetzen.

(Vereinzelter Beifall)

Stadtplanung, Verkehr, Gesundheit, Klimawandel, grünes Karlsruhe: Dies ist beileibe kein Sammelsurium. Herr Oberbürgermeister, ich habe mir Ihre Haushaltsrede beim Abschnitt „Grüne Stadt“ als Vorbild genommen. Sie schlagen dort einen großen Bogen:

- von der räumlichen Verdichtung
- über die Klimaherausforderung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts,
- über die Bedeutung von Freiräumen für die Gesundheit
- hin zu einer Gesamtkonzeption, die bestehende Leitbilder verknüpft, wie
 - integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK,
 - Räumliches Leitbild,
 - Verkehrsentwicklungsplan,
 - Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzepte.

Auch wollen Sie das Thema Bauqualität, Stadtbild und Stadtentwicklung stärker in diese Gesamtkonzeption einbringen – unsere Unterstützung haben Sie.

(Vereinzelter Beifall)

Sie, Herr Oberbürgermeister, fordern eine Einigung darüber, was die Grundidee dieser Stadt ist. Dazu regen Sie an, sich konsequent auf ein räumliches Leitbild zu verständigen. Für KULT bedeutet dies:

1. die Stadt vom Schloss als zentralem Punkt nach Westen, Süden und Osten denken.
2. die Stadt von der Südtangente her erschließen.
3. die Stadteingänge aus allen Richtungen gestalten. Schon am Stadtrand muss Karlsruhe ein faszinierendes Gesicht zeigen.

Die Stadt ist hier auf einem guten Weg. Der ursprünglich absolutistisch geplante Raum wird nun demokratisch legitimiert, erweitert und noch lebenswerter gemacht. So wird Karlsruhe Kultcharakter in Europa bekommen.

Dabei gilt es der Herausforderung „wachsende Stadt“ zu begegnen. Die Grenzen des Wachstums gibt aber nicht nur die endliche Fläche vor, sondern auch das Leitbild der lebenswerten, gesunden Stadt. Dazu gehört funktionierender Verkehr. Fahrradschnellstraßen in der Stadt und in die Region sowie ein stadtinternes Elektromobilitätskonzept sind dafür zwei herausragende Zukunftsideen.

Sorgen macht der ÖPNV. Wir müssen bis 2019 Kosten eindämmen oder zusammen mit den umliegenden Kreisen die Finanzierung reformieren, wenn wir seine Attraktivität erhalten wollen. Zugleich muss mit der Stadtplanung der Verkehr vereinfacht, unnötiger

Verkehr reduziert werden. Trotzdem wird es an der einen oder anderen Stelle neue Straßen geben müssen, Beispiel Südumgehung Hagsfeld.

Die Sanierung von Straßen und Brücken muss gegenüber dem Neubau im Vordergrund stehen. Verkehrsberuhigung statt dem Dogma der schnellen Erreichbarkeit mit dem Auto, siehe Verkehrsentwicklungsplan.

Verkehr ist außerdem Lärmursache Nummer 1. Den einfachsten und günstigsten Lärmschutz bringen Verkehrsvermeidung und Entschleunigung. Auch bei diesem Thema steht die KULT-Fraktion an Ihrer Seite, Herr Oberbürgermeister. Beim Lärmschutz nicht nur das Allernötigste tun, vielmehr weitere Ziele setzen. Nicht nur die Dauerpegel einhalten, die Lärmspitzen stellen insbesondere nachts ein typisches und gravierendes Großstadtproblem dar. Lärm macht krank.

Zum Schutz der Gesundheit bedarf es auch einer guten medizinischen Versorgung. Daher setzt sich KULT massiv für Neubau und Sanierung im Städtischen Klinikum ein. Zugleich werden dadurch die laufenden Kosten durch ineffiziente räumliche Strukturen sinken.

Meine Fraktion trägt mit:

- die Betriebskostenzuschüsse für Sanierungsmaßnahmen
- die Investitionszuschüsse für den Neubau
- die internen Darlehen ans Klinikum

Der Erhalt der Krankenhausversorgung ist die zentrale kommunale Aufgabe der nächsten Jahre.

(Vereinzelter Beifall)

Neben den unmittelbaren Einflüssen wie Lärm und Hitze gibt es mit dem Klimawandel eine langfristige Umweltherausforderung. KULT wird sich bei der Energiewende mit dem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 einbringen.

Ebenso langfristig von Bedeutung für unsere Gesellschaft: Bildung. Bildung sorgt für mündige Bürger als Basis einer funktionierenden Demokratie. Unsere Stadt als Schulträger muss die Schulen mehr als ordentlich ausstatten. Mit voller Unterstützung der KULT steckt die Stadt Geld in die Bildungsinfrastruktur:

- etwa 8 Mio. € laufende Mittel pro Jahr,
- etwa 3,4 Mio. € jährlich für Sachausstattung,
- um etwa 10 Mio. € pro Jahr steigen die Budgets der Bauunterhaltung,
- und die Investitionsmittel steigen 2015 um 20 bzw. 2016 um 30 Mio. €

Nutznießler auch in den beiden letzten Fällen sind vor allem Karlsruher Schulen, übrigens auch die Europäische Schule mit 8 Mio. €.

Unterstützung brauchen zudem die zahlreichen Träger und Vereine, die Bildungsaufgaben übernehmen. Für unsere Wirtschaft sind gut gebildete Menschen entscheidend. KULT sieht sich in der Stadtpolitik explizit auch als Vertreter der Schüler, Auszubildenden und Studierenden.

Am KIT sehen wir, Karlsruhe ist eine Stadt mit vielen jungen Talenten. Dies spiegelt sich darin, dass Karlsruhe viele neue Start-Ups hervorbringt. Wir müssen weiter daran arbeiten, gute Bedingungen für Gründungen zu schaffen und zu erhalten. Junge Betriebe sorgen für vielfältiges Gewerbe und einen Arbeitsmarkt, der nicht nur von einer Branche abhängt.

Open Government und eine gute Internet-Infrastruktur sind zwei unverzichtbare Standbeine für Karlsruhes Attraktivität bei Start-Ups. Informationstechnik und Internet spielen eine zentrale Rolle in Karlsruhe. Sie sind Technologietreiber. Sie bringen stetig Innovationen. Das Internet ist als das Kommunikationswerkzeug unverzichtbar geworden. Kaum ein Unternehmen kommt heute ohne Breitband-Anschluss aus. Die verfügbare Internet-Geschwindigkeit ist für viele ein wichtiges Kriterium bei der Wohnungs- oder Bürosuche.

Diese bedeutsame Infrastruktur können wir als Stadt nicht nur privaten Anbietern überlassen. Für eine Vorreiterrolle in der Internet-Versorgung müssen wir auf eine dichte Infrastruktur aus Glasfaser setzen. Die Stadt Karlsruhe sollte deshalb mittelfristig eine Leerrohr-Infrastruktur schaffen. Leerrohre in kommunaler Hand erlauben, dass verschiedene Anbieter Anschlüsse anbieten und die Preise aufgrund gesunden Wettbewerbs niedrig bleiben.

Vorletzter Punkt: Soziales. Zu den zentralen Herausforderungen gehören die Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus und die Beschaffung von Wohnungen für Menschen ohne Chance auf ein Dach. Ein wesentliches Merkmal unserer Haushaltsanträge bleibt die Unterstützung freier Träger und von kleinen Gruppierungen; besonders für jene, die sich um die kümmern, die am Rand der Stadtgesellschaft lebend. Mancher Posten dazu findet sich im aktuellen Entwurf wieder. Manches wird jedes Jahr erhöht. Anderes ist über Jahre gleich bedacht. Beides halten wir nicht in jedem Fall für sinnvoll. Wo Träger beispielsweise regelmäßig erhöhte Mieten zahlen, zwingen stagnierende Einnahmen, das Angebot zu reduzieren. Wenn sich solche Einrichtungen an uns wenden, unterstützen wir sie deshalb häufig.

Das hat auch Kostengründe. Die Stadt kann viele Aufgaben delegieren. Darum muss angesichts des strukturellen Defizits vor jedem Zurückholen von Leistungen in städtische Hoheit immer nach dem richtigen Weg gefragt werden: Ist eine höhere Förderung qualifizierter freier Träger auf Dauer doch die preiswertere Lösung?

Der aufgrund rechtlicher Vorgaben stetig steigende Sozial- und Jugendetat wird sich allerdings nicht allein durch städtische Anstrengungen sanieren lassen. Dies erfordert deutlich höhere Zuweisungen vom Land und vor allem vom Bund.

(Vereinzelter Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der GroKo: Machen Sie Ihren Abgeordneten Feuer unterm Hintern. Werden Kommunen nicht besser ausgestattet, dann gehen nicht nur Rostock und Oberhausen nahezu pleite, dann droht das sogar Münster oder Karlsruhe.

Das Land dagegen nehmen wir bei den Flüchtlingen in die Pflicht. Nur zwei Sätze dazu: Nicht nur wir von KULT haben uns angesichts der Begrüßung und Behandlung der hier ankommenden Menschen oft fremdgeschämt. Ein Lichtblick waren da die unzähligen freiwilligen Helferinnen und Helfer.

Zur Unterstützung der freien Hebammen will die KULT-Fraktion die Bedingungen erleichtern, unter denen sie arbeiten - zum einen durch finanzielle Angebote für Leistungen, die die Stadt an Hebammen delegieren kann, zum anderen beim Thema Geburt. Es gibt in der Stadt hervorragende Angebote, wo und wie Frauen ihr Kind zur Welt bringen können, auch im Klinikum. Doch auch Alternativen soll die Stadt ermöglichen: Es fehlt derzeit ein Geburtshausangebot in Karlsruhe. Schon dass derzeit der Wunsch der Eltern nach einer Geburtshausentbindung lauter kleine Pfälzer produziert, sollte Ansporn sein.

Nächste Aufgabe: Ein sozialer Arbeitsmarkt für Menschen, die auf dem ersten Arbeitsmarkt chancenlos sind. 600.000 € pro Jahr sind für kommunale Arbeitsförderung für Langzeitarbeitslose vorgesehen. Dieses Geld lohnt sich. KULT wird dieses Thema eng begleiten.

Das Gleiche gilt für den Karlsruher Pass. Er macht die Teilhabe aller Menschen an den Angeboten und Leistungen dieser Stadt möglich. Über Jahre betrieb die KAL die Wiedereinführung; viele Fraktionen in diesem Haus sorgten für eine attraktive Ausgestaltung des Passes. Dass aber kaum die Hälfte der Berechtigten ihn beantragt hat, enttäuscht uns. Wir fragen uns, woran das liegt. Wir bleiben dran. Wir fragen nach, wie erfolgreich diese Angebote sind, was sie attraktiver machen kann. Wir fordern mehr Öffentlichkeitsarbeit zur kommunalen Arbeitsförderung und zum Karlsruher Pass.

Es geht um Teilhabe – auch an der Kultur in Karlsruhe. Kultur in Karlsruhe ist nicht nur Kultur von der Stadt. Sie ist nicht nur Kultur von den staatlichen oder staatsnahen Einrichtungen. Vielmehr prägen insbesondere die vielen Aktiven die Karlsruher Kultur. Von der freien Szene und studentischer Kultur können viele große Kulturtanker lernen, gerade beim effizienten Umgang mit Geld.

Beispielhaft will ich einige unterstützenswerte Zukunftsprojekte nennen:

- neue Mediathek, entstanden aus der Stadtbibliothek, eventuell in Kooperation mit der Wirtschaft und anderen Kultureinrichtungen,
- geeignete neue Räume für Konservatorium und Stadtmuseum,
- Zugang zum kleinen Saal im Substage,

- und die weitere Sanierung des Tempels.

Die Kultur in diesem Jahr wird sehr stark vom Stadtjubiläum geprägt sein, ein Fest für alle Einwohnerinnen und Einwohner sowie für Gäste von nah und fern. Insbesondere die „Globale“ soll weit in die Welt strahlen. Wir freuen uns auf diese übersommerlange Feier, auf dieses kultige Jahr.

Was also ist Kult? Ich sprach vorhin von Freiheit. Freiheit und Vielfalt und unterschiedliche kulturelle Hintergründe führen dazu, dass jeder Mensch immer neue, unterschiedliche Eindrücke bekommt und diese unterschiedlich nutzt. Die Auseinandersetzung mit anderen Gedanken befruchtet, sie ist die wichtigste Quelle für frische Ideen und Kreativität. Wissenschaftliche, technische und ökonomische Innovation ist die Stärke Karlsruhes, sie sorgt für Fortschritt.

Diese Freiheit müssen wir schützen: mit Zusammenhalt, Solidarität, Zivilcourage und gegenseitiger Anerkennung. KULT setzt auf Bürgerinnen und Bürger, die ihr Leben selbstbewusst gestalten. Dazu braucht die Gesellschaft Vernunft, Verstand, Rationalität, die Errungenschaften der Aufklärung. Dazu eine Bildung, die all dies liefert.

Zusammen machen diese Werte und Qualitäten die Stadtgesellschaft erfolgreich. Entsprechend wird meine Fraktion bei der Beratung und Veränderung des Haushaltsentwurfs die Faktoren unterstützen, die zum nachhaltigen Erfolg unseres Gemeinwesens beitragen.

Individualität, Vielfalt und Freiheit: Das ist Karlsruhe!

Innovation, Technik und Wissenschaft: Das ist Karlsruhe!
Zusammenhalt, Solidarität und Gerechtigkeit: Das ist Karlsruhe!

Toleranz, Anerkennung und Menschlichkeit: Das ist Karlsruhe!

Bildung, Vernunft und Babyeinhörner: Das ist Karlsruhe!

(Heiterkeit)

Das alles ist Karlsruhe. Und das alles ist KULT!

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Der Vorsitzende: Vielen Dank für diese insgesamt - auch was die Zeitachse betrifft - sehr disziplinierten Reden. Ich darf jetzt die Pause ausrufen. In Anbetracht dessen, dass sehr viel Zeit eingespart wurde, schlage ich Ihnen vor, dass wir um 19:20 Uhr die Sitzung fortsetzen.

Ich würde bitten, auch in Anbetracht des Respekts vor denen, die dann die nächsten Reden halten, dass alle die, die sich aus welchen Gründen auch immer, jetzt aus dem Rathaus entfernen, dann um 19:20 Uhr wieder da sind, bis auf die offiziellen Vertreter, die die einzelnen Fraktionen zur Mahnwache benannt haben.

(Unterbrechung der Sitzung von 18:39 - 19:24 Uhr)

- Wir setzen die Sitzung fort. Es sind die benannten Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen noch bei der Mahnwache geblieben. Alle anderen sind zurückgekehrt, so weit ich das überblicken kann. Insofern sind wir vollzählig.

Wir setzen die Haushaltsreden fort. Das Wort hat Herr Stadtrat Tom Høyem für die FDP-Gemeinderatsfraktion.

Stadtrat Høyem (FDP): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren! Wir haben vor zwei Jahren Ihre Wahl in Ihr Amt mit wohlwollender Neutralität verfolgt.

(Heiterkeit)

Und mit eben dieser wohlwollenden Neutralität waren wir jetzt auch gespannt auf Ihre erste Haushaltsrede. Und ich will - nein: ich muss - gleich zu Beginn sagen, bei allem Wohlwollen: Diese Rede ist Ihnen nicht wirklich gelungen.

Beginnen will ich mit einem ehrlichen Wort der Anerkennung. Sie sind angetreten mit dem konzeptionellen Dreiklang "zuhören - verbinden - gestalten". Und in der Tat haben Sie gezeigt, dass Sie zuzuhören bereit sind und dass Sie die Gabe der Kommunikation haben. In so schwierigen und komplexen Fragen wie dem mit Baustellen gepflasterten Weg zur Kombilösung und der Stadionfrage haben Sie mit Geschick das Heft in die Hand genommen und Dampf aus dem Kessel gelassen. Zuhören und verbinden. Das hat der Stadt gutgetan.

Aber wie steht es mit dem dritten Selbstanspruch, dem "Gestalten"? Das ist es ja schließlich, woran die Arbeit eines Oberbürgermeisters letztlich gemessen wird. Auch wir haben Ihnen hier in den ersten beiden Jahren Ihrer Amtsperiode Zeit gelassen, wie sich das gehört. Umso gespannter waren wir deshalb auf Ihre erste Haushaltsrede und die Fingerzeige darin, wohin Sie diese Stadt mit uns führen wollen. Die Engländer haben einen deutlichen Unterschied zwischen Management und Leadership. Management bedeutet zuhören und verbinden, aber das ist lange kein Leadership. Leadership bedeutet leidenschaftliche und passionierte Überzeugungen, vermittelt durch klare Visionen. Warum wollten Sie eigentlich in Karlsruhe Oberbürgermeister werden? Wohin wollen Sie Karlsruhe führen? Jetzt haben Sie zugehört und verbunden. So weit, so gut. Es ist Zeit für Leadership und Visionen, Zeit für das Gestalten, Zeit, Chancen zu ermöglichen.

Gestalten bedeutet mehr als abkassieren.

Ich beginne mit dem so fundamental wichtigen Thema des Umgangs mit öffentlichen Geldern. FDP-Politik ist es seit je her, zunächst zu prüfen, wie man Ausgaben senken kann, und erst dann zu schauen, wie man den Bürger zur Kasse bitten kann. Sie, Herr Oberbürgermeister, schlagen uns das glatte Gegenteil vor. Die Steuern wollen Sie heute erhöhen und die Überprüfung von Qualitäten und Angeboten verschieben auf den nächsten Doppelhaushalt. Sie wissen, dass Kürzungen und Strukturänderungen notwendig sind, aber den erwartbaren Ärger wollen Sie zwei Jahre verschieben. Deshalb

sind Sie, mit Respekt, für diesen Doppelhaushalt nur Verbalsparer. Für die Bürger liest sich das so: Zahlen müsst ihr – heute. Sparen werden wir – morgen. Vielleicht. Das ist die falsche Botschaft nach draußen. Wollen Sie, Herr Oberbürgermeister, nach langen Jahren des soliden und verantwortlichen Wirtschaftens in Karlsruhe wirklich die alten Vorurteile gegen die SPD und ihren angeblich leichtfertigen Umgang mit öffentlichen Geldern bestätigen?

(Unruhe und Widerspruch aus den Reihen der SPD)

Bei allem geht es uns in Karlsruhe wirtschaftlich ausgezeichnet. In Zeiten, in denen die Einnahmen so sprudeln, sollten wir bedenken, dass uns die nächste Generation vorwerfen und spüren lassen wird, wenn sie unsere Schulden abtragen und unsere Renten finanzieren muss. Das große amerikanische Institut Forbes hat gerade, wie jedes Jahr, die Rangliste über die Wirtschaftsfreundlichkeit von 146 Ländern veröffentlicht. Ich bin zu bescheiden zu nennen, welches Land Nummer eins ist, aber Deutschland ist nur Nummer 20. In diesen Zeiten, in denen die regierende Große Koalition in Berlin und auch die rot-grüne Regierung in Stuttgart munter der Wirtschaft weitere Lasten aufbürden - z. B. auch mit Änderungen im Gewerbesteuergesetz, die negative Konsequenzen für den Mittelstand gehabt haben, wenn die Gewerbesteuermesszahl berechnet wird -, wollen wir dann in Karlsruhe noch eine weitere Last draufpacken? Wollen wir in Baden-Württemberg und besonders in unserer Technologieregion nicht wenigstens vorne in Deutschland sein? Das tut man leider nicht mit Ihrer sozialdemokratischen Steuererhöhung. Wir Liberalen verstehen, dass Frau Bundeskanzlerin Merkel öffentlich ausgedrückt hat, dass sie Sehnsucht nach ihrem Idealpartner, der FDP, hat.

(Heiterkeit auf der linken Seite des Hauses)

Herr Klaus Michael Baur schreibt in den BNN: „In der Politik sind Traditionen schnellen Sichtweisen gewichen.“ Sie führen aus, dass Sie eine Verstetigung der Steuereinnahmen anstreben. Dabei haben Sie unsere Unterstützung. Und Sie teilen uns mit, dass genau eine solche Planung bei der Gewerbesteuer schwierig sei. Ja, es ist schwierig, aber, wie die Kämmerei bestimmt bestätigen kann, ist die Gewerbesteuer nicht nur schwierig, sondern sehr ungerecht. Mit den so genannten Hinzurechnungen besteuert man auch gewinnunabhängige, betriebswirtschaftlich völlig widersinnige, künstlich geschaffene Beträge, auch wenn das Unternehmen Verlust schreibt. Herr Oberbürgermeister, ziehen Sie doch aus dieser Erkenntnis die Konsequenz und kämpfen Sie in den kommunalen Spitzenverbänden dafür, die Gewerbesteuer völlig abzuschaffen

(Unruhe, vereinzelter Beifall, **Stadtrat Dr. Fischer/KULT:** Nein!)

und durch geeignete Hebesätze auf die Einkommenssteuer zu ersetzen. Dieser Kampf ist den Schweiß der Edlen wert, wir wissen es, Herr Oberbürgermeister. Die FDP kämpft seit Jahren für dieses so wichtige Anliegen der Kommunen vergeblich.

(Anhaltende Unruhe)

Sie brauchen nicht wie die Bundeskanzlerin Sehnsucht nach der FDP zu haben. Wir sind hier, und wir warnen vor Ihren Steuererhöhungen. Spannend ist es jetzt, ob eine Mehr-

heit in diesem Gemeinderat wirklich bereit ist, wirtschaftsschädliche Steuererhöhungen durchzusetzen. Die FDP wird das nicht tun. Wir sind hier, und wir werden Chancen ermöglichen.

Und das alles wegen erhoffter 10 Mio. € brutto, oder nach Finanzausgleich etwa 7 Mio. € netto. Der Betrag steht in einem so krassen Missverhältnis zur Höhe der anstehenden Investitionen, dass jedem klar sein muss, dass hier die Lösung für den Haushaltsausgleich auch nicht im Ansatz zu finden ist.

(Zuruf **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Auf die Idee, wegen eines solchen Betrags die Vielzahl von kleinen und mittleren Unternehmen in Karlsruhe zu belasten und sich im Wettbewerb um die Ansiedlung neuer Unternehmen gegenüber dem Umland selbst ins Knie zu schießen, muss man erst einmal kommen. Sie, Herr Oberbürgermeister, sprechen in Ihrer Haushaltsrede davon, dass wir den aktuellen Schwung der Entwicklung Karlsruhes nutzen wollen.

Die Kombilösung ist so ein Schwung der Entwicklung. Die Tunnelbohrmaschine fährt unaufhaltsam voran, und die Bauarbeiten in der Innenstadt sind in einigen Jahren zu Ende. Danach wird unsere Innenstadt für Wohnen für Familien immer interessanter. Diesen Themenkomplex haben Sie in Ihrer Rede ausgeklammert. Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, sagen wir klar und unmissverständlich: Wieso müssen so viele Behördenzentren in der Innenstadt angesiedelt sein? Verstehen tun wir Liberalen dieses schon lange nicht.

Sie haben jetzt mit der aus unserer Sicht falschen Entscheidung die Verlagerung des Busbahnhofes an die Fautenbruchstraße durchgesetzt. Das große Grundstück am Hauptbahnhof Süd ist nun frei, um dort ein Behördenzentrum zentral unterzubringen, mit preiswertem Wohnraum in den Obergeschossen z. B. für Studenten. Die freierwerdenden Gebäude könnte man vielen Familien zum Wohnen in der Innenstadt anbieten. Dies sollte ein Oberbürgermeister mit Lust und Mut zum Gestalten schon heute angehen, denn unser Wohnungsmarkt ist und wird die nächsten Jahre sehr angespannt bleiben. Unsere Stadt wächst jedes Jahr um einige tausend Mitbürgerinnen und Mitbürger. Deshalb ist es unabdingbar, dass wir mehr Wohnraum in der Innenstadt anbieten können. Die FDP-Gemeinderatsfraktion wird zu diesem Thema die Initiative ergreifen und mit einem entsprechenden Antrag an den Gemeinderat herantreten und bitten Sie schon heute um Ihre Unterstützung - auch Sie, Kolleginnen und Kollegen -, denn bei genauer Betrachtung muss jedem von uns klar sein, dass Wohnen in der Innenstadt für viele Menschen immer erstrebenswerter sein wird. Hier müssen wir Chancen ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Damit komme ich zu den anstehenden Investitionen. Die Finanzbürgermeisterin beklagt, dass die mittelfristige Finanzplanung nicht erfreulich sei, obgleich wir bei der Ertragssituation historische Höchststände erreichen. Klarer kann es nicht gesagt werden. Wir haben in Karlsruhe kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Und deshalb nochmals, Herr Oberbürgermeister: In dieser Situation können wir es uns einfach

nicht leisten, zwei Jahre mit der Analyse von Aufgaben und Ausgaben zu warten. Das ist auch der Weg, der zu einer Finanzierbarkeit der ehrgeizigen Großprojekte führt und bezüglich derer viele Bürger verständlicherweise fragen, wie wir denn das alles stemmen wollen.

Lassen Sie mich dazu einige Fragen stellen, die wir in Ihrer Rede vermisst haben. Ich denke, dass ich gut zugehört habe, aber das Wort Kultur haben wir in Ihrer Rede nicht gehört. Vielleicht ist es nur Zufall, aber tatsächlich haben wir Sie bis jetzt nicht als besonders an Kulturthemen interessiert erlebt, auch nicht in Ihrem sonst sehr positiven Weihnachtsgruß.

Natürlich steht die FDP zu unseren kulturellen Einrichtungen. Aber ist es denn verantwortlich, Planungen für einen umfassenden Ringtausch anzugehen, ohne dass vorab der jeweilige Bedarf kritisch und von neutraler Stelle hinterfragt wird? Wird der Flächenbedarf einer Stadtbibliothek nach Bewertung des veränderten Nutzerverhaltens im digitalen Zeitalter wirklich einen Flächenzuwachs rechtfertigen? Muss denn am Ende einer Neuordnung das Prinz-Max-Palais wirklich komplett zum Literaturhaus werden? Muss denn die Stadt für Flächen, die leer werden, krampfhaft die nächste städtische Nutzung suchen?

Wir brauchen nicht unendliche und sehr teure externe Prüfer zu holen. Karlsruhe leidet an einer sehr teuren Krankheit. Sie heißt Prüferitis. Ich bin glücklich, dass unsere Steuerzahler nicht wissen, wie viel Geld wir für externe Prüfungen hinausgeschmissen haben.

(Stadtrat Lancier/KULT: Ich würde es gerne wissen!)

Oft reicht es mit einem gesunden Menschenverstand. Können denn Häuser zum Beispiel nicht einfach verkauft werden? Für das Haus Solms hatten wir das vor wenigen Jahren bereits vorgeschlagen.

(Beifall bei der FDP)

Immer nur überall mehr: mehr Flächen, mehr Kosten, mehr Personal. Das geht nicht. Die eigenen Ressourcen klug und effektiv einsetzen, das ist der Königsweg. So, wie Häuser leer werden und abgegeben werden können, gibt es auch Aufgaben der Stadtverwaltung, die sich im Laufe der Zeit erledigt haben - in allen Bereichen. Kein Unternehmer würde überleben, wenn er nicht ständig Rechenschaft darüber ablegt, ob die Ausgaben von gestern auch heute noch gerechtfertigt sind. Wie gesagt: ständig. Und nicht erst in zwei Jahren. Das ist eine Pflichtaufgabe in Verantwortung vor unseren Bürgern, Herr Oberbürgermeister. Dann lassen sich Mittel umschichten, dann lassen sich auch neue Aufgaben ohne neue Ausgaben meistern. Dann können wir Chancen ermöglichen.

Wir stehen auch zu unserem Klinikum als Haus der Maximalversorgung. Aber das heißt noch lange nicht, dass wir der Kostenexplosion bei den Investitionsplänen unkritisch gegenüber stehen können. Immerhin erfordern die anstehenden Investitionen von ungebremsten nahezu 300 Mio. € den höchsten Finanzbedarf städtischer Projekte nach der Kombilösung, was in der Öffentlichkeit recht wenig beachtet wird. Mehr als bedau-

erlich ist da, dass die Kraft zur Eigenfinanzierung gerade in den letzten Jahren durch Betriebsverluste rapide abnimmt. Wohin treiben die Kosten der Investition? Rechnen wir uns den Landeszuschuss nicht blauäugig hoch? Wie viel wird da wirklich am Ende bei der Stadt hängen bleiben, Herr Klinikdezernent? Und auch hier steht unsere Frage nach einer begleitenden, verlässlichen und realistischen Aufgabenkritik. Sind denn die vor Jahren erstellten Investitionskonzepte nicht schon vor Baubeginn durch die heutige Realität des Gesundheitswesens, das sich in einem dramatischen Umbruch befindet, veraltet? Ist die innere Organisation des Klinikums noch zukunftsbezogen? Und ist es nicht Zeit, durch Kooperationen mit anderen Kliniken vor Ort und in der Region Synergien zu gewinnen? Hier ist es wirklich sinnvoll, Chancen zu ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Vertrauen in die Bürger statt Entmündigung. Lasst dem Bürger, was des Bürgers ist! An dieser so wichtigen Nahtstelle zwischen Stadtverwaltung und Bürgerschaft unterscheiden wir uns, Herr Oberbürgermeister, wie die zurückliegende Zeit gezeigt hat, von Ihnen und von einer Mehrheit des Gemeinderats. Ich will dazu ein Thema aufgreifen, bei dem Sie alle aufstöhnen werden: die blaue Tonne.

(Heiterkeit)

Sie ist beschlossen. Leider. Schwamm drüber. Aber die FDP wird nicht locker lassen, in diesem Haus auf die fatale Grundeinstellung hinzuweisen, die hinter dem Beschluss zur Einführung der Papiertonne steht.

(Zuruf: Geld sparen!)

Es ist das Misstrauen gegenüber den Bürgern, es ist die Entmündigung der Bürger, es ist der fatale Glaube, der Staat kann alles richten. Die tragende Begründung für das bürokratische Ungetüm der Papiertonne war: Damit kann die Stadt Geld verdienen. Das will man den privaten Unternehmern, dem Markt, diesem Ungetüm, nicht überlassen. Welche Arroganz - und schlimmer noch: welches fundamentale Unverständnis über die Grundlagen unseres Wohlstands - steckt hinter dieser Denkweise. Wo ist denn das Problem, wenn ein Privater - Mann oder Frau - einen Markt für sich entdeckt und mit seiner Geschäftsidee Geld verdient? Wenn er damit Gewinne macht, Arbeitsplätze schafft, Steuern zahlt und sich und seine Familie unterhält? Wer gibt denn einer Stadt dann das Recht, hier einzugreifen mit dem Argument, das können wir auch? Ist es nicht im Gegenteil das gute Recht jedes Menschen draußen außerhalb dieses Rathauses, ungestört sein Geld verdienen zu können und sein Leben zu gestalten, ohne dass ihm die Stadt in die Quere kommt, ihm die Idee und das Einkommen, ja letztlich seine Existenz wegnimmt? Warum wollen Sie nicht Chancen ermöglichen?

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, die Wirtschaft braucht Vertrauen und Unterstützung und Planungssicherheit. Die Wirtschaft braucht liberalen Wettbewerb in echter sozialer Marktwirtschaft. Deshalb haben sowohl Ihr höchster Boss, Wirtschaftsminister Gabriel, als auch Frau Bundeskanzlerin Merkel und FDP-Vorsitzender Herr Christian Lindner absolut Recht, wenn sie unterstreichen, dass TTIP, also die Freihandelsverhand-

lungen mit USA und Kanada, als große Zukunftsmöglichkeit für neue Arbeitsplätze und Wachstum in Deutschland sind.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Im Leben nicht!)

Besonders für Baden-Württembergs viele kleinere und mittlere Unternehmen. Die internationalen Großkonzerne haben es viel einfacher, Hinderungen für die freie Marktwirtschaft zu überwinden, als gerade unsere Wirtschaft kleinerer und mittlerer Unternehmen in der TechnologieRegion Karlsruhe. Wir brauchen keinen hysterischen Antiamerikanismus, Antikapitalismus oder Wirtschaftsmisstrauen. Und wir sollen nicht immer - auch in diesem Saal - das Wort Daseinsvorsorge missbrauchen und damit fairen Wettbewerb verhindern.

Gerade mit den TTIP-Verhandlungen können wir Chancen ermöglichen.

(Stadtrat Dr. Fischer/KULT: Im Leben nicht!)

Das sind grundsätzliche Fragen. Und es ist eine grundsätzlich falsche Richtung, die die Stadt hier einschlägt. Da wird die FDP nicht locker lassen. Es gibt viele Fragen, die hier zu stellen sind: Muss die Stadt eigene Handwerker beschäftigen und damit den Handwerkern draußen Konkurrenz machen? Muss sie eigene Architekten, eigene Straßengehner, kommunale Köche, Ärzte und Gärtner beschäftigen? Dahinter steckt doch die fatale Grundüberzeugung: Privat und Markt böse, Stadt gut. Aber der private Unternehmer, das sind Menschen wie Sie und ich, das sind unsere Freunde, unsere Brüder, unsere Nachbarn, unsere Töchter. Schlimm, dass die Staatsgläubigkeit heute Zeitgeist geworden ist und der Wert der Freiheit der Bürger in den Hintergrund gerät. Bezeichnend, dass wir in der Diskussion um die Blaue Tonne selbst die CDU zum Jagen tragen müssen.

(Heiterkeit, Zurufe, **Stadtrat Cramer/KULT: Ihr oberster Chef hat das vorge-macht!**)

Ein Gegenmodell zu immer mehr Staat ist das Karlsruher Modell im Sport. Hier heißt das Prinzip: Hilfe zur Selbsthilfe für unser Ehrenamt im Sportverein. Unsere Vereine bekommen klar geregelte Zuschüsse im investiven Bereich für Bau- und Sanierungsmaßnahmen als auch für Übungsleiter. Ferner gibt es für Jugendliche im Verein außer dem Breitensport Mittel nach bestimmten Kriterien, aber auch für den Leistungssport, der auch ein Imageträger für unsere Sportstadt ist. Beide sind voneinander abhängig - Breitensport und Leistungssport. All dies ist auch ein Förderprogramm für mehr Gesundheit und gegen Bewegungsarmut. Dank der vielen ehrenamtlichen Personen gelingt es uns, Sportentwicklungspläne zu erstellen, die uns für die Zukunft Chancen ermöglichen.

Eine Unterstützung für eine neue Außenpolitik - -

(Weitere Zurufe **Stadtrat Cramer/KULT**)

- Herr Lüppo Cramer, Herr Lüppo Cramer, Herr Lüppo Cramer!

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Cramer, können wir bitte jetzt ein bisschen zur Ruhe kommen da vorne?

(**Stadtrat Cramer/KULT:** Er provoziert mich ständig? - Heiterkeit)

Der Vorsitzende: Das ist Meinungsfreiheit, Herr Cramer, das müssen wir aushalten!

(Erneute Heiterkeit)

Stadtrat Høyem (FDP): Unterstützung für eine neue Außenpolitik.

Aber, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, es ist ja nicht so, dass es neben diesen doch fundamentalen Unterschieden nicht auch Brücken gäbe zwischen uns, die wir als FDP gerne mit Ihnen beschreiten. Zu Recht schlagen Sie den politischen Bogen in die Region. Auch wir sehen es als ein Versäumnis der Vergangenheit, dass Karlsruhe nicht die Rolle gespielt hat, die es als Oberzentrum mit Ausstrahlung in das weite Umland übernehmen muss, und auf die die Region auch wartet. Diese Region ist mehr als der Mittlere Oberrhein. Wir begrüßen Ihre Absicht einer engen Abstimmung mit Straßburg und Baden-Baden. Wir verweisen auf die traditionellen Verbindungen in die Südpfalz, aber auch in den mittelbadischen Raum um Offenburg, und wir bitten Sie, auch Pforzheim und sein Umland nicht zu vergessen, das sich einigermaßen unentschlossen zwischen den Wirtschaftsräumen Stuttgart und Karlsruhe bewegt. Ja, hier können wir Chancen ermöglichen.

Aber da fehlt noch etwas Entscheidendes: unsere direkten Nachbarn. Wir begrüßen die Bestrebungen unserer Kollegen aus diesem Haus, die vorschlagen, mit den Gemeinden des Umlands in Kontakt zu treten. Das begrüßen wir. Nur ist das zu kurz gesprungen. Diese Gemeinden sind politisch organisiert, und zwar im Landkreis. Und der Landkreis hat eine Verwaltung, und er hat politische Repräsentanten, vor allem den Kreistag. Eine direkte Abstimmung Karlsruhes mit den kreiseigenen Gemeinden müsste im Landratsamt den Eindruck erwecken, Karlsruhe handelt über dessen Köpfe hinweg. Und damit wäre wieder das stets latent vorhandene Misstrauen gegenüber der Großstadt geweckt. Was wir brauchen, ist eine institutionalisierte Abstimmung mit dem Landkreis, in die dann selbstverständlich auch deren Gemeinden eingebunden sind. Stadt und Landkreis sind unauflöslich miteinander verflochten. Die gemeinsamen Fragen reichen von der Sozialpolitik über den Wohnungsbau, die Verkehrspolitik bis zur Wirtschaftsansiedlung. Hier sollen wir Chancen ermöglichen.

Diese Fragen sind nur gemeinsam zu lösen. Wir brauchen gemeinsame Gremien, die diese Fragen bearbeiten, auf Augenhöhe. Gemeinsame Gremien auf politischer Ebene, die von Gemeinderat und Kreistag beschickt werden. Und gemeinsame Arbeitsgruppen beider Verwaltungen. Wir fordern Sie auf, Herr Oberbürgermeister, in direkten Gesprächen mit dem Landrat den Weg für gemeinsame Konzepte, für gemeinsame Chancen zu ermöglichen. Unsere regionale Zusammenarbeit ist die Basis für unsere Internationalisierungsstrategie.

Karlsruhe kann stolz sein auf unseren Einsatz für Flüchtlinge und für andere Ausländer in Not, sehr stolz.

(Beifall bei der FDP)

Und wir können zufrieden sein, dass Ausländerfeindlichkeit in Karlsruhe wirklich nur ein unbedeutendes Randphänomen ist. Darüber können wir uns freuen. Karlsruhe ist eine absolut internationale Stadt, aber noch hat man diese Realität nicht immer erkannt. Wir haben bewusste Strategien in den letzten 3 - 4 Jahren angefangen, und das ist lobenswert. Karlsruhe muss nicht nur Straßburg, sondern auch Brüssel als Nachbarstädte und Partner erleben. Karlsruher Politik muss das Wort Subsidiarität als tägliche Verwaltungsmöglichkeit verstehen. Das bedeutet, dass wir unsere Ortschaftsräte und Bürgervereine viel ernster als Partner nehmen müssen, und das bedeutet, dass wir die europäische und internationale Ebene echt in unsere Verwaltungs- und in unsere politische Strategie integrieren müssen. Wir sind mehr als 25 % Ausländer in Karlsruhe, ein Viertel von allen Karlsruhern, und wir sind es satt, immer in Kontakt mit sozialen Problemen gebracht zu werden. Wir Ausländer sind keine gemeinsame Gruppe. Drei von uns sprechen heute in dieser Haushaltsdebatte, und wir drei sind absolut unterschiedlich. Viele, richtig viele von uns sind Erfolgsgeschichte. Karlsruhe muss lernen, uns Ausländer als einen Gewinn und ein Potential nicht nur zu betrachten, sondern auch zu benutzen. Viele von uns haben nationale und internationale Erfahrungen und Netzwerke, die für Karlsruhe nützlich sind. Wir sind Goodwill Ambassadors for Karlsruhe. Lassen Sie uns zusammen die Chancen ermöglichen.

Karlsruhe ist, mit Respekt, nicht besonders bekannt in der Welt. Zu viele Karlsruher erleben es als Provokation, wenn man höflich konstatiert, dass nicht die ganze Welt Deutsch spricht oder versteht. Gerade in der Internationalisierung steckt eine gewaltige Zukunftsmöglichkeit für unsere Stadt. Ich erlebe es jeden Tag persönlich. Ich lebe und arbeite nicht in einem Karlsruhe, sondern in zwei Karlsruhe, nämlich Karlsruhe lokal und Karlsruhe international. Ich liebe beide Städte, aber ich muss immer und immer konstatieren, dass Karlsruhe lokal und Karlsruhe international sich gegenseitig nicht gut kennen und zu selten in Dialog treten. Hier ist das größte Potential unserer Stadt Karlsruhe zu einer regionalen Metropole und einer internationalen Stadt zu entwickeln. Können wir das? Yes, we can. Wir müssen es nur wollen. Das ist, Herr Oberbürgermeister, nicht nur Zuhören und Verbinden. Hier ist Gestalten angesagt und Visionen gefragt.

Gestalten heißt nicht gängeln. Gestalten heißt nicht abkassieren. Gestalten heißt, heute die Dinge so in die Hand zu nehmen, dass sie uns den Spielraum für die Beschlüsse von morgen geben. Das alles haben wir in Ihrer Rede dieses Mal vermisst. Und deshalb müssen wir sagen: Diese Rede ist Ihnen nicht gelungen. Aber da wir ja letztlich das gemeinsame Ziel einer guten Zukunft für Karlsruhe verfolgen, reichen wir Ihnen gleichzeitig die Hand für ein konstruktives Miteinander. Was übrigens auch für die Kolleginnen und Kollegen in diesem Haus gilt. Wir sollen in unserem bunten Gemeinderat so eine erneuerte Zusammenarbeit versuchen und die Chancen ermöglichen.

Ein konstruktives Miteinander, Herr Oberbürgermeister. Schön haben Sie über das Königsrecht des Gemeinderats, nämlich das Königsrecht des Haushaltes gesprochen. Ich erlaube mir, eine Erfahrung mit Ihnen zu teilen und ich erlaube es mir, weil ich in der Politik auf allen Ebenen in vielen Ländern mein ganzes Leben lang aktiv gewesen bin. Sie haben eine Mentrumpmehrheit hier in diesem Saal. Sie heißt 26 : 22 oder mit Ihrem neuen Stil sehr oft 27 : 22. Es ist Ihr demokratisches Recht. Das Problem mit dieser

Mentrupmehrheit ist nicht nur, dass Mehrheiten sich nicht nur nach Wahlen, sondern laufend ändern können. Es ist viel mehr die Erfahrung, dass diese unterstützende Mentrupmehrheit plötzlich auch die bestimmende Mentrupmehrheit wird und Sie damit abhängig werden und Ihre freie Gestaltungsmöglichkeit mit diesem spannenden und bunten Gemeinderat verlieren. Wir haben schon mehr als einmal unseren Oberbürgermeister als in dieser Mehrheit gefangen erlebt. Es ist schade, wenn zwei Fraktionen in Karlsruhe versuchen, hier die Berliner GroKo einzuführen. Dann verlieren der Gemeinderat und damit die Wähler leider auch eine erneuernde Gestaltungsmöglichkeit. Dann können wir die Chancen nicht ermöglichen.

(Vereinzelter Beifall)

Zuletzt möchte ich es nicht versäumen, nochmals allen zu danken, die an diesem Haushaltsentwurf mitgewirkt haben, insbesondere der Kämmerei, aber auch den Kolleginnen und Kollegen hier im Gemeinderat, die mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit die Beratung erst sinnvoll führen lassen, auch wenn wir in manchen Fragen unterschiedlicher Meinung sind.

Ob wir dem Haushalt zustimmen, werden wir erst nach den Beratungen auf der Basis unserer soeben aufgezeigten Leitlinien entscheiden. Aber wir wollen mit voller Kraft unsere konstruktive liberale Haltung und Erfahrung in die Debatte einbringen und die Chancen ermöglichen.

(Beifall bei der FDP)

Der Vorsitzende: Es folgt die Haushaltsrede der Linken, Herr Stadtrat Niko Fostiropoulos.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger auf der Empore und die Presseleute, sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung und der Ortschaftsräte! Die Morde in Frankreich durch Handlanger der Al-Qaida oder des IS und die Morde des NSU in Deutschland sind zwei Seiten einer Medaille. Sie geben vor, für eine hehre Überzeugung zu handeln, und doch sind sie nur Terroristen und Mörder.

Wir brauchen keine Einschränkung der Freiheitsrechte, sondern eine Stärkung dieser. Lassen wir es nicht zu, dass Pegida-Aufmärsche und Äußerungen einzelner Politiker, die das Asylrecht einschränken oder die Vorratsdatenspeicherung wieder ins Spiel bringen, vor den Feinden der Demokratie kuschen und unsere Freiheit einschränken wollen.

(Zuruf aus der Mitte des Hauses)

In Frankreich gibt es die Vorratsdatenspeicherung seit Jahren. Sie hat die Morde nicht verhindert. Die Mörder waren den französischen Behörden bekannt, so wie auch die NSU-Mörder den deutschen Behörden bekannt waren. Also nicht die Information hat gefehlt, um die Morde zu verhindern.

Im Artikel 1 der Verfassung steht: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“ Es steht dort nicht: „Die Würde des Abendlandes ist unantastbar.“

Der Begriff Abendland, auch Christliches Abendland genannt, ergab sich aus der antiken und mittelalterlichen Vorstellung von Europa als dem westlichsten, der untergehenden Abendsonne am nächsten gelegenen Erdteil. So steht es bei Wikipedia. Da die Welt aus heutiger Sicht keine Scheibe ist und auch nicht am Atlantik endet, sind wir bezogen auf Amerika das Morgenland. Für wen also demonstrieren diese Menschen?

Es kommt nicht häufig vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass ich mit der Bundeskanzlerin einer Meinung bin. Ich teile ihre Kritik zu Pegida. Kritik alleine aber reicht nicht. Wir dürfen Menschen in Not, die zu uns kommen, in unsere Kommunen, nicht abweisen. Wir dürfen sie nicht in wahre Flüchtlinge oder so genannte Wirtschaftsflüchtlinge teilen. Menschen flüchten aus ihren Ländern nur dann, wenn sie in Not sind. Die Ursache von Not liegt immer im Krieg, in der Unterdrückung, im Elend und im Hunger. Die meisten Flüchtlinge werden von den umliegenden Ländern Afrikas aufgenommen. Wir, die reichen Länder dieser Welt, sollten uns deutlich mehr engagieren. Die Drittstaatenregelung in der EU muss weg. Wir können das Flüchtlingsproblem nicht den Südeuropäern innerhalb der EU überlassen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns in der nächsten Gemeinderatsitzung Position ergreifen und in Form einer Resolution Pegida zurückweisen. Ich schlage vor, Sie, Herr Oberbürgermeister, erarbeiten hierzu einen Vorschlag, den Sie zur nächsten Sitzung einbringen.

Ein wichtiges Thema ist in den letzten Tagen in den Hintergrund getreten, Herr Kollege Høyem hat es angerissen: das Freihandelsabkommen. Freihandel hört sich prima an. Wer will nicht frei handeln, frei einkaufen, frei reisen, frei denken, frei sprechen, frei leben oder frei lieben? Welche Freiheit ist aber hier gemeint? Ist es eine Freiheit auf Augenhöhe? Warum wird hinter verschlossenen Türen verhandelt? Warum verhandeln Vertreter von Regierungen und Großkonzernen? Warum sitzen Gewerkschaften und Vertreter der Städte und Kommunen nicht mit am Tisch? Warum lassen wir uns von US-amerikanischen Wirtschaftsinteressen immer wieder über den Tisch ziehen? Haben wir keine eigene Haltung?

Stellen Sie sich vor, der Antrag der Linken, ein kostenloses Mittagessen in Ganztageseinrichtungen einzuführen, bekäme in diesem Hause eine Mehrheit. Gleichzeitig fordern wir nicht nur die Beitragsfreiheit, sondern ein gesundes Essen aus biologischem und regionalem Landbau. Wie sollen wir frei entscheiden, wenn wir mit juristischen Prozessen von Konzernen rechnen müssen?

Bei der Einführung des Euros sagte Die Linke: Ja, aber erst eine Sozial- und Wirtschaftsunion, dann eine Währungsunion, damit es nicht zu Lohndumping und Verwerfungen an den Märkten kommt. Leider ist genau das eingetroffen.

Auch jetzt ist es richtig, ein Freihandelsabkommen nur in Zusammenhang mit einheitlichen sozialen und ökologischen Standards zu diskutieren und zu vereinbaren. Der Ge-

meinderat sollte sich auch zu diesem Thema eigenständig positionieren und nicht auf den Städtetag verweisen.

Karlsruhe ist eine vergleichsweise reiche Stadt, das ist unbestritten. Umso bitterer ist es für uns Linke, dass von diesem Reichtum in den letzten 20 Jahren so gut wie nichts in erschwingliche Mietwohnungen investiert wurde. Dafür werden in den nächsten beiden Haushaltsjahren weitere 27 Mio. € als Verlustausgleich für das Leuchtturmprojekt Neue Messe fällig. Von der Kombilösung ganz zu schweigen, deren Kosten ungebremst auf 1 Mrd. € zulaufen; das ist das Doppelte an Gesamtkosten, was OB Fenrich damals den Bürgerinnen und Bürgern zum Bürgerentscheid vorgelegt hatte. Der Anteil der Stadt hat sich auf das Vierfache erhöht. Ein Ende der Preisspirale ist nicht zu erkennen.

Für den Mietwohnungsbau sollen jährlich ganze 5 Mio. € aufgewendet werden. Das ist unserer Ansicht nach skandalös wenig.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Das stimmt einfach nicht!)

Wir gehen von einem Fehlbedarf von 7.000 bis 10.000 erschwinglichen Mietwohnungen in Karlsruhe aus. Die Zahl 10.000 ist auch vom Paritätischen Wohlfahrtsverband genannt worden. Das bisherige Ergebnis des vom Gemeinderat beschlossenen Förderprogramms für Mietwohnungen ist, wenn man die kurze Laufdauer berücksichtigt, doch eher kläglich. Die VOLKSWOHNUNG will bis 2020 etwa 700 Mietwohnungen bauen, aber nur zum Teil mit Mietpreisbindung.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: 1.200!)

Das alles ist Kosmetik, aber keine grundsätzliche Verbesserung. Es läuft darauf hinaus, dass die Mietwohnungsmisere in den nächsten Jahren zu einer echten Wohnungsnot werden wird, vor allem für Bürgerinnen und Bürger mit schmalen Einkommen. Wir fordern deshalb erneut, dass der Gemeinderat eine Zielvorgabe beschließt, die sich am Bedarf orientiert. Jahr für Jahr müssen unserer Ansicht nach mindestens 500 - besser wären 1 000 - neue erschwingliche Mietwohnungen geschaffen werden, durch Neubau, aus dem Bestand, durch Belegungs- und Mietpreisbindung, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Dann besteht wenigstens eine Chance, auf Dauer den Bedarf an erschwinglichen Mietwohnungen in unserer Stadt zu decken.

Es ist falsch, wenn die Stadt und die Mehrheit im Gemeinderat glauben, mit Minisubventionen private Investoren gewinnen zu können. Die Vorteile durch die Niedrigzinspolitik sind nicht zu toppen. Hochpreisige Wohnungen zu bauen, sind für Bauunternehmen viel lukrativer. Hier kann die Stadt nicht mithalten. Die einzige Chance, die die Stadt hat, um in den Wohnungsbau einzugreifen, ist ein eigenes kommunales Wohnbauprogramm auf den Weg zu bringen. Dafür hat sie ihre Wohnbaugesellschaft VOLKSWOHNUNG. Ein entsprechender Antrag der Linken liegt vor.

Der Arbeitsdruck im Karlsruher Klinikum hat sich erhöht. Die Zahl der Mitarbeiter wurde verringert. Das ist nicht nur unsozial gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es gefährdet letztlich auch die Patientinnen und Patienten. Der Gemeinderat ist hier in der Verantwortung. Das Klinikum ist eine zu 100 % städtische Gesellschaft. Zur bauli-

chen Sanierung und Modernisierung des Klinikums gehört für uns auch eine Erweiterung des Personals, um die Versorgung der Patienten sicherzustellen und den Arbeitsstress für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu reduzieren. Die ausgegliederte Reinigung, die alleiniges Ziel hatte, die Personalkosten durch Kürzung um 30 % abzusenken, muss rückgängig gemacht werden.

Ein weiteres Thema ist und bleibt für uns die Prävention gegen die Infektion mit multiresistenten Erregern. Wir wollen eine schrittweise Annäherung an das in Skandinavien praktizierte Massenscreening, dessen Ergebnis im Vergleich zu Deutschland bekanntlich eine viel niedrigere Infektionsrate ist. Jährlich sterben etwa 40 000 Menschen in Deutschland an einer Infektion durch multiresistente Erreger.

(Zuruf **Stadtrat Pfannkuch/CDU**)

- Herunterreden nützt nichts, Abducken erst recht nicht.

Das Städtische Klinikum könnte die Federführung für einen runden Tisch der Krankenhäuser in Karlsruhe und Umgebung übernehmen, um ein gemeinsames Präventionskonzept mit einem vorbildhaften Screeningzentrum zu erstellen.

Haushalterisch bleiben wir bei unserer Grundforderung, dass das Städtische Klinikum gesundheitsorientiert betrieben werden muss; die entsprechenden Kosten hat die Gesellschaft zu tragen. Eine rote oder schwarze Null kann für uns keine Zielvorgabe für eine kommunale Gesundheitseinrichtung sein - im Gegensatz zur Haltung des Kollegen Pfannkuch, der gerne schwarze Zahlen haben oder ein Marketing einführen will. Wir brauchen kein Marketing, wir brauchen eine Finanzierung und Qualität.

Nicht die Kassenlage, sondern die Patientenlage ist für uns der Maßstab. Ein Krankenhaus muss effizient und mit hoher Qualität arbeiten. Es muss sich aber nicht rechnen. Entsprechende Anträge liegen auch hierzu vor.

Karlsruhe hat einen Schwerpunkt in den Bereichen Technologie, Wissenschaft und in der Informations- und Datenverarbeitung. Breitbandinternet, hochqualifizierte Menschen und eine gute Lebensumgebung sind die Standortfaktoren für moderne Unternehmen von morgen. Umso unverständlicher ist es, dass wir die Förderung unserer Kinder vom 1. bis zum 6. Lebensjahr nicht so voranbringen, dass sie auf Leben und Beruf optimal vorbereitet werden.

Bildung muss beitragsfrei sein. Wir brauchen Tageseinrichtungen, die den Bedarf decken. Das Personal muss pädagogisch ausgebildet und die Gruppen müssen klein sein. Es ist ungerecht, wenn die alleinerziehende Verkäuferin den gleichen Preis für die Tageseinrichtung ihres Kindes bezahlen muss wie ihr Abteilungsleiter.

Wir sprechen vom Fachkräftemangel - vor allem in den MINT-Fächern. Das sind Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik. Ich bin nicht dafür, dass alle Kinder später Informatiker und Techniker werden sollen. Aber wie viele junge Menschen würden diese Berufe gerne ergreifen, wenn man ihnen im Kindesalter die Chance gegeben hätte? Wir, der Gemeinderat, haben es in der Hand, den Kindern diese Chance

zu geben. Wir ziehen es aber weiterhin vor, Millionen für Leuchttürme zu verschwenden. Die Kinder von heute haben ein Recht auf Leben, ein Recht auf Bildung, ein Recht auf Zukunft.

Bildung muss von der Kita bis zur Uni beitragsfrei sein. Als Einstieg beantragen wir für diesen Doppelhaushalt, das letzte Kita-Jahr in Karlsruhe gebührenfrei anzubieten. Wir orientieren uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei gerne an Thüringen und seinem linken Ministerpräsidenten Bodo Ramelow.

Bürgermeisterin Luczak-Schwarz hat in ihrer Haushaltsrede deutlich gemacht, dass der Betriebskostenzuschuss des Landes für kommunale Kitas bei 68 % liegt. Der für Kitas freier Träger liegt nur bei 68 % der 68 %. Das heißt, dass wir Landesmittel verschenken, die für kommunale Kitas zur Verfügung stehen.

Wir schlagen vor, den kommunalen Anteil an Kindertageseinrichtungen als Einstieg in eine Rekommunalisierung von 20 % auf 30 % anzuheben, ohne das Angebot der freien Träger zu reduzieren. Dieser Anteil soll von Haushalt zu Haushalt angehoben werden, bis ein Anteil von mindestens 60 % erreicht ist. Im Rahmen dieses Programms stellt die Stadt eine 24-Stunden-Kita zur Verfügung und bietet allen Kitas und Schulen ein kostenloses und gesundes Mittagessen an.

Die Subventionen, liebe Kolleginnen und Kollegen, für den Baden-Airpark laufen dieses Jahr aus. Das ist prima. Wir schlagen vor, den jährlichen Subventionsbetrag von 1,3 Mio. € ab 2016 für ein gesundes Mittagessen und zur Finanzierung eines beitragsfreien Kita-Jahres zur Verfügung zu stellen. Auch hier liegen Anträge der Linken vor.

Wir gönnen dem KSC ein neues Fußballstadion. Das habe ich mehrmals schon betont. Wir sind dafür, dass die Stadt sich an den Kosten beteiligt. Das habe ich mehrmals erklärt. Der KSC hat viele Fans, er ist ein wichtiger Imagerträger für die Stadt und soll das auch bleiben. Aber der Gemeinderat hat ein neues Wildparkstadion als Geschenk zu 100 % aus Steuern für den Profifußball beschlossen.

(Stadtrat Hofmann/CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

- Doch.

Dass die Stadt am Ende Null auf Null herauskommen kann, weil man sich angeblich ein kluges Konzept überlegt habe, klingt ein wenig wie ein Trick des Barons Münchhausen.

(Stadtrat Hofmann/CDU: Der steht da vorn! - **Vorsitzender** zeigt die gelbe Karte)

Der Stadionbau, sofern er zustande kommt, wird ein weiteres Loch in die Haushaltskassen reisen. Wir bleiben dabei: Der KSC muss die wesentlichen Kosten selbst tragen. Wenn er das noch nicht kann, dann muss er warten, bis der Erfolg Geld in seine Kassen spült. Er kann sich an den Profivereinen orientieren, die diesen Weg so gegangen sind, um nicht die Steuerzahler zu belasten.

In der Debatte um das Stadion gibt es Stimmen, die sagen: Wenn die Stadt 60 Mio. € für den Umbau des Staatstheaters ausgibt, dann kann sie auch ein Stadion für den Profifußball bauen. Diese Gleichsetzung ist völlig falsch. Kultureinrichtungen sind ein Grundpfeiler der demokratischen und sozialen Zivilgesellschaft. Ein Gut, welches wir als Stadt pflegen und erhalten müssen. Theater schaffen Emotionen, sie sind politisch oder auch einfach unterhaltend. Sie sind Spiegel der Gesellschaft, sie integrieren und führen Menschen zusammen. Theater begleiten und fördern den gesellschaftlichen Diskurs. Der Profifußball hingegen ist ein kommerzielles Geschäft. Er hat keinen gesellschaftlichen Auftrag. DFB-Präsident Niersbach sprach bei der 120-Jahr-Feier des KSC davon, dass Fußball identitätsstiftend sei und es in der Nachkriegszeit nichts gab, was eine solche nationale Identität geschaffen hätte wie der Fußball.

Welche Identität meint er? Die Identität durch aufgeputschte Emotionen? Oder die Identität des Sieges über andere?

Menschen haben viele Identitäten. Diese spiegeln sich in ihrer Vielfalt in der Kultur wider. In der Kultur des Badischen Staatstheaters gibt es keine Sieger und keine Besiegten. Es gibt keinen Herdentrieb, sondern Individuen. Uns allen einen kulturvollen Stadtgeburtstag und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei **Stadträtin Zürn/Die Linke** und bei Teilen der Grünen)

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Friedemann Kalmbach für Gemeinsam für Karlsruhe.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Vorbereitung zu dieser Rede habe ich mir vorgestellt, wie es wohl der künftigen Generation mit diesem Haushalt geht. Dazu habe ich mir vorgestellt, mein kleiner Enkel Luke - er ist jetzt drei Jahre alt - würde immer wieder einen Kommentar zu dem machen, was wir in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters gelesen haben, und auch zu dem, was ich sage, abgeben. So kommen immer wieder Einwürfe meines kleinen Enkels Luke als Statement für die kommende Generation.

Ich werde mich auf ein paar wenige Themen beschränken:

- die Haushaltslage und was wir daraus folgern.
- Ist ein Paradigmenwechsel in unseren Aufgaben nötig?
- Die Stadtgesellschaft, wie funktioniert sie?
- die Wirtschaftsstadt Karlsruhe.
- Familie.
- und ich weiß, Sie warten alle auf ein Wort zum Staatstheater von mir, zur Kultur.

Die Haushaltslage und was wir daraus folgern.

Ich war sehr erfreut. Seit 2009 haben wir die Pro-Kopf-Verschuldung deutlich gesenkt auf 397 € pro Kopf der Bevölkerung. Wir haben seither eine relativ stabile Konjunktur. Wir haben eine Arbeitslosenquote, die fast optimal ist, aber nur fast. Wir haben Zuwendungen von Land und Bund. Die sind noch nie so gut gewesen wie heute. Wir haben Einnahmen im Bereich des Anteils von Einkommensteuer und Umsatzsteuer. Da müsste man doch denken können: Alles gut. So haben wir es bei der SPD gehört. Alles gut, lasst uns leben!

Aber es ist nicht alles gut. Es ist vielleicht sogar das Gegenteil der Fall. Geplant ist eine Neuverschuldung um das Dreifache, so dass wir erwarten müssen, dass die Pro-Kopf-Verschuldung auf 1.180 € pro Person ansteigen wird. Rekordeinnahmen auf der einen Seite, Rekordverschuldung gleichzeitig auf der anderen Seite. Da gerät doch etwas aus den Fugen - oder? Mehr Personal, mehr Sozialausgaben, mehr Investitionsauszahlungen, mehr Pflichtaufgaben und, und, und. Dazu kommt gleichzeitig, dass unser Investitionsvolumen in den nächsten Jahren immer kleiner wird. Die KVVH macht uns Sorgen. Wir wissen, dass andere Ausgaben auf uns zukommen werden, die an verschiedenen Stellen höher sein werden. Unsere Möglichkeit zu investieren, wird kleiner.

Da höre ich wieder meinen kleinen Enkel, der neben mir am Computer sitzt, sagen: Liebe Zeit, das könnt ihr mir nicht antun. Das müssen wir büßen. Die Schulden, die ihr jetzt macht, werden uns später die Chancen zur Gestaltung unserer Zeit nehmen.

Was läuft falsch? Müssen wir vielleicht grundsätzlich umdenken? Ist dieser Paradigmenwechsel, wie man so schön sagt, nötig?

Selbst im Laufe der kurzen Zeit, die ich im Gemeinderat bin - seit sechs Jahren -, sind die Aufgaben, die eine Stadt zu bewältigen hat, permanent gewachsen. Es sind zum Teil Aufgaben, die uns von außen aufgeschultert wurden. Teilweise haben wir sie selbst kreiert und erkannt. Es ist nicht alles schlecht, sehr viel Gutes dabei. Ich möchte fast sagen, es sind alles gute Dinge. Aber es hat dazu geführt, dass wir ständig mehr Personal brauchen. Wir brauchen ständig neue Führungskräfte, wir brauchen neue operative Organisationen. Die Effizienz ist dabei auch nicht immer gewachsen.

GfK ist der Überzeugung, dass wir eine klare Aufgabenbereinigung brauchen. Was ist wirklich nötig? Was ist in welcher Weise nötig? Ist es überhaupt noch nötig? Es gehört zu den Kernaufgaben, es ist eine der grundsätzlichen Aufgaben, die wir in nächster Zeit zu erledigen haben. Wir haben in der Strukturkommission schon damit begonnen. Aber in Anbetracht der Lage bekommt es noch einmal eine ganz andere Relevanz.

Ich möchte an der Stelle noch einmal einen kritischen Einschub zur Organisationsuntersuchung machen. Ich kann mich entsinnen, als ich 2009 in den Gemeinderat kam, gab es einige Organisationsuntersuchungen. Die sind alle so ausgefallen, dass wir weniger Personal benötigen. Seit die Konjunktur besser ist, sind die Organisationsuntersuchungen immer so, dass wir zusätzliches Personal brauchen. Die Ratschläge der Organisationsuntersuchungen sind fast immer konjunkturabhängig. Ich frage mich: Können wir da nicht manche Million oder zumindest halbe Million sparen? Nicht alles ist unnötig, aber manches könnte man auch hier sparen.

Fazit: Ich meine, dass der Verwaltungskörper nicht weiter wachsen darf. Oder wenn, dann nur sehr gezielt und sehr sanft. Ich glaube, dass wir wirklich eine radikale Aufgabenbereinigung brauchen, eine Aufgabenkritik und dass eher Verschlankung angesagt ist als Aufbau von Verwaltung. Das soll keine Kritik an die Verwaltung sein. Ich glaube, unsere Verwaltung in Karlsruhe macht hervorragende Arbeit.

(Vereinzelter Beifall)

Herr Oberbürgermeister, die GfK ist völlig bei Ihnen, dass wir ein Personalkonzept brauchen und es entwickeln müssen. Aber es darf nicht dazu dienen, dass wir von vornherein schauen, wie wir mehr Leute eingestellt bekommen, sondern die Frage muss lauten: Wie können wir effizient arbeiten in der Stadtverwaltung?

Ich möchte weitergehen zur Stadtverwaltung. Wie kann eine Stadtverwaltung funktionieren? Wie kann es gehen, wenn die Stadtgesellschaft immer älter wird? Wie kann es funktionieren, wenn die Stadtgesellschaft sich ständig verändert, internationaler wird? Gleichzeitig ist uns bewusst: Karlsruhe wird in 10 Jahren einmal ausgewechselt. Manche bleiben, manche wechseln noch öfter. Die Bleibedauer in der Stadt wird immer geringer. Wie kann es gelingen, dass Menschen in der Stadt heimisch werden - in dieser kurzen Zeit, die sie hier sind? Wie können sich Menschen hier wohl fühlen und sagen: Das ist meine Stadt? Menschen kommen aus allen Ecken der Welt zu uns.

Ich möchte an der Stelle etwas zur Stadtgesellschaft sagen. Ich war tief beeindruckt, wie viele Karlsruher sich in der Zeit, als viele Flüchtlinge nach Karlsruhe gekommen sind, in höchster Weise engagiert haben. Es war trotzdem interessant zu sehen: Alle ehrenamtliche Hilfe ist nicht wirklich optimal anzubringen, wenn nicht die Stadt koordiniert. Das ist für uns ein Modellfall, wie Stadt und ehrenamtliches Engagement zusammenarbeiten kann, d. h. nicht nur auf diesem Gebiet, sondern auf vielen anderen Gebieten. So viele Leute sind bereit mitzuarbeiten. Aber sie brauchen einen richtigen Platz, sie brauchen Koordination, und sie brauchen auch Hilfe von der Stadt, um diesen Platz zu finden.

Zu den Stadtquartieren: Das ist mein Lieblingsthema. Wie kann es sein, dass Städte im innerstädtischen Bereich zu einem Miteinander finden und nicht nur zu einem Nebeneinander? Sie wissen, die größte Problematik, die die Menschen in der Stadt haben, ist Einsamkeit, auf sich allein gestellt sein. Deshalb brauchen wir Orte der Begegnung, wo Menschen sich begegnen können, wo sie Hilfe erfahren können, wo sie Zuwendung erfahren können, wo sie Wärme bekommen. Ich möchte danke sagen für den Plan, Stadtteilzentren weiter auszubauen. Aber das ist erst der Anfang. Wir müssen es deutlich verstärken, dass Orte geschaffen werden, wo Menschen sowohl Pflegeberatung erhalten als auch zusammen kommen, um gemeinsam zu kochen, sich gegenseitig Hilfe zu geben. Das soll in Karlsruhe sein. Ich will, dass diese Unternehmenskultur in der Bevölkerung, in den Stadtteilen lebt. Das kann die Stadt auch nicht allein machen, sondern sie braucht die Bevölkerung. Sie muss die Bevölkerung gewinnen und ihr aber helfen, das wirklich zu etablieren. Deswegen unterstützen wir z. B. auch das Quartiersprojekt in der Südweststadt und andere Projekte dieser Art. Das ist der Herzschlag von GfK.

Ich höre gerade meinen Enkel Luke. Er zwinkert mir zu und sagt: Das könnte sogar ein Grund für mich sein, in Karlsruhe zu bleiben. Eine tolle Stadt, wenn es so wird.

Der soziale Frieden in unserer Stadt wird auch nur möglich sein, wenn Menschen Arbeit finden, wenn Menschen ein gutes Auskommen haben.

Ich bin ein Fan von Karlsruhe. Wo immer ich hingehge, erzähle ich von Karlsruhe. Ich sage: Karlsruhe ist eine Stadt, wo Neues hervorkommt, Innovation von der ersten Stunde an. Wir sind nicht so gut - vielleicht haben Sie das schon gemerkt -, wenn es darum geht, Innovationsprodukte zu stabilisieren und auszubauen in großen Firmen. Wir sind aber gut, Neues hervorzubringen. Neues, das anderswo nicht gedacht wird, das anderswo nicht hervorkommt. Deswegen glaube ich, dass wir mit dem Ansatz, Gründerzentren in Kultur, in Kreativwirtschaft, in Energietechnologie, in digitaler Wirtschaft in der Stadt zu fördern, auf dem richtigen Weg sind. Es ist die höchste Aufgabe, das auf die Spitze zu bringen und an der Spitze zu halten. Das ist die Zukunft von Karlsruhe. Neues hervorzubringen und zu fördern, halte ich für eine zentrale Aufgabe von Wirtschaftsförderung. Deswegen muss auch an dieser Stelle Wirtschaftsförderung aktiv unterstützt werden, damit sie das in optimaler Weise tun kann.

(Vereinzelter Beifall)

Ich höre gerade wieder meinen Enkel Luke sprechen. Er sagt: Das hat sogar Perspektive für meine Enkel und meine Kinder. Da bleibe ich.

(Stadtrat Pfalzgraf/SPD: Er ist schon recht sprachbegabt mit seinen drei Jahren!)

- Das kann man sagen.

(Weitere Zurufe)

GfK ist gegen die Gewerbesteuererhöhung. Ich möchte es begründen.

Wir haben schon vom diesem Papier gehört. Da heißt es, dass 10 Firmen in Karlsruhe 36 % des Gewerbesteueraufkommens bezahlen. 15 % der Betriebe zahlen überhaupt Gewerbesteuer. Das bedeutet, dass nur wenige Betriebe das Gesamte schultern. Es ist nicht so, dass diese Gewerbesteuer auf viele Schultern verteilt wird. Es sind wenige Schultern, die das tragen müssen. Das bedeutet, dass die wenigen Firmen – das sind die größeren – das umsetzen, indem sie strukturelle Maßnahmen ergreifen, dass sie Menschen freisetzen, dass wir Arbeitsplätze verlieren. Ich glaube nicht, dass sie abwandern, aber dass Arbeitsplätze verlorengehen, glaube ich auf jeden Fall. Die haben keine Probleme, damit umzugehen. Aber das ist nicht der Weg, den wir wollen.

Noch ein Wort zur Familie. Das, was wir unseren Familien bieten müssen, ist tatsächlich günstiger Wohnraum. Wir haben es gehört. Wir unterstützen vollkommen die Wohnungsbauprogramme von KaWoF und KAI. Wir sollen uns einmal Gedanken machen, wo die Wachstumsgrenze in Karlsruhe erreicht ist. Wie viel Innenraum haben wir noch für die Innenverdichtung? Dann können wir überlegen, wie viel wir überhaupt bauen können.

Ich glaube, es war gut, dass wir gesagt haben, die grüne Wiese wird nicht verbaut. Das war eine sehr gute Entscheidung. Aber wir müssen trotzdem entdecken, wenn wir diese Entscheidung treffen, dass es eine Grenze des Wachstums gibt. Dazu müssen wir ja sagen. Ich möchte gerne wissen, wo diese Grenze ist. Dann würde ich gerne von der Stadtverwaltung noch einmal deutlicher hören, was die Kapazitätsgrenze ist. Wir haben bei der Innenverdichtung auch das Problem, dass die Akzeptanz der Bevölkerung sehr begrenzt ist. Wenn immer jemand vor seiner eigenen Nase ein Haus gebaut bekommt, dann wehrt er sich. Wenn wir dieses Klima bekommen, dass alle Leute das Gefühl haben, ihnen wird die Qualität in der Stadt genommen, dann haben wir auch verloren. Insofern werden wir die Grenze sehr bald erreichen. Dann ist es aus mit dem Wachstum. Aber das muss man auch bejahen.

Zum Thema Vereinbarkeit Familie und Beruf: Da haben wir großartige Anstrengungen gemacht. Wir haben das U-3-Betreuungsangebot bis Ende 2014 auf 45,2 % bekommen. Das ist sensationell. GfK ist das sehr gerne mitgegangen.

Aber sprechen Sie jetzt einmal mit den Tagesmüttern in verschiedenen Stadtteilen. Die sind seit einiger Zeit nicht mehr ausgelastet. Viele klagen, dass sie keine Kinder mehr bekommen. Das ist für mich ein Zeichen, dass es Zeit ist, den Fuß vom Gaspedal zu nehmen. Der Betreuungsmarkt ist zurzeit gut ausgebaut. Es muss jetzt nicht weiter Gas gegeben werden.

Ein Zweites noch dazu: Dass der Druck auf die Kitas höher ist und die Kinder nicht zu Tagesmüttern/Tagesvätern gegeben werden, hat auch noch einen anderen Grund. Es wird immer gesagt: Kita ist die Bildungseinrichtung. Wenn ihr eure Kinder zu den Tageseltern gebt, dann haben sie einen Bildungsnachteil. Oder auch, wenn man sagt: Ihr habt einen Bildungsnachteil, wenn die Kinder die erste Zeit bei Vater und Mutter zuhause sind. Das ist die Frucht davon, dass wir das so einseitig betont haben. „Ihr müsst eure Kinder in die Kita bringen, sonst verpassen sie etwas.“ Die deutschen Eltern haben permanent Angst, dass sie irgendetwas verpassen. Fragt einmal die Eltern, unter welchem Druck sie stehen. „Ich muss mein Kind gleich in die Kita bringen, damit es später auf dem Gymnasium landet, damit es Karriere macht.“ Diese Angst möchte ich nicht fördern.

Ich glaube, es ist an der Zeit, eine Verschnaufpause einzulegen und einmal eine Weile zu stoppen und zu schauen, wie der Betreuungsmarkt tatsächlich aussieht. Ich meine, er ist weitgehend gesättigt.

Anders sieht es bei der Ganztagschule aus. Hier haben Kinder aus bildungsfremden Milieus wirklich die Chance, dass sie bei guter Qualität einer Ganztagschule wirklich aufholen können, dass sie fit gemacht werden. Aber das setzt voraus, dass die Qualität auch stimmt und nicht nur der Stundenplan gefüllt ist. Ich habe die Ganztagschule in Karlsruhe noch nicht gesehen, die diese Qualitätsmerkmale erfüllt. Es geht nicht um Ganztagschule um jeden Preis, sondern es geht um Ganztagschulen mit hoher Qualität, wo sichergestellt ist, dass die Kinder Hausaufgaben machen, vorbereitet sind für die nächste Klassenarbeit und fit gemacht sind für alles, was vor ihnen steht, und die Eltern sich abends nicht mehr hinsetzen müssen. Diese Qualität habe ich noch nicht gesehen.

Ich habe schon viele Eltern gefragt und das nicht gehört. Aber wir brauchen diese Qualität. Die fordere ich auch.

Mein Enkel Luke soll wieder zu Wort kommen. Er sagt, sein Vater ist Engländer. Er sagt: Mein Papa kennt gar nichts anderes als Ganztagschulen. Macht doch das Ding.

Sie warten schon sehr auf meinen Kommentar zum Staatstheater. GfK freut sich, dass Karlsruhe so eine starke kulturelle Landschaft hat. Aber wir machen uns Sorgen darüber, dass das Geld in den großen Tanker der Kultur fließt. 2009 hat das Badische Staatstheater 18,8 Mio. € bekommen. Damals wurde gesagt: Wir sparen. Und wie sieht es aus? 2015 sind es 43,1 Mio. €. Das ist eine Steigerung – ich habe es ausgerechnet – von 23 %, obwohl gespart werden sollte. Ich frage Sie, haben andere Institutionen auch so eine Steigerung bekommen, und mit welcher Berechtigung? Ich sage Ihnen, wenn das Staatstheater – ich bin nicht dagegen – umgebaut, wenn es saniert wird und ein Teilneubau dazu kommt: Es kommen noch ganz andere Zahlen auf uns zu. Ich habe keine Angst vor den Baukosten. Ich habe Angst und fürchte mich vor den laufenden Kosten, die jährlich als Zuschuss nötig sein werden. Das sind mehr als diese 23 Mio. €, die jetzt hier stehen. Wie kann man hier eine Kostenbremse einziehen? Wo kann man sagen: Hier ist eine Grenze. Es geht nicht ungebremst weiter. Es kommt oft im Nachhinein eine Steigerung. Die werden hier oft gar nicht beschlossen. Ich kann nicht immer nur mit Arbeitsplätzen argumentieren, wenn sie gefördert sind.

Ich möchte meine Rede zusammenfassen: Dieser Haushalt, wie er sich jetzt darstellt, ist für uns so nicht zustimmungsfähig. Aber ich gehe davon aus, dass wir hart daran arbeiten. Auch wir sind konstruktiv dabei – GfK sagt immer: gemeinsam. Wir wollen miteinander arbeiten, dass der Haushalt auch für uns zustimmungsfähig ist. Wir sehen, Steigerungen sind unumgänglich, aber nicht exorbitant in dieser Weise. Wir sehen auch nicht, dass wir jetzt richtig ausgeben und dann anfangen zu sparen. Das muss in einer sinnvollen Weise geschehen.

Unserer Schwerpunkte sind klar: die Stadtgesellschaft. Wir wollen eine lebendige Stadtkultur haben. Wir wollen, dass Familien sich hier wohlfühlen und dass Bildung in einer guten Weise gelingt. Wir wollen, dass hier die Wirtschaft eine Basis hat – als Basis für Gewerbesteuer, als Basis für Arbeitsplätze, als Basis für ein gutes Leben.

Jetzt ein letztes Wort von Luke. Er sagt: Wenn das so eine tolle Stadt wird, dann werde ich eines Tages hier Oberbürgermeister.

(Vereinzelter Beifall)

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Dr. Schmidt für die AfD.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß, es ist spät und alle sind müde, aber wir müssen das hier gemeinsam durchziehen. Damit ich es nachher nicht vergesse, danke ich allen Anwesenden für Ihre Aufmerksamkeit und Ihre Mühe, die Sie ganze Zeit einbringen zum Wohle unserer Stadt.

In ihrer Haushaltsrede hat Frau Finanzbürgermeisterin Luczak-Schwarz darauf hingewiesen, dass wir als Stadt, obwohl wir so viel Geld einnehmen wie nie zuvor, aufgrund noch höherer Ausgaben dabei sind, ein strukturelles Defizit zu entwickeln. Das heißt, dass wir jedes Jahr neue Schulden machen müssen, um unsere Ausgaben zu decken. Wir leben als Stadt also über unsere Verhältnisse, und zu welch bitteren Konsequenzen das für die Bürger einer Stadt führen kann, hat man in der jüngeren Vergangenheit in den Städten des Ruhrgebiets sehen können.

Wenn man über seine Verhältnisse lebt, obwohl man immer mehr einnimmt, gibt es nur noch eins: sparen, sparen, sparen! Mit „Augen zu und durch“ kommt man da auf Dauer nicht weiter. Wir als AfD plädieren dabei dafür, möglichst dort zu sparen wo es nicht so weh tut, und wir haben dafür - wie Sie gleich hören werden – einige Ansätze gefunden.

Wenn man über seine Verhältnisse lebt, sollte man zudem tunlichst darauf achten, Risiken für die eigenen Ertragsquellen zu vermeiden. Gerade solche Risiken gehen wir als Stadt aber ein, wenn wir den Gewerbesteuerhebesatz erhöhen. Auch wenn unser Herr Oberbürgermeister die Mehrheit im Nachbarschaftsverband hat, wird er kaum verhindern können, dass Unternehmen versuchen werden, von Karlsruhe in diese Nachbarschaft abzuwandern. Neue Unternehmen finden andere Städte, die mehr auf ihre Bedürfnisse eingehen und ihnen mehr bieten als Karlsruhe. Am Ende werden wir trotz höherem Hebesatz in der Summe weniger Gewerbesteuer einnehmen und noch tiefer in die roten Zahlen rutschen. Deshalb sind wir als AfD strikt gegen eine weitere Belastung der Arbeitsplätze in unserer Stadt und werden die geplante Gewerbesteuererhöhung nicht mittragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Mentrup hat seine Haushaltsrede mit der Bemerkung begonnen, die Einbringung des Doppelhaushaltes sei ein ganz besonderes Ereignis für den Gemeinderat, denn dabei ginge es um das Königsrecht der Stadträte. Hier könnten die Mitglieder des Gemeinderats Prioritäten setzen - eine sehr hohe Verantwortung sei hiermit verbunden. In Wirklichkeit ist es aber so, dass der weitaus größte Teil der Ausgaben der Stadt Karlsruhe durch europäische, Bundes- und Landesgesetze bereits vergeben ist. Wir als Stadträte haben nur noch die Möglichkeit, über einen geringen Teil der Ausgaben frei zu entscheiden.

Hinzu kommen neue Regelungen und Verordnungen, die von wohlmeinenden Gremien beschlossen werden, deren Umsetzung aber durch die Kommune finanziert werden muss. Hier darf ich an die neue Version der Brandschutzverordnung erinnern, die dazu geführt hat, dass wir große Investitionen in vielen öffentlichen Gebäuden finanzieren müssen. Die Europahalle ist hierfür nur ein Beispiel.

Eine weitere gut gemeinte aber letztendlich für die Kommunen sehr kostspielige Neuregelung, ist die der Unterbringung in Heimen - Pflegeheime oder Heime für Behinderte. Wo bisher Doppelzimmer die Regel waren, ist jetzt nur noch Einzelbelegung zulässig. Diese neue Regelung bedeutet für die Stadt, dass alle von ihr vorgehaltenen Einrichtungen nur noch halb so viele Plätze zur Verfügung stellen können wie bisher. Neubau- und Umbaumaßnahmen sind also dringend erforderlich.

Ein weiteres Beispiel für derartige Kosten ist die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude, an sich eine erstrebenswerte Sache. Aber letztendlich bedeutet dies, dass jedes städtische Gebäude - inklusive aller Schulen - zu enormen Kosten umgebaut und mit Aufzügen und Rampen ausgestattet werden muss. Hinzu kommt die Anforderung der energetischen Sanierung der Gebäude. Auch hier wird sehr viel Kapital gebunden.

All diese Dinge sind durch Regelungen und Gesetze übergeordneter Gremien bereits bestimmt. Letztendlich reduziert sich unser Königsrecht darauf zu entscheiden, in welchem zeitlichen Rahmen wir Regelungen - wie die hier genannten - in unserer Stadt umsetzen.

Die Frage, die bleibt, ist also, ob wir als in Karlsruhe immer die Ersten sein müssen, die solche neue Regeln umsetzen. Es scheint so, als ob die Stadtverwaltung den Ehrgeiz hat, als erste Stadt im Land Baden-Württemberg jede einzelne Regel umzusetzen. Bei diesem Vorgehen wird natürlich besonders viel Geld zu einem frühen Zeitpunkt gebunden. Geld, das an anderen Stellen nicht mehr zur Verfügung steht.

Ist es wirklich nötig, noch über das durch die übergeordneten Regeln vorgegebene Ziel hinauszuschießen und bei jedem Gebäude, das saniert wird, auch noch eine Photovoltaikanlage aufs Dach zu setzen, deren finanzieller Nutzen fragwürdig und deren energetischer Nutzen gar nicht gegeben ist? Wir, die AFD, meinen: Nein! Dieses Geld kann die Stadt an anderer Stelle deutlich lohnender investieren. Energieerzeugung sollte den Energieversorgern überlassen bleiben und die Grundlastanforderungen decken. Photovoltaik liefert nur Strom, wenn die Sonne scheint, also vor allem in der Tagesmitte und nennenswert nur im Frühling und Sommer. Wird die Anlage durch Wolken abgeschattet, erzeugt sie kaum noch Strom. Die häufigen Wechsel zwischen Stromerzeugung und Stromverbrauch belasten das örtliche Stromnetz und führen so zu zusätzlichen Kosten oder Stromausfällen. Im Winter gibt es Tage, an denen deutschlandweit so gut wie kein Photovoltaik- oder Windkraft-Strom erzeugt wird. Die Erzeugungskapazität der Photovoltaik muss also immer durch konventionelle Kraftwerke abgesichert werden, die einspringen, wenn die Sonne nicht scheint, ansonsten aber eingedrosselt oder abgeschaltet werden und zusätzliche Kosten produzieren.

Zudem wird die Photovoltaik nur durch die Umlage des Erneuerbare-Energien-Gesetzes finanziert. Das heißt aber, dass das, was die Stadt durch Photovoltaik-Strom einnimmt, durch ihre Bürger als Stromkunden doppelt und dreifach bezahlt werden muss. Darüber hinaus bleibt das für die Einrichtung der Photovoltaikanlagen erforderliche Kapital über lange Zeit in ihnen gebunden, während dafür Zinsen bezahlt werden müssen, da sie ja mit Krediten bezahlt worden sind. Der Bürger hat also in mehrfacher Hinsicht das Nachsehen. Wir als Stadt täten ihm einen Gefallen, wenn wir auf die Errichtung von Photovoltaikanlagen künftig einfach verzichten. Der städtische Aufwand für die Betreuung dieser Anlagen wäre damit dann gleich mit eingespart.

Ein anderer Bereich, in dem sich das Sparen der Stadt auch für die Stromverbraucher lohnen würde, stellt die Beteiligung der Stadtwerke an deutschen On-shore-Windparks dar. Im Beisein unseres Oberbürgermeisters hat Günther Öttinger in seiner Rede bei der Eröffnung des RDK 8 im Karlsruher Rheinhafen darauf hingewiesen, dass von den 8 766 Stunden im Jahr die Windkraft in Deutschland nur an 2 000 Stunden und die Photovol-

taik nur an 900 Stunden verfügbar ist.

(Zuruf **Stadtrat Dr. Fischer/KULT**)

Die von unserem Landesumweltminister Franz Untersteller - und der gehört zu den Grünen - beauftragte Studie, die durchgeführt wurde von der DLR und der Universität Stuttgart, hat ergeben, dass im Zeitraum 2018 bis 2021 in Baden-Württemberg Stromausfälle zu erwarten sind. Dabei gehen die Autoren dieser Studie im optimistischen Ansatz von einer 5%igen, im pessimistischen Ansatz von einer 1%igen Verfügbarkeit von Photovoltaik- und Windstrom aus. Das heißt, dass von den werktags in Deutschland benötigten 70 000 bis 80 000 Megawatt elektrische Leistung im Zweifel nur 5 % bzw. 1 % von Windkraft und Photovoltaik zusammen geliefert werden können. In der Realität gibt es aber Phasen noch niedrigerer Verfügbarkeit. Am Mittwoch, dem 16.01.2013, waren von den in Deutschland installierten rund 35 000 MW Photovoltaik und 33 000 MW Windkraft morgens um 09:00 Uhr in ganz Deutschland nur rund 500 MW im Netz verfügbar, also nur 0,7 %.

Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel hatte bereits am 17.04.2014 vor der Belegschaft der Firma SMA Solar in Kassel öffentlich mit Bezug auf Investitionen in Photovoltaik und Windkraft verkündet: "Für die meisten anderen Länder in Europa sind wir sowieso Bekloppte" ... und: "Die Wahrheit ist, dass die Energiewende kurz vor dem Scheitern steht".

In der großen Politik sind sich also Repräsentanten aller Fraktionen einig. Weitere Investitionen in Windkraft und Photovoltaik sind fragwürdig, da diese praktisch keinen Beitrag zur Sicherstellung der Grundlaststromversorgung leisten und damit kaum dazu beitragen, dass Stromausfälle verhindert werden. Der Ausbau von Windkraft und Photovoltaik sorgt im Gegenteil dafür, dass Stromausfälle in Deutschland immer wahrscheinlicher werden.

(Zurufe)

Abgesehen von den negativen Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit ist auch der wirtschaftliche Erfolg der Windpark-Projekte im deutschen Binnenland mehr als fraglich – trotz der hohen Subventionen durch die Stromkunden. Zwei Drittel der mehr als 1 200 Projekt-Jahresabrechnungen der letzten 13 Jahre sind defizitär, sagt Werner Daldorf vom Bundesverband Windenergie - das ist eine echte Lobby-Veranstaltung - in einem Bericht von Report Mainz vom 23.09.2014. Als Beispiele werden in diesem Bericht konkret die Stadtwerke Mainz und Erlangen behandelt, die mit Erwartungen von bis zu 8,5 % Rendite in Windkraftprojekte investiert haben und seither damit jährlich mehrere Millionen Euro Verlust machen. Niels Nauhauser, Finanzexperte der Verbraucherzentrale Baden-Württemberg, weist darauf hin, dass seine Organisation schon seit langem Stadtwerke und Gemeinden davor warnt, in Windkraftprojekte zu investieren, weil am Ende nicht nur der Steuerzahler, sondern auch der Stromkunde dafür bezahlen muss.

Auf Nachfragen bei den genannten Stadtwerken, warum man denn in diese nun defizitären Windparkprojekte investiert habe, wird auf geschönte Gutachten und jeweils letztendlich auf den Wunsch des örtlichen Gemeinderats verwiesen, 50 % des eigenen

Energiebedarfs aus den Erneuerbaren zu decken. Am Ende hat aber der örtliche Gemeinderat den schwarzen Peter.

Vor diesem Hintergrund sind weitere Investitionen der Stadt Karlsruhe in Photovoltaik und Windkraft abzulehnen. Will man trotz des drohenden strukturellen Defizits unbedingt weitere städtische Gelder in erneuerbare Energien stecken, so sind zusätzliche Beteiligungen an Laufwasserkraftwerken in nicht zu großer Entfernung, also z. B. im Schwarzwald und in den Alpen, zu prüfen und ggf. vorzubereiten. Diese haben den Vorteil der Grundlastfähigkeit. Sie liefern auch Strom, wenn der Himmel bedeckt und die Luftbewegung schwach ist.

Was die Umsetzung der Energiewende angeht, geht die Stadt noch darüber hinaus und sattelt auf die Subventionen, die Hausbesitzer für Dämmungsmaßnahmen aus verschiedenen Bundes- und Landesquellen bekommen können, noch ihre eigenen Subventionen drauf. Deren motivierende Wirkung als Zusatz zu den ohnehin bereits existierenden Subventionsprogrammen ist durchaus fraglich. Insgesamt steht der geringe Nutzen in keinem Verhältnis zu den hohen Kosten, die die Stadt tragen muss. Denn abgesehen davon, dass diese zusätzlichen Subventionen schon beim Antragsteller zusätzlichen bürokratischen Aufwand bedeuten, belasten sie natürlich auch die Dienststellen der Stadt, die diese Anträge bewerten und freigeben müssen. Die Kosten für die Stadt sind also beträchtlich höher als die Summe der ausgezahlten Subventionen.

Auch im Fall der Subventionierung des Baus von Sozialwohnungen kommen die Subventionen, die die Stadt zur Verfügung stellt, nur zur Auszahlung, wenn die des Landes gezahlt werden. Die motivierende Wirkung bzw. der Nutzen dieser Subventionen ist also ebenfalls mehr als fraglich. Von den insgesamt 37 Anträgen, die bis November 2014 zum Karlsruher Wohnraumförderungsprogramm gestellt wurden, stammten alle - bis auf einen - von der stadteigenen VOLKSWOHNUNG. All der bürokratische Aufwand also nur, um das Geld von der linken in die rechte Tasche zu stecken?

(Zuruf **Stadtrat Pfalzgraf/SPD**)

Zusammengenommen haben wir es bei diesen Anreizprogrammen für Bauherren und Wohnungsbaugesellschaften mit einem großen Einsparpotential zu tun, das wir heben, indem wir Aktivitäten der Stadt einfach weglassen, die sowieso nicht besonders wirksam sind. Durch die Entlastung der Verwaltung wirken diese Sparmaßnahmen gleich doppelt.

Wieso ist es eigentlich nötig zu sparen, fragen sich hier wohl einige. Im sozialen Bereich wissen wir noch gar nicht, was in den nächsten Monaten und Jahren an Verpflichtungen auf uns zukommen wird. Diese sozialen Aufgaben müssen und wollen wir als Stadt übernehmen. Aufgrund der gültigen europäischen, Bundes- und Landesgesetze müssen wir als Kommune im Sozialbereich umfangreiche finanzielle Leistungen erbringen. Ein Beispiel, das auch 2015/2016 für hohe Kosten sorgen wird, ist die Unterbringung, Versorgung und Betreuung der zu uns kommenden Flüchtlinge. Hierfür muss einfach Geld da sein, denn diese Menschen sind auf unserer Hilfe angewiesen.

(Vereinzelter Beifall)

Jugendliche Flüchtlinge und Flüchtlinge im Kindesalter müssen schulisch betreut werden. Kinder, die ohne ihre Eltern bei uns sind, müssen in speziellen Wohnheimen oder Wohngemeinschaft betreut werden. All diese Leistungen kosten große Summen, die aus dem städtischen Haushalt bezahlt werden müssen, die aber einfach notwendig sind. An dieser Stelle, Herr Marvi, muss ich einmal auf Ihre Bemerkung von vorhin eingehen: Bitte, hören Sie einmal auf, der AfD in Karlsruhe immer Fremdenfeindlichkeit zu unterstellen. Wir haben durchaus auch etliche Mitglieder hier in Karlsruhe, die Zuwanderungsgeschichte haben. Was uns eint, ist die Sorge um die Zukunft unseres Landes und die Zukunft dieser Stadt. Gerade Sie als SPD sind dabei, jede Menge Schulden zu machen. Die müssen irgendwann bezahlt werden.

(Zuruf **Stadtrat Marvi/SPD**)

Ein anderer Bereich, in dem wir aus reiner Ideologie Landesgesetze geschaffen haben, die nicht nur die Bürger in ihren Freiheiten einschränken, sondern auch beträchtliche zusätzliche Kosten verursachen, ist die Bildungspolitik. In den neu geschaffenen Gemeinschaftsschulen und in den gerade eingeführten Ganztagsgrundschulen betreut der Staat die Kinder den ganzen Tag - wie früher in der DDR. Damals steckte dahinter die Überzeugung, dass der Staat besser für das Wohl seiner Kinder sorgt, als es deren Eltern tun, sei es weil sie erzieherisch inkompetent oder politisch unkorrekt sind.

(Unruhe)

Außerdem sollten die Mütter der Volkswirtschaft als Vollzeitarbeitskräfte zur Verfügung stehen. Was aber will man heute mit diesen Schulen erreichen? Fragt man beispielsweise Norbert Zeller, SPD, den Verantwortlichen im Kultusministerium, danach, welche Hoffnungen man mit der Einführung der Gemeinschaftsschule verbindet, kann er noch nicht mal eine Antwort geben.

Das alles gibt es aber nicht umsonst. So ist zum Beispiel die Einführung der Ganztagsgrundschule mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden. Zusätzliche Lehrkräfte müssen eingestellt, zusätzliche Mitarbeiter kultureller Einrichtungen müssen verpflichtet werden, weil die Kinder von sich aus nicht mehr nachmittags in die Musikschule, die Kirchenjugend oder den Verein kommen können, sondern nun auch nachmittags in der Schule betreut werden müssen. Behielte man anstelle der neu einzuführenden Ganztagsschulen die bestehenden Schülerhorte an den Grundschulen bei, so böte man nicht nur den Eltern mehr Freiheit, man könnte auch besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder eingehen. Gleichzeitig würde man zusätzliche unnötige Ausgaben verhindern. Aus diesen Gründen lehnen wir als AfD die Umwandlung von Grundschulen mit Kinderhort in Ganztagsgrundschulen ab. Werden am Ende doch Ganztagsgrundschulen eingeführt, so sollen diese nur als Wahl-Ganztagsgrundschulen eingeführt werden. Die Eltern sollen auch zukünftig die Möglichkeit haben, für ihre Kinder nachmittags außerschulische Aktivitäten vorzusehen, wie z. B. Sport, Musik, Jugendfeuerwehr oder Pfadfinder. Deshalb fordern wir auch, dass vor jeder Umstellung weiterer Schulen auf Ganztagsschulen in jedem Einzelfall geprüft wird, statt der Ganztagschule einen Schülerhort einzurichten. Bestehende Schülerhorte sind beizubehalten! Schülerhorte sind durch ihre Flexibilität besser geeignet, die Anforderungen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erfüllen.

Gleiches gilt für die Umwandlung von Realschulen in Gemeinschaftsschulen. Auch hier ist die Umstellung von einer normalen Schule, die vormittags stattfindet und nachmittags den Kindern Freiraum lässt, in Vereinen kulturell, musisch oder sportlich aktiv zu sein, nicht nur im Widerspruch zu den individuellen Interessen der Kinder und ihrer Eltern, sondern auch mit hohen zusätzlichen Kosten verbunden. Deswegen ist die Beibehaltung der Schulen in ihrer jetzigen Form nicht nur das Beste für die Kinder und ihre Eltern, sondern auch das Beste, um unnötige zusätzliche Kosten einzusparen.

Wäre die Stadt ein Privatmann, sie würde sich ganz genau überlegen, für was sie ihr Geld ausgibt, insbesondere wenn alle diese Ausgaben durch Kredite finanziert werden müssen. Vor allem würde sich dieser Privatmann Gedanken machen, wenn er in einer Situation, wo er so viel pro Jahr einnimmt wie nie zuvor, gleichzeitig erkennt, dass er künftig nicht mehr ohne die regelmäßige Neuaufnahme von Krediten über die Runde kommen kann. Ein solcher Privatmann würde jede einzelne seiner Ausgaben auf den Prüfstand stellen und würde sich bei jeder Investition fragen: Ist diese Investition wirklich jetzt nötig, oder kann ich sie auch 1, 2, 3 oder 4 Jahre verschieben? Jede Investition bedeutet doch gebundenes Kapital, für das ab sofort Zinsen bezahlt werden müssen.

Was außerdem oft genug in Vergessenheit gerät, ist, dass bei fast jeder Investition in der Zukunft jedes Jahr immer wieder Unterhaltungskosten anfallen, Beispiel: U-Strab. Hier ist im Vorfeld nicht ausreichend darüber gesprochen worden, dass der Tunnel, wenn er dann gebaut ist, jedes Jahr rund 25 Mio. € an Unterhaltskosten verschlingen wird. Derartige Kosten fallen bei allen Bauinvestitionen an.

Auch im Personalbereich muss an die Kosten, die mit der Schaffung neuer Stellen verbunden sind, gedacht werden, denn diese Kosten werden uns erhalten bleiben und jedes Jahr aufs Neue anfallen. Deshalb ist es so wichtig, dass wir unnötige Bürokratie erkennen und abschaffen. Die betroffenen städtischen Mitarbeiter können dann neue, interessante Aufgaben erhalten, Neueinstellungen werden vermieden. Dies sind wir nicht zuletzt auch den städtischen Mitarbeitern schuldig, denn die wollen und sollen produktiv sein und nicht Tag für Tag mit eigentlich überflüssigen Dingen beschäftigt sein.

Zum Schluss möchte ich noch auf einen Bereich eingehen, den unser Oberbürgermeister Herr Dr. Mentrup in seiner Haushaltsrede als Schwerpunkt benannt hat: „Die mobile Stadt“. Denn hier gibt es einige Beispiele, wie man mit relativ geringem finanziellen Aufwand Probleme lösen kann, die teils seit vielen Jahren bestehen, teils aber auch durch die Verwaltung in den letzten Jahren erst geschaffen wurden.

(Vorsitzender zeigt die gelbe Karte: Herr Stadtrat!)

- Ja, ich komme gleich zum Ende!

Wenn gleichzeitig gefordert wird, dass die in Karlsruhe arbeitenden Menschen sich Wohnungen im Umland suchen, so darf man diese Leute nicht beim Pendeln in die Stadt behindern. Letzteres geschieht aber gerade durch den Rückbau vierspuriger Ausfallstraßen, wie z. B. der Herrenalber Straße in Rüppurr und weiterer Straßen, die im

von der letzten Legislaturperiode überlieferten Verkehrsentwicklungsplan genannt sind, Beispiel: Umgestaltung Pulverhausstraße: „Der verfügbare Fahrstreifen kann von vier auf zwei Fahrstreifen reduziert werden. Der dadurch verfügbar gewordene Raum kann beispielsweise für den Bau von Radfahrstreifen genutzt werden ...“

Man hat aber gesehen, dass bei den Bauarbeiten für die Fernwärme eine Reduktion von vier auf zwei Spuren auf der Pulverhausstraße zum Verkehrschaos führt. Das ist nur ein Beispiel für derartige Durchgangsstraßenverengungsplanungen, deren eigentliches Ziel die Behinderung der Autofahrer ist. Es geht dabei gar nicht darum, den Radfahrern etwas Gutes zu tun. Tatsächlich werden in Karlsruhe aber Radverbindungswege abseits der Durchgangsstraßen gebraucht, um das Rad als Verkehrsmittel attraktiver zu machen. Anstelle eines weiteren Radweges entlang der Pulverhausstraße hätten wir z. B. den Vorschlag, einen durchgängigen Radweg zu errichten, der das südliche Ende von Bulach, wo Radwege aus Ettlingen, Rüppurr, Weiherfeld und der Südweststadt ankommen, möglichst direkt mit dem Hafensperrtor verbindet.

Solche Radwege könnten ohne großen Aufwand eingerichtet werden und würden eine gute Verbindung von Oberreut, der Heidenstückersiedlung, Rheinstrandsiedlung und Daxlanden zum Hauptbahnhof darstellen.

(Vorsitzender: Herr Stadtrat, noch einen Satz!)

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Der Vorsitzende: So, Herr Stadtrat Schmitt!

Stadtrat Schmitt (pl): Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die Finanzbürgermeisterin hatte ihre Haushaltsrede mit einem Zitat von Karl Kraus begonnen, in dem dieser seine Anforderungen an eine lebenswerte Stadt zu Beginn des 20. Jahrhunderts formuliert hat.

Ich beginne meine Rede mit den Erwartungen der Bürger an eine lebenswerte Stadt zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Was also erwarten die Bürger heute von einer funktionierenden Stadt? Sie erwarten

- eine effiziente und schlanke Verwaltung
- genügend Schulen und Kindergärten
- ein anspruchsvolles Kultur- und Sportangebot
- pünktliche Busse und Bahnen
- einen fließenden Autoverkehr
- sichere Fahrradwege
- effektive Krankenhäuser
- eine kostengünstige Energieversorgung
- eine funktionierende Müllabfuhr
- bezahlbaren Wohnraum
- eine saubere und vor allem sichere Stadt

Werter Herr Oberbürgermeister, Sie hatten in der letzten Gemeinderatssitzung eine sehr euphorische Rede gehalten. Sie hatten von bundesweiten Rankings berichtet, in denen unsere Stadt mächtig auf dem Weg nach oben ist.

Ich muss zugeben, dass ich bis heute nicht verstanden habe, wie solche Rankings zustande kommen. Deshalb orientiere ich mich lieber an dem, was die Bürger von dieser Stadt erwarten.

Und bei sechs der elf genannten Punkte kann ich nicht beobachten, dass wir dort auf dem Weg nach oben sind, sondern eher auf dem Weg nach unten.

1. Schlanke Verwaltung – Fehlanzeige. Seit Ihrem Amtsantritt, Herr Oberbürgermeister, hat es geradezu eine Explosion an neuen Stellen in der Stadtverwaltung gegeben.
2. Fließender Autoverkehr – Fehlanzeige. Mit dem permanenten Rückbau der Straßen und der Reduzierung der Abbiegespuren werden die Standzeiten vor den Ampeln immer länger und damit die Rückstaus immer größer.
3. Sichere Fahrradwege – Fehlanzeige. Die Zahl der Fahrradunfälle ist in 2013 um 5 % gegenüber 2012 gestiegen.
4. Effektive Krankenhäuser – Fehlanzeige. Im Städtischen Klinikum gibt es einen erheblichen Sanierungsstau. Das Ensemble dieses Klinikums erinnert inzwischen mehr an ein denkmalgeschütztes Freiluftmuseum als an ein modernes Krankenhaus.
5. Genügend bezahlbarer Wohnraum – Fehlanzeige. In Karlsruhe fehlen Tausende von Wohnungen, die ganz sicher nicht allein von der VOLKSWOHNUNG gebaut werden können.
6. Sichere Stadt – Fehlanzeige. Die Zahl der Einbrüche in Karlsruhe hat sich von 2012 auf 2013 verdoppelt. Die Zahl anderer Straftaten steigt kontinuierlich.

Den Erwartungen der Bürger kann eine Stadt nur dann dauerhaft Rechnung tragen, wenn sie handlungsfähig bleibt. Handlungsfähig ist sie dann, wenn sie genügend Einnahmen hat und vor allem über das Gros dieser Einnahmen frei verfügen kann. Diese Handlungsfähigkeit ist umso weniger gegeben, je höher der Einnahmeanteil wird, der für Zins und Tilgung in Folge von Schulden aufgewendet werden muss.

Und hier sind wir nun am Punkt. Werter Herr Oberbürgermeister, ich hatte Sie vor zwei Jahren u. a. auch deshalb gewählt, weil in Ihrem Wahlprogramm, das inzwischen leider aus dem Internet verschwunden ist, ein Schwerpunkt das Thema Kostenkontrolle und Schuldenminimierung war. Was mich nun sehr nachdenklich stimmt, ist die Tatsache, dass in Ihrer 51-seitigen Rede, die Sie – was ich bewundere – vollkommen frei vorgetragen haben, zu diesem Haushalt das Wort „Schulden“ kein einziges Mal vorkommt. Das ist so. Gibt man in der PDF-Datei, die das Hauptamt verteilt hat, in der Suchfunktion den Begriff „Schulden“ ein, erhält man die Antwort: „Suchbegriff nicht gefunden“.

Natürlich ist es kein Ruhmesblatt, dass schon der erste von Ihnen eingebrachte Haushalt eine Verdreifachung der Schuldenlast zur Folge hat. Aber ich frage mich, um welchen Faktor muss sich denn der Schuldenberg erhöhen, damit das Thema „Schulden“ überhaupt Beachtung in der Haushaltsrede des Oberbürgermeisters findet?

Kommen wir zur Schuldenentwicklung im Kernhaushalt. Wenn sich die Pro-Kopf-Verschuldung einer Stadt innerhalb von nur zwei Jahren verdreifacht, dann ist das ein Alarmsignal, bei dem man als Bürger dieser Stadt hellhörig werden muss. Aktuell haben wir einen Schuldenstand von 118 Millionen Euro. Ende 2016 werden es 311 Millionen sein. Das sind dann etwa 30 % des Gesamthaushaltes. Damit steigt die Pro-Kopf-Verschuldung im Kernhaushalt von 397 € auf 1.180 € in 2016. Stellt sich die Frage: Warum ist das so?

Hierfür gibt es zwei Hauptgründe. Zum einen sind es die Personal- und Versorgungskosten. Der zweite Grund ist der Anstieg der Investitionen. Der Anstieg der Personalkosten ist in erster Linie auf die Schaffung von 160 neuen Vollzeitstellen in 2014 und 2015 zurückzuführen. Schon in 2013 wurden 106 neue Stellen geschaffen. Für 2016 sind weitere 35 neue Stellen in der Planung. Das sind in Summe 300 neue Stellen seit Ihrem Amtsantritt, Herr Oberbürgermeister. Und schaut man sich das Diagramm der Finanzbürgermeisterin zum Stellenzuwachs von 2007 bis 2016 an, kann man ab 2013 zweifelsfrei von einer „Mentrupblase“ reden.

Wie das funktioniert, habe ich in der letzten Personalausschusssitzung miterlebt, wo 14 neue Stellen von SPD und CDU mehr oder weniger durchgewunken wurden. Herr Kollege Pfannkuch, ich bin mir noch nicht so ganz im Klaren darüber, inwiefern Ihre Partei an der Verursachung dieser Misere, die Sie in Ihrer Rede beklagt haben, mitbeteiligt ist.

(Vereinzelter Beifall)

Vor dem Hintergrund der Personalkostenentwicklung hätte ich erwartet, dass man vor der Zustimmung zu diesen Stellen etwas genauer hinschaut. In den Offenlagen konnte man zwar nachlesen, warum diese Stellen beantragt werden, ob sie aber tatsächlich erforderlich sind oder ob nicht durch eine Umstrukturierung möglich ist, schon vorhandene Mitarbeiter dafür einzusetzen, ging aus diesen Unterlagen nicht hervor. Deshalb habe ich, bis auf eine Ausnahme, gegen diese Anträge gestimmt. Dabei habe ich mich gefragt, ob man beispielsweise im Kulturamt wirklich eine neue Stelle braucht, um historische Bauakten zu retten. Oder ob man in der Gemeinderatsdruckerei wirklich einen zusätzlichen Drucker einstellen muss, wenn gleichzeitig das Projekt „Papierloser Gemeinderat“ umgesetzt wird.

Was ich hiermit sagen möchte: Das Verfahren zur Genehmigung neuer Stellen scheint mir ein Automatismus zu sein, wie es ihn in Privatfirmen so nicht gibt. Das heutige Verfahren sollte man daher schnellstens auf den Prüfstand stellen. Es sei denn, diese Verfahrensweise ist sogar so gewollt. Wie gesagt, es ist mir noch nicht so ganz klar, wie das Spiel funktioniert.

Zum Thema Personalkosten fällt mir noch ein weiterer unschöner Punkt ein: die Diskus-

sion und die Abstimmung zur Blauen Tonne in der Gemeinderatssitzung vom 22. Oktober. Hier wurde eine rein ideologische Diskussion geführt, die darin gipfelte, dass die Befürworter einer städtischen Tonne behaupteten, das Papiereinsammeln würde zur Daseinsvorsorge der Stadt gehören. Worüber überhaupt nicht geredet wurde, waren die Kosten dieser Entscheidung. Diese sind erst klar geworden nach Beantwortung meiner Anfrage. Hier war zu lesen, dass die Stadt rund 900.000 € für den Verkauf des eingesammelten Papiers erhält, die Kosten für das Einsammeln aber 1,5 Mio. € betragen. Diese Entscheidung kostet uns somit 600.000 € pro Jahr. Das sind 6 Mio. € in 10 Jahren, die sinnlos verpulvert werden. Damit hätte man auch etliche Kultur- oder Sozialprojekte unterstützen können.

Frau Dr. Leidig, ich unterstütze alles, was Sie zum Thema Schulden gesagt haben. Aber ich muss feststellen, dass zwischen dem, was Sie sagen, und dem, was Sie dann tun, auch eine Diskrepanz herrscht. Denn dann hätten Sie dieser Regelung nicht zustimmen dürfen.

(Vereinzelter Beifall)

Kommen wir zum Anstieg der Investitionskosten. Das Wort Investitionen hört sich immer gut an. Auch in Karlsruhe versucht man deshalb, den drastischen Anstieg der Verschuldung damit zu rechtfertigen, dass man ja die Investitionen erheblich gesteigert hätte. Wie man sieht, ist der Investitionsanstieg in 2015 und 2016 hauptsächlich auf Baumaßnahmen im Kindergarten- und Schulbereich zurückzuführen. Maßnahmen, die größtenteils aufgrund neuer Gesetzesvorgaben durchgeführt werden müssen.

Zu den Kosten der sich im Bau befindlichen Kombilösung, die für die Weiterentwicklung der Innenstadt ein ganz wichtiger Baustein ist, kommen demnächst die Kosten für den Bau eines neuen Fußballstadions und die Kosten für die Sanierung des Theaters. Beides sind keine Kernfunktionen der Stadt, da es sich hier um Freizeiteinrichtungen handelt, die nur von einer relativ kleinen Anzahl von Bürgern in Anspruch genommen werden. Anders ist das bei der Kombilösung und der anstehenden Sanierung des Städtischen Klinikums.

Das Beispiel Wildparkstadion zeigt, dass man in Karlsruhe immer noch glaubt, aus dem Vollen schöpfen zu können - und das vor dem Hintergrund, dass noch vollkommen unklar ist, wo die Kosten für die Kombilösung am Ende liegen werden. Die dem Finanzierungsplan zugrunde gelegte Zahl von 2,9 Millionen Euro, die der KSC für Pacht und Instandhaltung pro Jahr zahlen soll, ist illusorisch. Das weiß die Mehrheit in diesem Haus. Deshalb wird auch dieses Projekt in den Folgejahren zu einer massiven Belastung des städtischen Haushalts führen. Für mich vollkommen unverständlich, warum man den KSC nicht schon vor Tätigung der Investition in die Verantwortung genommen hat. Der Präsident des KSC hat beste Kontakte zur Wirtschaft und zu anderen potenten Geldgebern. Warum ist in Karlsruhe kein Modell möglich wie in Freiburg, bei dem sich der Verein am Einsammeln der Gelder für den Bau beteiligt?

Das ist allerdings nicht nur eine Aufgabe des Vereinspräsidenten, sondern auch des Oberbürgermeisters. Und ich verstehe nicht, wie man sich als OB für die Entscheidung zu einem Stadionneubau feiern lassen kann, wenn die Bürger dieser Stadt am Ende die

Zeche dafür zahlen. Auch dieses Beispiel zeigt, dass der Wille, die Schulden im Griff zu behalten, nicht vorhanden ist.

Nun zur Schuldenentwicklung in den städtischen Beteiligungen. Neben dem Schuldenanstieg im Kernhaushalt liegen weitere tickende Zeitbomben in den städtischen Beteiligungen, an denen die Stadt häufig bis zu 100 % hält. Waren die Schulden im Kernhaushalt bis zum heute debattierten Haushalt rückläufig, sind sie bei den städtischen Beteiligungen seit der ersten Ausgründung steigend. Dies ist allerdings kein Widerspruch, sondern eine logische Folge.

Denn die bis 2013 Jahr für Jahr gesunkenen Schulden im Kernhaushalt konnten nur realisiert werden, indem defizitäre Aufgaben in städtische GmbHs ausgelagert wurden. Damit war das Problem aber nicht gelöst, denn etliche dieser Firmen machen nach wie vor Verlust, und die Stadt ist nach wie vor der Mehrheitseigner dieser Firmen und steht damit nach wie vor für deren Schulden gerade.

Hier reden wir allerdings über ganz anderen Zahlen als im Kernhaushalt. In den Jahren 2015 und 2016 steigen die Schulden der städtischen Beteiligungen von rund 1,1 Milliarden auf rund 1,6 Milliarden Euro, also um mehr als 500 Millionen Euro in nur zwei Jahren. Rechnen wir die 311 Millionen Euro Schulden aus dem Kernhaushalt dazu, dann werden wir Ende 2016 bei einer Schuldensumme von fast 2 Milliarden Euro liegen. Das heißt, die Schulden, für die die Stadt geradezustehen hat, sind fast doppelt so hoch wie ihr Jahresetat. Griechenland lässt grüßen, meine Damen und Herren. Das ist das, was mir dazu einfällt.

Nun reden wir nicht mehr von einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1.180 €, sondern von 6.300 €. Inzwischen sind zum ersten Mal auch die Stadtwerke in die Verlustzone geraten. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, inwiefern die kürzlich in diesem Gemeinderat beschlossene Investition der Stadtwerke in Windparks noch gerechtfertigt ist. Die Vorgabe der Politik, dass die Stadtwerke bis 2020 insgesamt 50 MWh Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen müssen, ist ein rein willkürlicher Wert. Vor dem Hintergrund einer vollkommen planlosen Energiewende weiß heute kein Mensch, ob sich diese Investitionen jemals rechnen.

Der Grund für die Auslagerung städtischer Aufgaben in privatwirtschaftlich geführte GmbHs war die Vorstellung, dass diese GmbHs flexibler und effektiver operieren als kommunale Strukturen.

(Vorsitzender zeigt die gelbe Karte: Herr Stadtrat!)

- Okay, ich komme zum Schluss.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger sind Sie in der komfortablen Situation, die Mehrheit in diesem Gemeinderat hinter sich zu haben. Damit kommt Ihnen aber auch eine deutlich höhere Verantwortung zu. Da Sie, wie in den letzten Gemeinderatssitzungen zu beobachten war, einen nicht unerheblichen Einfluss auf das Abstimmverhalten Ihrer Mehrheit haben, liegt es allein in Ihrer Hand, ob diese Stadt mittel- und langfristig handlungsfähig bleibt oder nicht. Es liegt in Ihrer Hand, die

Schulden weiter ausufern zu lassen oder sie restriktiv zu begrenzen.

Ich ende mit einem Zitat: „Derzeit sind die Konjunktur und damit auch die Entwicklung der städtischen Finanzen positiv zu bewerten. Damit dies so bleibt, müssen aber gezielte Anstrengungen im Bereich des Schuldenabbaus betrieben und der Investitionsbegriff neu interpretiert werden. Mit einem sinnvollen und nach Prioritäten gesteuerten Schuldenabbau können wir die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig sichern. Ich strebe innerhalb der kommenden acht Jahre einen schuldenfreien Haushalt an.“ So Dr. Frank Mentrup in seinem Wahlprogramm vom September 2012. Herr Oberbürgermeister, ich denke, es ist an der Zeit, dass Sie uns verraten, ob Sie sich das in der Zwischenzeit eventuell anders überlegt haben oder ob Sie noch dazu stehen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)

Der Vorsitzende: Herr Stadtrat Jürgen Wenzel für die Freien Wähler.

Stadtrat Wenzel (FW): Sehr geehrter Oberbürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Bereits vor zwei Jahren mahnten wir Freien Wähler - ich zitiere - „einen gerechten, bürgernahen und vorausschauenden Umgang mit Ressourcen und eine Konsolidierung der Finanzen“ an.

Anders als die große Mehrheit des Gemeinderates hielten wir Freien Wähler den Doppelhaushalt 2013/2014 aufgrund der Schuldenentwicklung des Gesamtkonzerns Stadt für nicht zustimmungsfähig und lehnten diesen als einzige politische Gruppierung ab.

Karlsruhe ist eine dynamische und wachsende Stadt. Finanzielle Bedenken sind dennoch angebracht. Was den vorliegenden Etatentwurf angeht, so sieht die Einnahmenseite gut aus, doch stets wachsende Ausgabenüberhänge treiben die Neuverschuldung ohne Not voran. Den politischen Willen, dem entgegenzuwirken, können wir nicht erkennen.

Wir Freien Wähler haben erwartet, dass unser Oberbürgermeister zumindest ansatzweise - das haben wir heute schon gehört - seinem Wahlprogramm in Sachen solide Finanzen aus dem Jahre 2012 folgt. Ich zitiere und wiederhole: „Derzeit sind die Konjunktur und damit die Entwicklung der städtischen Finanzen positiv zu bewerten. Damit dies so bleibt, müssen aber gezielte Anstrengungen im Bereich des Schuldenabbaus betrieben und der Investitionsbegriff neu interpretiert werden. Mit einem sinnvollen und nach Prioritäten gesteuerten Schuldenabbau können wir die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Stadt nachhaltig sichern. Ich strebe innerhalb der kommenden acht Jahre einen schuldenfreien städtischen Haushalt an.“

Leider enthält der vorliegende Haushaltsentwurf unseres Oberbürgermeisters viel Wunschkonzert, aber nichts zur Sanierung des Haushaltes. Wo ist der Mut, seinen Worten Taten folgen zu lassen?

Ich hatte bereits vor zwei Jahren einen Artikel aus dem Stadtmagazin INKA zitiert, in dem zu lesen war: „Zu beneiden ist der neue OB nicht bei seiner Sisyphusaufgabe, die heillos gespaltene Stadt zu versöhnen, Altlasten wie die Folgen des U-Strab-Baus zu minimieren und vor allem die Schattenbanken der Stadt in den Griff zu bekommen: städtische GmbHs, die sich so verselbstständigt haben, dass sie den ganzen Konzern Stadt in schwerste Schieflage bringen können.“

Vergebliche Warnungen! Denn die Verschuldung der städtischen Gesellschaften hat – wie vorhergesagt - die Milliardengrenze überschritten. So stiegen diese von 773 Millionen Euro im Jahr 2008, über 906 Millionen Euro im Jahr 2012, auf aktuell geschätzte 1.042 Millionen Euro, und die Prognose für das Jahr 2016 sieht eine weitere Steigerung um 500 Millionen vor. Dagegen sind die aktuellen Kreditverbindlichkeiten des Kämmerihaushaltes mit ca. 120 Millionen Euro die reinsten Peanuts.

Wir Freien Wähler halten einen Haushalt, der die Milliarde Euro Kreditverbindlichkeiten überschreitet, nicht für solide und schon gar nicht für kontrollierbar. Dem Argument, dass den Verbindlichkeiten Werte gegenüberstehen, setze ich entgegen: Betongold ist kein Gold. Die Europahalle und der Zustand vieler Gebäude, Straßen und Brücken zeigen das überdeutlich. Anders als Gold zerbröseln Beton und Stahl oxidiert. Der laufende Instandhaltungsbedarf spricht eine deutliche Sprache. Wann, wenn nicht jetzt, beginnen wir diese Zeitbombe zu entschärfen? Wo bleibt die Entschlossenheit, hier Taten folgen zu lassen?

Die Kombilösung ist ein Fass ohne Boden. Unaufhaltsam wird hier die Kombination von unkalkulierbaren finanziellen Risiken mit den allgegenwärtigen Belastungen für die Bewohner, den Einzelhandel, Kunden und Besucher unserer Stadt zum größten Risiko für unseren Haushalt.

Wo bleibt die Bereitschaft einzugestehen, dass die Kritiker dieses Projektes - wie wir Freien Wähler - recht behalten sollten, als wir immer wieder vor der größten finanziellen und verkehrstechnisch untragbarsten Fehlentscheidung unserer Stadtgeschichte warnen? Nun werden wir daran nichts mehr ändern können. Aber wir müssen alles daran setzen, die Attraktivität und Erreichbarkeit der Innenstadt trotz der widrigen, unverantwortlich herbeigeführten Umstände zu optimieren. Wir dürfen den Einzelhandel nicht allein lassen. Wir müssen dabei auch zweckgebunden und zeitlich begrenztes kostenfreies Parken in der Innenstadt anbieten.

Ein gut gemeinter Rat an alle Hardcore-Fans der Kombilösung: Angesichts immer noch fehlender Förderzusagen von Bund und Land für die ständig steigenden Kostenüberschreitungen sollten Sie sich ernsthaft überlegen, ob Sie nicht einen Spendenfonds einrichten, damit dieses Projekt auch dann zu Ende geführt werden kann, wenn uns die öffentlichen Gelder ausgehen sollten.

Wenn wir etwas aus der Kombilösung lernen, dann leider aus den Fehlern. Zukünftig müssen wir die Allgemeinheit früher und stärker einbinden, wenn und soweit sie von Projekten betroffen ist. Nach dem Motto „Transparenz schafft Vertrauen“ sollten wir Verträge und Gutachten, Dienstanweisungen und Baugenehmigungen für die Bürger kostenlos im Internet zugänglich machen. Hierzu haben wir Freien Wähler bereits vor

zwei Jahren ein Informationsregister angeregt. Damals fehlte den hierfür Verantwortlichen der Wille, unserem Vorschlag Taten folgen zu lassen. Es wird Zeit, dieses nun endlich nachzuholen, denn es steht außer Frage, dass die Publikation von Informationen ein wirksames Mittel für Vertrauen und Bürgernähe und gegen Steuerverschwendung ist.

Um für die aktuellen Probleme und die bevorstehenden Veränderungen gut gewappnet zu sein, muss der oft zitierte Spagat zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Ökologie gelingen. Industrie, Handel und Gewerbe bringen der Stadt Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Um aber auch die großen sozialen Aufgaben weiterhin bewältigen zu können, ist es notwendig, die Mittel gerecht und mit Augenmaß einzusetzen.

Es darf aber nicht dazu kommen, dass wir die Kuh, die uns nährt, verenden lassen. Daher halten wir Freien Wähler eine Gewerbesteueranhebung um 20 auf 430 Hebesatzpunkte für überhöht und werden diese nicht mittragen. Es wäre ein falsches Signal, erst recht vor dem Hintergrund, dass die Umlandgemeinden wie Baden-Baden und Bretten bei derzeit 380 und Bruchsal und Ettlingen sogar weit darunter liegen. Wollen wir unsere Unternehmen ins Umland verlieren? Wir Freien Wähler wollen das gewiss nicht!

Statt auf Steuererhöhungen zu setzen, sehen wir Freie Wähler in einem gerechten und vorausschauenden Umgang mit Ressourcen und dem Beseitigen von Doppelstrukturen eine wichtige Aufgabe, um zukünftigen Steuererhöhungen und sonstiger Verschuldung entgegenzuwirken. Unter diesem Aspekt sollten wir auch nicht davor zurückschrecken, einen kritischen Blick auf die städtischen Gesellschaften, Stiftungen und Verbände zu werfen und die Rückführung der städtischen GmbHs anzustreben.

Wir Freien Wähler sehen in der Stärkung des ehrenamtlichen Engagements eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Kein Verein kann ohne seine vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer existieren. Auch die vielen Aktionen zum 300sten Stadtgeburtstag wären ohne die vielen ehrenamtlichen Helfer nicht realisierbar. Und immer wichtiger wird die Einbindung von Ehrenamtlichen dort, wo Bund und Land bei der Bewältigung von Aufgaben versagen, die aufgrund von Kriegen und anderen Katastrophen auf der ganzen Welt auf uns zukommen, wie ganz akut bei der Flüchtlingshilfe. Diesen Menschen und ihren Anliegen müssen wir unsere Aufmerksamkeit und Unterstützung zuteil werden lassen. Ohne freiwillige Helfer kann das nicht gelingen! Ihnen gebührt unsere höchste Anerkennung!

In diesem Zusammenhang gestehe ich gerne, dass ich stolz auf das bin, was unsere Stadt für die Flüchtlinge ungeachtet aller logistischen und organisatorischen Probleme leistet. Ich erkenne allerdings auch, dass ein ununterbrochener Zustrom sozialen Zündstoff für unsere Kommunen in sich birgt. Menschen aus Krisengebieten setzen ihre Hoffnungen zunächst einmal auf Europa, nicht nur auf Deutschland. Ich finde daher, dass hier keine nationalstaatlichen, sondern gesamteuropäische Bemühungen gefragt sind. Wir verlangen dringend eine europäische Strategie und eine Kostenverlagerung von den Kommunen nach Brüssel.

Karlsruhe ist eine prosperierende Stadt mit all ihren Licht-, aber auch Schattenseiten, wie Wohnungsnot, Kriminalität und Vermüllung. Wo bleibt der Mut, verstärkt gegen organisierte Bettel- und Diebesbanden vorzugehen? Schon im Mai des letzten Jahres

haben wir Freien Wähler in einem offenen Brief an die Medien auf die Einbruchserie im Umland und in Durlach-Aue hingewiesen und Abhilfe gefordert. Seither kann man den Eindruck gewinnen, dass in den Medien nun fast täglich über Einbrüche, Überfälle und Diebstähle berichtet wird. Hier müssen wir als Kommune dringend das Land in die Pflicht nehmen. Wenn das Land hier versagt, müssen wir als Stadt den Mut haben, den Kommunalen Ordnungsdienst qualitativ und quantitativ weiter zu stärken, bevor die Bürger die Initiative ergreifen und sich selbst zur Wehr setzen. Hier stehen wir in der Pflicht, für die Sicherheit der Bürger zu sorgen und ihnen die Ängste vor diesen Gefahren zu nehmen.

Anstatt zahlreiche, unausgegrenzte Konzepte aus dem Ärmel zu schütteln, wie das zur Durlacher Allee, das bereits zum Zeitpunkt seiner Vorstellung durch die Ansiedlung der dm-Zentrale überholt war, sollten wir lieber klare Prioritäten in Sicherheit, Bildung, Lärmschutz, Inklusion, Wohnraumförderung und in die Behebung der Probleme der Verkehrsinfrastruktur setzen. Auch sollten wir den Willen haben, mehr Wert auf den Erhalt unseres historischen Stadtbildes zu legen, anstatt Investitionen in Prestigeprojekte voranzutreiben. Allein aus der Verantwortung unseren Bürgern gegenüber und nach den Erfahrungen aus der Vergangenheit sollten wir diese Position nochmals auf den Prüfstand stellen.

Zum Schluss noch eine Empfehlung: Wir sollten die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Anliegen auf Augenhöhe mit der Verwaltung vorbringen zu können. Erst dann kann Bürgerbeteiligung zu einem wichtigen und ernst zu nehmenden Bestandteil der Stadtentwicklung werden. Ein gelungenes Beispiel war die Konsenskonferenz zur Biomüllverwertung. Diesem Vorbild sollten weitere folgen.

Lassen Sie uns den Mut haben, unseren Worten Taten folgen zu lassen, und halten wir es wie Walt Disney, der einst sagte: „Verweile nicht lange im Gestern. Gib niemals auf, öffne Türen und entwickle neue Ideen, weil wir neugierig sind. Die Neugier ist es, die uns auf neue Wege bringt.“

Ich danke Ihnen für das Zuhören und der Verwaltung und den Mitarbeitern der Kämmerei für die gute Vorleistung.

(Beifall)

Der Vorsitzende: Ich denke, eines hat alle Reden geprägt: Nämlich den Dank an alle diejenigen in der Verwaltung, die an der Vorbereitung mitgeholfen haben. Da möchte ich ausdrücklich alle Bereiche der Verwaltung noch einmal mit einbeziehen. Denn auch die Kämmerei kann nur das umsetzen, was in den Diskussionen mit allen Ämtern im Einzelnen dann zur Verfügung gestellt und auch ausgehandelt wird.

In diesem Sinne ein gemeinsamer Dank noch einmal an die gesamte Verwaltung.

(Beifall)

Ein Dank an Sie, liebe Stadtratskolleginnen und -kollegen für die sehr konsequente und auch disziplinierte Sitzung heute. Es war heute ein Redenmarathon. Sie haben alle aufmerksam zugehört, obwohl es eine große Anzahl von Reden über eine lange Zeit war. Ich darf mich dafür ganz herzlich bedanken - ich denke, vor allem auch im Namen aller Redner, und ich darf Ihnen jetzt einen guten Nachhauseweg und einen schönen Abend wünschen. Danke schön.

(Beifall)

Schluss der Sitzung: 21.24 Uhr

Zur Beurkundung:

Die Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
10. Februar 2015